



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Preisträger 2011 der Bayerischen Landesstiftung:

Unbezahlbares Engagement

Neun Preise der Bayerischen Landesstiftung händigte Finanzminister Dr. Markus Söder in Vertretung von Ministerpräsident Horst Seehofer an Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine aus. „Das Engagement dieser Menschen ist für unsere Gesellschaft unbezahlbar“, erklärte Söder. Die Auszeichnung solle ein Zeichen des Respekts vor ihrer Leistung sein. Dotiert waren die Preise in den Bereichen Soziales, Umwelt und Kultur mit je 30.000 Euro pro Sparte.

Seit 1972 hat die Bayerische Landesstiftung rund 7.500 Projekte zu Bayern ausgezeichnet. Zudem hat die Landesstiftung im Jahr 2011 Einzelprojekte mit rund 28,4 Millionen Euro bezuschusst. „Der Freistaat will damit ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ leisten“, betonte der Minister. Bayern will so Eigenverantwortung und Eigeninitiative stärken. Die Förderung beschränke sich deshalb auf einen angemessenen Teil der jeweiligen Gesamtkosten. „Die Zuschüsse sind oft das letzte Quäntchen, das den endgültigen Anstoß zur Realisierung eines Vorhabens ermöglicht“, so Söder.

Umweltpreise

Die Umweltpreise gingen an die Bäckerei Lorenz Rager, Ansbach, Josef Freuding, Pforzen-Ingenieur sowie oekom e.V., München. Mit Kulturpreisen wurden die Schauspielerinnen Cornelia Froboess, der Komponist und Musiker Hans-Jürgen Buchner (Haindling) und der Historiker Prof. Dr. Pankraz Fried ausgezeichnet.

Mit Sozialpreisen wurden die Projekte „Betreutes Wohnen in Familien für Menschen mit psychischer Erkrankung im Alter“, Kaufbeuren, „ROMEO und JULIA“ des Diakonischen Sozial-

zentrums Rehau sowie „Kinderleicht-Zukunft. Von Anfang an“ (Träger: Caritas Garmisch-Partenkirchen und Caritas Tirol) gewürdigt.

Betreutes Wohnen

Das „Betreute Wohnen in Familien für Menschen mit psychischer Erkrankung im Alter“ hatte bei der Landesstiftung großes Interesse hervorgerufen. Seit 1996 (Fortsetzung auf Seite 4)

Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

AAA-Rating Bayerns für die Zukunft sichern

„Zu einer soliden Finanzpolitik gehört auch, Schulden abzubauen, wann immer dies möglich ist“ machte der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) Dr. Heinz Fischer-Heidlberger deutlich. Bei der Vorlage des Jahresberichts 2011 bescheinigte er der Staatsregierung, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2009 insgesamt geordnet war.

Laut Fischer-Heidlberger sei die Staatsregierung auf dem richtigen Weg, wenn sie nun mit der Rückzahlung von Krediten beginne. Angesichts des Geldregens von fast 3,5 Mrd. Euro, der in 2011 und 2012 aufgrund der Steuerermehreinnahmen auf Bayern niederlege, seien die 250 Mio. Euro für die Schuldentilgung aber ein bescheidener Anfang. „Ich hätte mir doch etwas mehr Eifer beim Schuldenabbau gewünscht“, bemerkte der Präsident.

Rückläufige Einnahmen

Fischer-Heidlberger wies auch darauf hin, dass aufgrund der Finanz- und Staatsschuldenkrise mit einer konjunkturellen Abschwächung und künftig eher rückläufigen Steuereinnahmen gerechnet werden müsse. „Das Zeitfenster, in dem Schulden getilgt werden können, wird deshalb möglicherweise nur kurz geöffnet bleiben.“ Die Chance, ein wesentlich deutlicheres Signal der Stabilität und des Vertrauens zu setzen, sollte genutzt werden. „Das exzellente AAA-Rating Bayerns gilt es für die Zukunft zu sichern!“

Der ORH-Präsident erinnerte erneut daran, dass weiterhin ein

Gott ist die Liebe

*Als kleines Kind ist der Heiland geboren;
nackt wie wir alle und arm und bloß,
zu erlösen alles, was sonst verloren,
kam Er auf die Erde und wurde groß.*

*Und Er gab uns ein Beispiel in seinem Leben
auf dass wir erkennen, was notwendig ist.
Er lehrte uns Liebe - Nehmen und Geben -
Ihm ähnlich zu werden als Mensch und als Christ.*

*Gott ist die Liebe - sie steht über allem.
Gott ist die Liebe - vor Ihm sind wir gleich.
Gott ist die Liebe - auch wenn wir fallen,
zieht Er uns an sich und macht uns reich.*

*„Ich bin bei euch“, sprach Er, „das ist keine Frage,
ich hab’ unter euch meine Bleibe, mein Zelt.
Ich bin unter euch bis ans Ende der Tage,
ich bin bei euch bis ans Ende der Welt.“*

*So sind wir voll Hoffnung, was immer geschehe,
voll Zuversicht, Glauben, Vertrauen und Mut.
Er ist bei uns - in Not und in Wehe -
Er ist bei uns - drum ist alles gut.* Leonore Scherbiel

**Wir wünschen Ihnen
frohe, gesegnete Weihnachten
und für das neue Jahr alles Gute**

**Verlagsleitung und Redaktion
der Bayerischen Gemeindezeitung**

Konzept fehle, wie die Schulden, die für die Rettung der BayernLB aufgenommen worden sind, zurückgeführt werden sollen. Inzwischen seien das EU-Beihilfungsverfahren weit fortgeschritten und Rückflüsse in den Staatshaushalt absehbar. „Dieses Geld muss sofort zur Tilgung der Schulden eingesetzt werden“, forderte Fischer-Heidlberger.

Negativrekord

Im Haushalt seien inzwischen die Belastungen aus der Rettung der BayernLB voll angekommen. 2009 erhöhten sich die Ausgaben u. a. durch die weitere Kapitalzuführung von 7 Mrd. Euro an die Landesbank gegenüber dem Vorjahr um fast 15 % auf 47,3 Mrd. Euro. Da gleichzeitig die Steuereinnahmen einbrachen, überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um fast 8 Mrd. Euro - ein bundesweiter Negativrekord. Folge war ein Anwachsen der Verschuldung Bayerns auf fast 29 Mrd. Euro. 2010 sprudelten die Steuereinnahmen wieder ergiebiger. Bayerns Schulden erhöhten sich aber trotzdem nochmals auf über 30 Mrd. Euro.

Aufgrund zurückgestellter Anschlussfinanzierungen muss laut

ORH damit gerechnet werden, dass die Schulden sogar auf fast 34 Mrd. Euro klettern werden. Ursächlich dafür sei eine „Spezialität“ des bayerischen Haushaltsrechts: „Sie verführt dazu, Einnahmeverbesserungen nicht zur Schuldentilgung zu verwenden, sondern den Rücklagen zuzuführen. Im Ergebnis werden so auch in konjunkturell guten Zeiten keine Schulden abgebaut, sondern Kreditermächtigungen ‚gespart‘. Der Landtag sollte deshalb bei der Übertragung nicht ausgeschöpfter Kreditermächtigungen im nächsten Haushalt besonders zurückhaltend sein“, rät der Bayerische Oberste Rechnungshof.

Handlungsbedarf

Handlungsbedarf sieht die Behörde auch bei der Umsetzung der Schuldenbremse in das Landesrecht. Zum einen fehlten nach wie vor Regeln zur Rückführung ausnahmsweise zulässiger neuer Schulden. Zum anderen sei das Verschuldungsverbot derzeit nur einfach-gesetzlich geregelt und könne entsprechend einfach auch wieder aufgehoben werden. „Die Schuldenbremse sollte deshalb - wie bereits in vier, demnächst fünf anderen Ländern - Verfassungsrang erhalten.“

Handlungsbedarf sieht der ORH auch beim Bauen mit Architekten und Ingenieuren. Hier sei mehr Kostenbewusstsein notwendig. Er fordert, schon bei den Planungswettbewerben der (Fortsetzung auf Seite 2)

Bürgerkulturpreis 2011 des Bayerischen Landtags:

Selbst ist die Region

Am Tag des Ehrenamts hat Landtagspräsidentin Barbara Stamm zehn Initiativen aus Bayern mit dem Bürgerkulturpreis 2011 des Bayerischen Landtags ausgezeichnet. „Selbst ist die Region - Bürger bauen Zukunft“ lautete das Motto des Wettbewerbs. 121 Bewerbungen - so viele wie selten zuvor - waren eingegangen.

Den ersten Preis, der mit 10.000 Euro dotiert ist, erhielt der Förderverein Ilztalbahn e. V. im niederbayerischen Waldkirchen. Gegen viele Widerstände leisteten 65 Ehrenamtliche in den vergangenen drei Jahren über 10.000 freiwillige Arbeitsstunden, um eine stillgelegte Bahnstrecke - die Ilztalbahn von Passau nach Freyung im Bayerischen Wald - wieder zu beleben. Elf Mitglieder haben sich zu Lokführern ausbilden lassen und fahren ebenso wie die Zugbegleiter unentgeltlich.

Freizeitverkehrsnetz

Nach der erfolgreichen ersten Saison geht der Förderverein, dem 700 Mitglieder angehören, die nächsten Schritte an: Der Freizeit- und Tourismusverkehr soll auf weitere Betriebstage ausgedehnt werden, ab dem Jahre 2013 sollen wieder Güterwagen mit Holz fahren. Der Förderverein Ilztalbahn will außerdem zusammen mit der Südböhmischen Eisenbahnverwaltung die grenzüberschreitenden Angebote verstärken: Schon jetzt sind Ausflüge von Passau nach Krumau und Budweis in Tschechien möglich. Das fehlende Eisenbahnstück von Waldkirchen nach Haidmühle überbrückt ein Bus, der direkt am neuen Bahnsteig in Nové Údolí hält. Damit ist die Ilztalbahn in das „Grenzüberschreitende Freizeitverkehrsnetz Donau-Ilz-Moldau“ eingebunden. Fördermittel aus dem EU-Programm Interreg IV sollen helfen, die Strecke weiter zu ertüchtigen und nachhaltig zu sichern.

Den zweiten Preis, der mit 8.000 Euro dotiert ist, erhielt die KUNO-Stiftung Regensburg für eine beispielhafte Spendenaktion. Damit brachte sie die Bayerische Staatsregierung in Zugzwang und schaffte es, dass die Kinderuniversitätsklinik Ostbayern in Regensburg gebaut wurde. Sie steht inzwischen für Spitzen-

medizin: Hier befindet sich das größte Zentrum für Lebertransplantationen in ganz Süddeutschland. Sogar winzige Babys bekommen eine Chance für ein normales Leben. Regensburg hat außerdem - nach der Klinik Großhadern in München - das zweitgrößte Zentrum für Frühgeburten. Die Bilanz von KUNO ist einzigartig: Bislang wurden elf Millionen Euro gesammelt.

Kindgerechte Gestaltung

Jetzt richtet sich das Augenmerk der Stiftung auf den Betrieb der Klinik: KUNO finanziert nicht bezahlte oder bezahlt werden können. Dazu gehören die psychosoziale Betreuung und im Einzelfall auch die finanzielle Unterstützung von Familien mit schwer erkrankten Kindern sowie die kindgerechte Gestaltung der bei- (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabina**

Das offenkundige, sichtbare, das den wahren Kern verschleiert, hat den Bürgermeister immer schon fasziniert. Eigentlich ist das Phänomen uralte und uns bestens vertraut. Dennoch machen Jahre wie 2011 nachdenklich und zeigen, wie Recht Oskar Wilde mit seinem Zitat vom Mysterium der Welt hat. S. 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Regierungserklärung: Chancenland der Zukunft	Seite 2
BKPV-Geschäftsbericht: Sicherheit im Vordergrund	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Der ruhige Bürger probt den Aufstand	3
Zentrum Kinderlachen: Der Mensch im Mittelpunkt	3
Nachtragshaushalt 2012: Neue Kultur der Stabilität	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5-6
Ausstattung für die Kommunalverwaltung · IT	7-8
Kommunale Baupolitik	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Regierungserklärung:

Chancenland der Zukunft

Zeil verspricht: Keine Region wird aufgegeben

Bayern habe die Weltwirtschaftskrise von 2009 mit Bravour gemeistert und gehe als europäisches Chancenland in die Zukunft. So hat Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) in einer Regierungserklärung zum Jahresende die Lage aufgezeichnet. Die Koalition werde ihren erfolgreichen Weg der Weiterentwicklung in allen Landesteilen mit ausgeglichener Staatshaushalt ohne neue und bei Tilgung alter Schulden konsequent fortsetzen.

Die Stärke Bayerns komme aus den Regionen. „Keine wird aufgegeben. Wir behandeln sie alle gleich aber wir machen nicht das Gleiche für alle“. Zeil belegte das mit den guten Zahlen vom Arbeitsmarkt sowie aus der industriellen, gewerblichen und kleinbetrieblichen Wirtschaft. Auch und gerade in Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, was Bayerns Spitzenstellung unter den deutschen Ländern bestätige. Zusammenarbeit mit den Kommunen und Hilfestellung für sie werde eine wichtige Rolle spielen.

Energiewende

Der Minister erwähnte die Bemühungen um die Energiewende ebenso wie den Ausbau von Schul- und Bildungseinrichtungen bis hin zur Breitbandversorgung, die nun zu gut 90 % im Aufbau oder gesichert sei. „High-Techno“ sei für Großindustrie und Mittelstand gleich wichtig.

Für die Opposition sind das Ankündigungen, denen die örtlichen Verhältnisse überall im Lande entgegenstehen. SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher beanstandete den Bürokratismus bei allen Fördermaßnahmen und forderte eigene Verantwortung für alle Regionen. Im gleichen Sinne beurteilte Martin Runge (Grüne) die Lage. „Da läuft vieles falsch.“ Alexander Muthmann (FW) befand, der „Fördertunnel“ durch viele Ministerien sei für Regionen und Kommunen schwer zu durchqueren. Statt der Regierungserklärung hätte der Minister den Entwurf für das neue Landesentwicklungsprogramm vorlegen sollen.

Kompetenzzentren

Die Koalitionssprecher stimmten der Regierungserklärung zu. Markus Blume (CSU) war jedoch auch der Meinung, die verschie-

denen Kompetenzzentren auf staatlicher Ebene müssten besser vernetzt werden. Die Opposition habe kein überzeugendes Gegenkonzept zur Regierungspolitik.

Karsten Klein (FDP) bestätigte, „wir betreiben aktive Wirtschaftspolitik und schaffen Rahmenbedingungen ohne Neuverschuldung.“ **rm**

Reaktionen auf den ORH-Bericht

Finanzminister Markus Söder wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass Bayern in Deutschland das Land mit der solidesten und stabilsten Haushalts- und Finanzstruktur ist. Markenzeichen sei seit 2006 der Haushalt ohne Neuverschuldung. 2007 und 2008 seien die Schulden um 500 Mio. Euro getilgt worden und im Nachtragset 2012 eben 250 Mio. Euro. Kein anderes Land könne Schulden tilgen, gleichzeitig mit einer Investitionsquote von 12 % des Haushaltsvolumens kräftig investieren und über zwei Milliarden Rücklagen ansparen, wie der Freistaat. Der Rechnungshof solle nicht in die Zukunft spekulieren. Ministerpräsident Horst Seehofer sprach von einem „guten Mix“ aus Schuldentilgung und wichtigen Zukunftsinvestitionen. Er sei gerne bereit, dem Rechnungshof diese moderne Finanzpolitik zu erläutern, „wenn es die Wichtigkeit der anderen politischen Aufgaben erlaubt“.

„Meister der Nachhaltigkeit“

Im Landtag sprang CSU-Fraktionschef Georg Schmid der Staatsregierung zur Seite. Der Nachtragset 2012 sei „ein Meisterstück der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, das in Deutschland seines gleichen sucht“. Söder hatte auch darauf verwiesen, dass Bayern über drei Milliarden Euro in den Länderfinanzhaushalt zahle.

Seitens der Grünen griff Haushaltsexpertin Claudia Stamm die vom ORH monierte unzureichende Personalausstattung der Steuerprüfung auf. Dadurch gingen dem Staatshaushalt jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge „durch die Lappen“ und die Steuerertragskraft werde „Stück für Stück ausgehöhlt“. Kleinbetriebe müssten nur alle hundert Jahre mit einer Steuerprüfung rechnen. **rm**

BKPV-Geschäftsbericht 2010:

Sicherheit im Vordergrund

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2010 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben Fragen zur Ermittlung der Beiträge für leistungsbundene Einrichtungen wird der Stellenbedarf in Ämtern für soziale Angelegenheiten ebenso beleuchtet wie der Einsatz von Electronic-Banking-Systemen. Zudem nehmen die Themen Bauausgaben der Kommunen und Einsparungen bei der Abwasserbeseitigung breiten Raum ein. Schließlich gibt der BKPV Auskunft zur Umsatzsteuer im Spannungsverhältnis zwischen EU-Recht und nationalem Recht sowie der Komplexität des Erneuerbare-Energie-Gesetzes, dargestellt an den Beispielen solare Strahlungsenergie und Biomasse.

Wie der Geschäftsbericht ausweist, gehörten dem BKPV mit ihrem Verbandsvorsitzenden, Erstem Bürgermeister Gerhard Preß, Rödental und dem Geschäftsführenden Direktor Helmut Stanglmayr bis Ende des Jahres 1.398 Mitglieder, davon vier Kommunale Spitzenverbände, 550 Gemeinden, 35 Verwaltungsgemeinschaften, 71 Landkreise, sieben Bezirke, 133 von Mitgliedern verwaltete kommunale Stiftungen, 579 Schul- und Zweckverbände sowie 19 sonstige Körperschaften an. Während 2009 le-

diglich 746 Prüfungen und Beratungen abgeschlossen wurden, waren es 2010 bereits 839.

Electronic-Banking

Stichwort Electronic-Banking-Systeme: Bei seinen überörtlichen Kassen- und Rechnungsprüfungen stellt der BKPV immer wieder fest, dass beim Einsatz dieser Systeme grundlegende haushaltsrechtliche Anforderungen oder Empfehlungen der Kreditwirtschaft und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die der Sicherheit dieser Rechnersysteme dienen, nicht beachtet werden. Hierdurch werde die äußere und innere Kassensicherheit unnötig gefährdet, zumal die grundlegenden organisatorischen und technischen Schutzmaßnahmen meistens ohne größeren Aufwand realisierbar sind. Zum Teil entstünden die Risiken aber auch „aus Unkenntnis der von der Kreditwirtschaft angebotenen Konfigurations- und Sicherungsmöglichkeiten und der Gefahrenpotenziale, die von immer raffinierteren und leistungsfähigeren Schadprogrammen ausgehen“. Der Leitgedanke sollte also sein: Electronic-Banking ja, aber sicher!

Schadprogramme

Bei der Abwicklung von Geschäften über das Internet sollte die Sicherheit grundsätzlich an erster Stelle stehen, rät der Prüfungsverband. Dies gelte in besonderem Maße für das Online-Banking. Bei Auswahl und Einsatz von Internet-Banking-Lösungen bzw. Zahlungsverkehrsprogrammen müsse Folgendes beachtet werden: Einsatz von signaturbasierenden Authentifizierungs- und Autorisierungsverfahren, bei denen sichere Signaturerstellungseinheiten (z. B. Banken-Signaturkarten, Lesegeräte der Sicherheitsklasse 2 und höher oder die sog. Bank-Secoder) verwendet werden; dies bedeutet, dass in Kommunalkassen weder TAN- oder iTAN-Listen noch Chip-TAN-Verfahren, TAN-Generatoren oder mobile-TAN-Verfahren eingesetzt werden sollten.

Keine Einzel-Verfügungsberechtigungen (sog. E-Unterschrift) über die Konten, sondern Umsetzung des haushaltsrechtlich vorgeschriebenen „Vier-Augen-Prinzips“ durch eine sinnvolle Kombination von gemeinsamen Verfügungsberechtigungen (sog. A-Unterschriften) und Mitzeichnungsberechtigungen (sog. B-Unterschriften) gegebenenfalls ergänzt mit Transportberechtigungen (sog. T-Unterschriften)

Absicherung der Endgeräte gegenüber Schadprogrammen nach den jeweils aktuellen Empfehlungen der Kreditwirtschaft und des BSI. Regelmäßige Kontrolle der in den Zahlungsverkehrsprogrammen nachgewiesenen Salden und Umsätze anhand der gedruckten oder elektronisch signierten Kontoauszüge.

(Fortsetzung auf Seite 4)

AAA-Rating Bayerns...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wirtschaftlichkeit einen höheren Stellenwert einzuräumen. Denn bekanntlich habe man gerade in der Frühphase einer Baumaßnahme noch den größten Einfluss auf die Kosten.

So sollten Kostenrichtwerte und Vorgaben für die Betriebs-, Nutzungs- und Unterhaltskosten bereits in die Wettbewerbsbedingungen aufgenommen werden. Genauso wichtig wäre aber, dass diese Vorgaben dann bei der Entscheidung der Preisgerichte auch eine maßgebliche Rolle spielen. Die Verträge, die anschließend mit den Architekten und Ingenieuren geschlossen werden, sollten verbindliche Kostenobergrenzen enthalten. Werden diese nicht eingehalten, müssten - anders als bisher - auch rechtliche Konsequenzen folgen: Nachbesserung, Schadensersatz, Kündigung. Überhaupt sollten die vertraglichen Beziehungen zu den Planern viel sorgfältiger und präziser gestaltet werden. „Wenn der Staat die Planer schon arbeiten lässt, bevor die Verträge geschlossen und die Details geklärt sind, bringt er sich regelmäßig in eine nachteilige Situation. Und das führt nicht selten zu Mehrkosten“, betont der ORH.

Verschlechterung

Ein weiterer Negativpunkt: Besserung gelobte das Kunstmuseum, nachdem der ORH 2003 gefordert hatte, die Attraktivität der Zweigmuseen und Zweiggalerien zu erhöhen. Gegenüber dem Landtag versprach das Ministerium, die Vorschläge des ORH zur Verbesserung der Verhältnisse zu verwirklichen. Nun zeigte sich aber, dass seitdem praktisch nichts umgesetzt worden ist. Die Situation der derzeit 38 über das Land verteilten Einrichtungen hat sich laut Oberstem Rechnungshof teilweise sogar noch verschlechtert.

Die ohnehin schon niedrigen Besucherzahlen sind deutlich gesunken, elf Zweigmuseen mussten schon geschlossen werden, bei weiteren droht ebenfalls die Schließung. Der ORH schlägt eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen für ein zukunftsfähiges Konzept der Zweigmuseen vor. Er befürwortet mittelfristig auch die Zahl der Zweiginrichtungen zu reduzieren. So könnten Kräfte und Mittel auf weniger Museen konzentriert werden - dies stärke

den Museumsstandort Bayern. Ein einfaches „Weiter so“ sei jedenfalls keine akzeptable Option.

Anlass zur Kritik biete auch die derzeitige Förderung der Energietechnologie. Bereits seit 1990 fördert der Freistaat mit seinem Programm „Rationellere Energiegewinnung und -verwendung“ Unternehmen, die neue Energietechnologien entwickeln oder einführen wollen. Damit soll gleichzeitig ein Beitrag zur energiewirtschaftlichen Modernisierung der bayerischen Wirtschaft geleistet werden. Zwischen 11 und 17 Mio. Euro gibt der Freistaat dafür jährlich aus. Gerade bei der Förderung großer Unternehmen habe sich aber gezeigt, dass weniger energie-, sondern eher standortpolitische Kriterien ausschlaggebend waren.

Demonstrationsvorhaben

„Das Programm erwies sich als nahezu universell einsetzbar, da fast alle größeren Investitionen auch eine energiewirtschaftliche Komponente haben.“ Der ohnehin schon weite Rahmen sei auch noch großzügig ausgelegt worden. Die energiewirtschaftlichen Ziele gerieten dabei bisweilen in den Hintergrund. So wurden Investitionen als „Demonstrationsvorhaben“ gefördert, ohne dass die neue Technologie anderen zugänglich gemacht wurde. Ein internationaler Großkonzern wurde gefördert, obwohl der Projektnutzen überwiegend im Ausland eintreten wird. Der ORH fordert, gerade in Zeiten von Klimawandel und Energiewende nur solche Vorhaben zu fördern, die über das einzelne Unternehmen hinaus eine starke energietechnologische Wirkung entfalten.

Fischer-Heidlberger mahnte zudem, etwas sensibler mit dem Budgetrecht des Landtags umzugehen. Tatsache sei: Der Freistaat bürgt für fremde Verbindlichkeiten aus unterschiedlichsten Gründen, z. B. auch für das ABS-Portfolio der BayernLB. Das Bürgschafts- und Garantievolumen erreiche zwar bei Weitem nicht die exorbitanten Summen, um die es bei der Euro-Krise geht; mit 11,6 Mrd. Euro sei aber auch der bayerische Gesamthaftungsbetrag durchaus beachtlich, entspreche dies doch etwa einem Viertel des bayerischen Staatshaushalts.

Daneben bestehe ein freier Er-

mächtigungsrahmen für Bürgschaften von 4,2 Mrd. Euro. Dem ORH missfällt, dass die Staatsregierung in dieser Höhe weitere Bürgschaften gewähren kann, ohne den Landtag damit befassen zu müssen. Er hält diesen großen Handlungsspielraum außerhalb der parlamentarischen Kontrolle für nicht nötig: Der Ermächtigungsrahmen sollte deutlich reduziert werden.

Budgetrecht

Das Budgetrecht des Parlaments gehört zu dessen wichtigsten Befugnissen. Durch das in der Verfassung verankerte Recht, die Einnahmen und Ausgaben des Staates verbindlich festzulegen, erlangt das Parlament einen maßgeblichen Einfluss auf alle staatlichen Aktivitäten. Umso sensibler sind Ausnahmeregelungen anzuwenden, die diesen Grundsatz durchbrechen. So darf die Verwaltung Mittel, die über den vom Landtag bewilligten Ansatz hinausgehen (überplanmäßige Mittel) nur in Anspruch nehmen, wenn ein unvorhergesehenes und unabwendbares Bedürfnis besteht.

Diese Voraussetzungen lagen bei der Aufstockung der Haushaltsmittel um 1 Mio. Euro für die allgemeine Erwachsenenbildung im Jahr 2009 nach Auffassung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs nicht vor. Weder wurde der Bedarf für zusätzliche Angebote konkret ermittelt noch die zwingende und unaufschiebbare Notwendigkeit der Ausgaben nachgewiesen. Das Kultusministerium habe es stattdessen bei vagen Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Arbeitsmarktes belassen, die sich im Nachhinein auch noch als falsch herausstellten. Der ORH meint: „So achtlos darf man mit dem Königsrecht des Landtags nicht umgehen!“

Stabile Struktur

Wie Finanzminister Dr. Markus Söder in einer ersten Reaktion auf den ORH-Bericht 2011 mitteilte, sei der Freistaat Bayern in Deutschland das Land mit der solidesten und stabilsten Haushalts- und Finanzstruktur. Das Markenzeichen Bayerischer Finanzpolitik sei der Haushalt ohne Neuverschuldung. „Seit 2006 haben wir einen ausgeglichenen Haushalt“, bemerkte Söder. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Presser
82293 Mittelstetten
am 17.1.
Bürgermeister Konrad Sedlmeier
84494 Lohkirchen
am 24.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Marianne Hofmuth
82296 Schöngöising
am 26.12.
Bürgermeister Wolfgang Probst
92445 Neukirchen-Balbini
am 4.1.
Bürgermeister Kurt Mauer
97633 Trappstadt/Altleben
am 13.1.
Bürgermeister Raimund Hammer
97241 Oberpleichfeld
am 21.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Edgar Büttner
91336 Heroldsbach
am 23.12.
Bürgermeister Ernst Eberherr
85658 Egmating
am 25.12.
Bürgermeister Franz Kukla
89423 Gundelfingen a.d. Donau
am 29.12.
Bürgermeister Michael Reindl
85253 Erdweg
am 31.12.
Bürgermeister Johann Tremmel
94553 Mariaposching
am 8.1.
Bürgermeister Bernhard Zauner
84088 Neufahrn i. Niederbayern
am 16.1.
Bürgermeister Klaus Schönborn
93096 Köfering
am 17.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dietmar Wolz
97904 Dorfpözelten
am 21.12.
Landrat Dr. Thomas Habermann
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
am 23.12.
Bürgermeister Werner Wolf
91322 Gräfenberg
am 28.12.

Landrat Michael Busch
96450 Coburg
am 4.1.

Bürgermeister Eugen Götz
89440 Lutzingen
am 5.1.

Bürgermeister Fridolin Fuchs
63864 Glatzbach
am 9.1.

Bürgermeister Burkhard Losert
97222 Rimpfing
am 17.1.

Bürgermeister Lorenz Ostermaier
83539 Pfaffing
am 19.1.

Bürgermeister Bernhard Seeberger
91091 Großenesebach
am 20.1.

Bürgermeister Ernst Walter
89359 Kötzing
am 20.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer
91550 Dinkelsbühl
am 24.12.

Bürgermeister Paul Wecker
82297 Steindorf
am 24.12.

Bürgermeisterin Gerlinde Sigl
84435 Lengdorf
am 11.1.

Bürgermeister Gerhard Zeitler
93358 Train
am 11.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Korneder
85630 Grasbrunn
am 25.12.

Bürgermeister Manfred Walter
82205 Gilching
am 27.12.

Bürgermeister Maximilian Beer
92447 Schwarzhofen
am 27.12.

Bürgermeister Peter Dreier
84098 Hohenthann
am 29.12.

Bürgermeister Robert Kiermeier
84109 Wörth a.d. Isar
am 8.1.

Bürgermeister Detlef Beinbauer
97657 Sandberg
am 23.1.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Zentrum Kinderlachen“ in Fischach:

Der Mensch im Mittelpunkt

Große Bereicherung für die Marktgemeinde
Vorbildliches soziales Engagement - weitläufiges Konzept

Der Name ist Programm. Vor gut zehn Jahren wurde mit der Gründung des „Wohlfühlhauses“ in Fischach ein neues Kapitel der Kinderbetreuung im Landkreis Augsburg aufgeschlagen. „Bei uns stehen die Kinder und ihre individuellen Bedürfnisse im Mittelpunkt“, betont die Vorsitzende und Leiterin des Wohlfühlhauses Westliche Wälder Ursula Micheler-Koschel. Die Betreuung orientiert sich ganz konkret an den Erfordernissen der Familien. Möglich gemacht wurde dieses vorbildliche Projekt durch eine beispielhafte Zusammenarbeit von Privatinitiativen und Kommunen, die auf einem zukunftsweisenden Konzept gründet.

Nach der Auffassung von Fischachs Bürgermeister Peter Ziegelmeier spielt die bauliche und soziale Gestaltung für die gesellschaftliche Akzeptanz des Wohlfühlhauses eine wesentliche Rolle. Für den Markt Fischach, eine relativ kleinen Gemeinde mit knapp 5.000 Einwohnern, stelle das „Zentrum Kinderlachen“ „eine große Bereicherung und ein herausragendes Anziehungsmittel“ dar. Der Werbeeffekt sei immens: Laut Ziegelmeier

zwei verschiedenen Straßen. Das völlig umgebaute, ehemalige Restaurant gleicht einem wahren Schmuckstück. Alles ist hell und lichtdurchflutet. Dieser „Event-Bereich“, der extra auch für die Öffentlichkeit zugänglich ist, wird von Pia Scherible seit Sommer dieses Jahres betreut. Ein großer Saal für Veranstaltungen jeglicher Art steht zur Verfügung. Ob Tanztee, Kino, Konzert, Kleinkunst, Kindertheater, Kindergeburtstag oder Dichtersprecherei – die Palette an Angeboten für Kinder und Erwachsene ist nach Scheribles Darstellung vielfältig und natürlich jederzeit erweiterbar. Integriert werden soll hier auch ein Puppenmuseum, gleichsam das „Lebenswerk“ von Christine Wagner. Bürgermeister Ziegelmeier freut sich über die neuerlichen Aktivitäten des Ehepaars Wagner. Der neue Saal wird zum identitätsstiftenden Kristallisationspunkt für die örtliche Bevölkerung.

zwei verschiedenen Straßen.

Derzeit entsteht zudem ein Erlebnisturm, der im Erdgeschoss mit einer Kneippanlage für Kinder und Erwachsene ausgestattet sein wird. „Wir machen gerade die Zertifizierung zum Kneipp-Kindergarten“, berichtet Ursula Micheler-Koschel. Auch wird der Erlebnisturm eine Fangbox für Kinder beinhalten. 2012 soll alles fertig gestellt sein.

Derzeit entsteht zudem ein Erlebnisturm, der im Erdgeschoss mit einer Kneippanlage für Kinder und Erwachsene ausgestattet sein wird. „Wir machen gerade die Zertifizierung zum Kneipp-Kindergarten“, berichtet Ursula Micheler-Koschel. Auch wird der Erlebnisturm eine Fangbox für Kinder beinhalten. 2012 soll alles fertig gestellt sein.

Kommunale Förderung

Wurde das Fischacher Wohlfühlhaus bis 2005 ausschließlich durch Eigenleistung und Spenden finanziert, geschieht dies seither über Elternbeiträge, staatliche und kommunale Förderungen sowie Spenden und Sponsoringelder. Die Stiftung „Kinderlachen“ tritt als Vermieterin der Gebäude auf. Wie Christine Wagner erläutert, „ist mit dem Erwerb der Häuser keine kostenlose Nutzung der Räume verbunden“. „Wir zahlen weiterhin unsere reguläre Miete - nur eben an einen neuen Hausbesitzer“, ergänzt Ursula Micheler-Koschel.

In Zeiten sich ändernder gesellschaftlicher Strukturen gewinnt die familienergänzende Kinderbetreuung immer mehr an Bedeutung. „Dabei ist die Flexibilität bei den Öffnungszeiten“, so weiß Micheler-Koschel, „das A und O einer familienfreundlichen Kinderbetreuung.“ Die Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit setze den Kontakt zu anderen Kindern voraus. „Grundsätzlich und planen wir nicht für die Kinder, sondern organisieren mit ihnen den Alltag“, so die Pädagogin. Aufgenommen werden im Kinderzentrum nach Möglichkeit alle Kinder, unabhängig vom Wohnort der Familien, vorrangig jedoch Kinder aus Fischach und Schwabmünchen.

Kooperative Führung

Micheler-Koschel bevorzugt ein kooperatives Führungskonzept mit gemeinsamer Basis und gemeinsamen Wertevorstellungen. Das Team des Hauses besteht aus Fachkräften des sozialpädagogischen Bereichs sowie Fachkräften, die spezielle Kurse besuchen. Frauen mit Kindern seien ebenso willkommen wie Alleinerziehende und Frauen, „die auf dem Arbeitsmarkt nicht wirklich eine Chance haben“. Diese könnten als „Ergänzungs-



V. l.: Ursula Micheler-Koschel, das Ehepaar Michael und Christine Wagner, Peter Ziegelmeier und Pia Scherible.

gibt es keine Landkreisgemeinde mit vergleichbarer Größenordnung, die drei Kindergärten aufweist. Die Gemeinde profitiert durch höhere Einkommensteuereinnahmen und auch der Einzelhandel verzeichne Zuwächse. Man versuche zudem, ortsansässige Firmen bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen.

Alltagsgerechtigkeit

Ein derartiges Betreuungskonzept alltagsgerecht umzusetzen, schwebte Ursula Micheler-Koschel schon länger vor. Als die „Pädagogin aus Leidenschaft“ 2001 das Wohlfühlhaus in dem Weiler Lehnberg gründete, ging ein Herzenswunsch in Erfüllung. Beginnend mit einer altersgemischten Gruppe, die sehr schnell von anfangs fünf auf schließlich 50 Kinder wuchs, erfolgte 2006 der Umzug nach Fischach. Dort entwickelte sich das Wohlfühlhaus zu einer Kindertagesstätte für hundert Kinder mit sehr flexibler und individueller Zeiteinteilung.

Zwei Jahre zuvor war bereits eine Kinderkrippe in der „Zweigstelle“ Schwabmünchen („Schwabmünchner Wichtel“) für 30 Kinder ins Leben gerufen worden. 2008 wurde dort das Wohlfühl-Kinderhaus eingeweiht. Hier werden 45 Buben und Mädchen im Alter bis zu zwölf Jahren in drei Gruppen qualifiziert betreut.

Dass diese Projekte ermöglicht werden konnten, ist auch und im Besonderen der großzügigen Unterstützung durch den Langenuefnacher Unternehmer Michael Wagner (Topstar GmbH) zu verdanken. Gemeinsam mit Ehefrau Christine gründete er im Jahr 2003 die Michael Wagner Stiftung „Kinderla-

den“. Jedes Strahlen von Kinderaugen sei „ein kleines Stück Bestätigung und immer wieder ein neuer Ansporn“.

Problemfamilien

Diese Motivation führte im weiteren Verlauf dazu, dass 2007 für 1,15 Millionen Euro zwei Gebäude und ein dazugehöriges Areal mit insgesamt rund 4300 Quadratmetern Grund gekauft wurden. Dabei handelt es sich um das von einem Träger- und Förderverein betriebene „Wohlfühlhaus Westliche Wälder“ und um eine benachbarte Villa, um die das Wohlfühlhaus ab Oktober 2008 erweitert wurde. In der Villa bot sich dem Team um Ursula Micheler-Koschel fortan die Möglichkeit, auch Kinder und Jugendliche aus Problemfamilien zu betreuen – rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, auch nachts und an Wochenenden. Das „Zentrum Kinderlachen“ war geboren.

Im September 2009 erwarb die Michael Wagner Stiftung ein weiteres Haus in Fischach mit einer Gebäude- und Freifläche von 1.855 qm zur langfristigen Vermietung an das Wohlfühlhaus Westliche Wälder e.V. Dort konnten bereits im Oktober 2009 minderjährige schwangere Mütter und junge Mütter ab 14 Jahren aufgenommen werden, um sie auf eine gesicherte Zukunft mit ihren Kindern vorzubereiten. Ein Neubauprojekt an das bestehende Haus, bezugsfertig im Oktober 2010, wurde dem Bedarf dieser Einrichtung gerecht. Nachdem dann auch noch ein benachbartes ehemaliges Restaurant gekauft wurde, erstreckt sich das Zentrum Kinderlachen nunmehr auf vier ganz nahe beieinander liegende Gebäude in

GZ

Kolumne
Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser,

immer wieder wird von der Politik gefordert, die Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten, sich dem Bürger gegenüber weiter zu öffnen und bei allen Verfahren mehr Mitsprache und Mitentscheidung zu ermöglichen. Kurz gesagt, wir sollten mehr Demokratie wagen, kooperativen, dialogischen Handlungsformen mehr Raum geben und dem kritischen Bedürfnis nach Information besser Folge leisten. Das müsste uns allen ein Grundanliegen sein.

Auch bei der „Kommunale Nürnberg“ 2011, Deutschlands größter Fachmesse für Kommunalbedarf, stand das Thema auf der Tagesord-



nen, Verbänden und lokalen Agenda-Prozessen oder die facettenreichen Möglichkeiten über das Internet (Stichwort Web 2.0 – Facebook / Twitter). Gerade mit Letzterem könnte man größere Reichweiten bei der Öffentlichkeitsarbeit erzielen und die Bürgerinnen und Bürger auffordern, ihre Vorschläge und Ideen online einzubringen.

Noch mehr Rücksichtnahme ist der repräsentativen Demokratie nicht zumutbar. Allen Recht getan ist bekanntlich eine Kunst, die niemand kann. Anders ausgedrückt: „Everybody's Darling is everybody's Depp“, sagte einmal F.J.S. Wie recht er hatte.

Die durchaus gewünschte Mitsprache scheidet nicht selten an der Kompliziertheit der Sachverhalte. Ich denke hier beispielsweise an die langwierigen und komplizierten Planfeststellungsverfahren für Straßenbauten, die UVP-Verfahren für Kernkraftwerkserweiterungen (z.B. Temelin/CZ) oder auch an den „Bürgerhaushalt“.

Sachkundiges Detailwissen ist in den allermeisten Fällen eine Grundvoraussetzung. Es kann nicht sein, dass oft absolute Minderheiten bei uns den Ton angeben und die Richtung bestimmen wollen. Sollten die spektakulären Beispiele Stuttgart und München auch bei der Energiewende eine gravierende Rolle spielen, wäre der komplette Ausstieg aus der Atomstromproduktion im Jahre 2022 wohl mehr als gefährdet. Noch größere Probleme hätten wir bei der Errichtung eines Endlagers für den Atom Müll. Mit zu viel Harmoniebedürfnis und endlosen Diskussionsrunden ist niemanden gedient, kann ein Apparat auch lahm gelegt und das hohe Gut „Planungs-/Rechtssicherheit“ ausgehebelt werden.

Die Unberechenbarkeit bei Großprojekten hat bei uns im Übrigen schon mehrfach dazu geführt, dass Investitionen unterblieben sind oder ins benachbarte Ausland verlagert wurden. Daher kann die Konsequenz aus „S21“ nicht etwa sein, auf die formellen und informellen Verfahrensschritte noch neue aufzupacken, sondern basisdemokratische Verfahren wie Volksbegehren und Bürgerbeteiligungen jeder Art (meinete auch über neue Formen der direkten Mitbestimmung wie z. B. „liquid democracy“ bzw. „ad hococracy“) soweit nach vorne zu verlagern, dass außerordentlich hohe Kosten bis zum möglichen Stopp eines Großprojektes noch vermieden werden können.

Die rechtlichen Voraussetzungen für noch mehr plebiszitäre Elemente ließen sich in Bayern in einem angemessenen Zeitrahmen schaffen. Wenn wir zusätzlich noch besser auf alle anderen und meines Erachtens völlig ausreichenden Instrumente hinweisen, könnten aus echten und digitalen „Wutbürgern“ wieder „Normal- und Aktivbürger“ werden.

Ihr Heinrich Lenz

Der ruhige Bürger probt den Aufstand

nung, wurden an den Beispielen „Stuttgart 21“ und „3. Startbahn Flughafen München“ die Umsetzungsschwierigkeiten verdeutlicht und diskutiert. Der Frust von tausenden von Mitbürgern hat sich bei diesen beiden Projekten so massiv artikuliert, dass die deutsche Gesellschaft für Sprache „Wutbürger“ zum Unwort des Jahres gewählt hat.

Damit sollte die Empörung zum Ausdruck gebracht werden, die heute hier in Deutschland aber auch in vielen Nachbarländern Europas mit politischen Entscheidungen verbunden ist. So liegt es zunächst durchaus nahe, sich über neue Formen der Bürgerbeteiligung Gedanken zu machen, weil diese einen wichtigen Beitrag zur Überwindung von Interessenkonflikten, zur Reduzierung von Widerständen und letztlich zu kürzeren Verfahrensdauern leisten könnten.

So weit, so gut! Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob nicht die bereits bestehenden, gesetzlich garantierten und umfänglichen Partizipationsmöglichkeiten völlig ausreichend sind. So hat beispielsweise jedermann das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden (Art. 17 GG, Art. 115 BV). Ich verweise auf Art. 56 Abs. 3 GO, es gibt das Instrument der Bürgerversammlung, das Mitberatersrecht gemäß Art. 18 GO, die Teilnahme an Gemeinderatssitzungen, vorgezogene Bürgerbeteiligung im Bauleitungsrecht, die Kontrolle und Einflussnahme über Volksentscheide (seit Einführung im Jahre 1995 gab es rund 1.700 Verfahren, 2010 ging es z.B. um das Rauchverbot) und nicht zuletzt die Gerichtsbarkeit.

Wenn alle Stricke reißen, steht ja auch noch der Rechtsweg offen. Hinzu kommen eine ganze Reihe nicht normierter, aber durchaus wirksamer Alternativen, wie z.B. Initiativen von Verei-

und Unterstützungskräfte“ eingesetzt werden. Inzwischen umfasst das Team 63 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit, darunter auch männliche Erzieher.

Dichtes Netzwerk

Stolz ist die Pädagogin darauf, dass es ihr bislang gelungen ist, „jeden Jugendlichen und jede Mutter in Arbeit zu bringen“. Ohnehin stellen Schule und Ausbildung zentrale Punkte ihrer Tätigkeit dar. Trotz zweier Kinder absolviere eine junge Frau beispielsweise derzeit eine Ausbildung, „weil wir uns zur Partnerschaft bereit erklärt haben“. Die Kinder sind in der Krippe und sollte die Mutter krank sein, kommt ein dicht geflochtenes Netzwerk zum Einsatz.

Seit einigen Monaten leben auch einige minderjährige Asylbewerber ohne Eltern im Wohlfühlhaus. Ihnen eine Perspektive zu vermitteln, sei oberstes Ziel. Integration in die Gesellschaft laute das Zauberwort. Für das Erlernen der deutschen Sprache, Hausaufgabenbetreuung, Einkäufe etc. stehen sog. Zentrums-großeltern bereit, die mit im Gebäude wohnen. Außerdem werden die Jugendlichen beispielsweise zu handwerklichen Tätigkeiten herangezogen. Die Vermittlung von Firmenpraktika

steht ebenso auf der Agenda. Das Ergebnis könne sich sehen lassen, so Ursula Micheler-Koschel: „Die Flüchtlinge haben in kurzer Zeit eine positive Entwicklung genommen.“

Dass das Wohlfühlhaus aufgrund vielfältiger und auf die individuellen Bedürfnisse ausgerichteter Angebote voll belegt ist, verwundert nicht. Das „Zentrum Kinderlachen“ wurde unter anderem bereits von Münchner Jugendämtern und Vertretern der Städte Augsburg und Günzburg besichtigt. „Wir sehen uns klar als Vorzeigeprojekt“, erklärt Micheler-Koschel, weist aber auch darauf hin, dass der Weg mitunter durchaus steinig war.

„Zunächst musste ich in den beiden kirchlichen Kindergärten in Fischach Bedenken zerstreuen“, erinnert sich die Wohlfühlhaus-Leiterin. Der Konkurrenzgedanke sei sehr groß gewesen – auch in den umliegenden Gemeinden. Seit einigen Jahren allerdings zeichne sich ein Umdenken ab, versuchten doch die beiden Fischacher Kindergärten, die im Übrigen mit den gleichen gemeindlichen Zuschüssen bedacht würden, einige Angebote des Kinderhauses wie z. B. längere Öffnungszeiten oder unterschiedliche Kindergruppen zu übernehmen.

Micheler-Koschel zufolge ver-

mittelt das Projekt den jungen Menschen eine Wohnqualität, d. h. „wenn sie eines Tages in den eigenen vier Wänden wohnen, wollen sie es auch schön haben“. Insofern finde auch auf diesem Wege eine Werteerziehung statt.

Indoor-Freizeit-Halle

Die Pädagogin erinnert an den Fall einer jungen 27-jährigen Frau, die mit einem zwei Wochen alten Kind auf der Straße stand. Kein einziges Heim im Landkreis war bereit, sie aufzunehmen. Nach einem Anruf des Jugendamts nahm sich das Wohlfühlhaus ihrer an und schaffte es tatsächlich, aus der schüchternen und gehemmten Person eine offene, mit beiden Beinen im Leben stehende junge Frau zu machen, die mittlerweile in ihrer eigenen Wohnung lebt und dort versucht, die Räumlichkeiten nach dem Vorbild des Wohlfühlhauses zu gestalten.

Als nächste Idee, die man in die Tat umsetzen könnte, schwebt dem Ehepaar Wagner die Errichtung einer Indoor-Freizeit-Halle vor. Viele Jugendliche brauchen eine Möglichkeit „sich auszuholen“, meint Christine Wagner und findet damit natürlich die Zustimmung von Peter Ziegelmeier.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ministerrat beschließt Nachtragshaushalt 2012:

Neue Kultur der Stabilität und Solidität

Zukunftsstrategie ‚Aufbruch Bayern‘ wird konsequent und kraftvoll fortgesetzt

Das Kabinett hat jüngst auf der Grundlage der in der Kabinettsklausur in St. Quirin vereinbarten Eckpunkte den Entwurf des Nachtragshaushalts 2012 beschlossen und wird ihn dem Landtag zur parlamentarischen Beratung zuleiten. Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder: „Der Freistaat setzt weiter Maßstäbe für eine neue Kultur der Stabilität und Solidität in Deutschland und Europa. Mit dem Nachtragshaushalt 2012 setzen wir unsere Zukunftsstrategie ‚Aufbruch Bayern‘ konsequent und kraftvoll fort!“

Markenzeichen des Haushaltsentwurfs der Bayerischen Staatsregierung sei der solide finanzpolitische Dreiklang aus einem Haushalt ohne neue Schulden, einer Stärkung der Rücklagen und die Schuldentilgung.

2012 hat der Freistaat den siebten Haushalt in Folge ohne Neuverschuldung. Trotzdem können 250 Millionen Euro Schulden im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2011 getilgt werden. Söder: „Kein anderes Bundesland zahlt weit über 3 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich und tilgt gleichzeitig Schulden.“

Investitionsquote steigt

Die für die Zukunft und Arbeitsplätze bedeutsame Investitionsquote wird in 2012 auf 12 Prozent gesteigert. Die Investitionsausgaben betragen insgesamt rund 5.270,8 Millionen Euro. Bayern liegt damit an der Spitze der Flächenländer West (zum Vergleich: Baden-Württemberg: 9,5 Prozent und Niedersachsen: 6,9 Prozent). „Die Ampel steht weiter auf Grün für Stabilität und Zukunftssicherung in Bayern. Mit dem Nachtragshaushalt 2012 investieren wir ganz gezielt in die Gestaltung der Zukunft unseres Landes“, betonte Söder.

Schwerpunktsetzung

Der Nachtragshaushalt setzt vorzeigbare politische Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Familie und Bildung, Energie, Klima und Innovation sowie beim demographischen Wandel und dem ländlichen Raum.

Der Entwurf sieht vor, 169

Millionen Euro zusätzlich für Familie und Bildung, 126,5 Millionen Euro für Energiewende und Klima sowie 232 Millionen Euro für die Stärkung des ländlichen Raums und zur Abmilderung des demografischen Wandels auszugeben.

Balance

Das Ausgabevolumen 2012 steigt im Vergleich zum Stammbudget um insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro (+ 2,7 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr 2011 beträgt die Steigerung 4,3 Prozent.

Zusammenfassend unterstrich Finanzminister Söder: „Bayerns Nachtragshaushalt 2012 ist kommunalfreundlich und ein Haushalt der Gestaltungskraft und der Balance, mit dem soliden Dreiklang: keine neue Schulden, starke Rücklagen und Schuldentilgung. Damit legen wir dem Landtag einen Haushalt des Aufbruchs vor, der geprägt ist von großer Disziplin bei den Ausgaben und enorme Gestaltungskraft in allen wichtigen Zukunftsfeldern haben wird.“

Erhöhung der Beamtensoldung

Neben dem Haushaltsentwurf und dem kommunalen Finanzausgleich hat das Kabinett auch die Erhöhung der Beamtensoldung beschlossen. Finanzminister Söder: „Nachdem Bayerns Beamten für den Haushalt 2011 einen großen Sparbeitrag erbracht haben, werden wir Beamte und Angestellte mit einer zweistufigen Besoldungserhöhung im Jahr 2012 und der Absenkung

der Wochenarbeitszeit zum 1. August 2012 wieder weitgehend gleichstellen. Bayerns Verwaltung ist stark, weil wir leistungsfähige Beamte haben.“ Der vom Kabinett beschlossene Gesetz-

entwurf sieht eine lineare Anpassung der Bezüge um 1,9 Prozent ab 1. Januar 2012 und eine lineare Erhöhung der Bezüge um 1,5 Prozent ab 1. November 2012 vor.

Sicherheit im...

(Fortsetzung von Seite 2)

Die Kommunen müssen daher, abhängig von den örtlichen Sicherheitsbedürfnissen und Leistungsanforderungen, den haushaltsrechtlichen Nachweis- und Aufbewahrungspflichten sowie den technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen, für sich selbst entscheiden, welche Online-Banking-Lösung sich letztlich am besten für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die Kontoführung eignet.

Ausgabenprüfung

Was die Prüfung von Bauausgaben kommunaler Auftraggeber anbelangt, so erfolgt diese im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung. Sie kann unmittelbar oder mittelbar durch einen Baumaßnahme Beteiligten und jede Phase der Abwicklung einer Baumaßnahme betreffen, insbesondere die Phasen des Vertragsabschlusses, der Planung, der Ausschreibung, der Vergabe, der Bauüberwachung und der Abrechnung. Im Wesentlichen prüft der BKPV, ob der kommunale Auftraggeber die gesetzlichen und vertraglichen Regelungen und die einschlägigen technischen Normen beachtet hat, insbesondere ob er seinen Verpflichtungen zu sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung nachgekommen ist – aber auch, ob er seine ureigenen Bauherrenaufgaben wahrgenommen hat. Prüfungsrelevant sind neben der Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben die Leistungen und Vergütungen sowohl der freiberuflichen Architekten und Ingenieure als auch der ausführenden Firmen.

Die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) regelt die Erhöhung der europaweite Vergabepraxis für nicht eindeutig und erschöpfend beschreibbare Leistungen ab einem bestimmten Auftragswert (Schwellenwert seit 1.1.2010: 193.000 Euro ohne MwSt.). Obwohl freiberufliche Leistungen für kommunale Baumaßnahmen, wie sie beispiels-

weise Architekten und Ingenieure erbringen, in den meisten Fällen zu diesen Leistungen gehören, wandten viele Kommunen die verbindlichen Regelungen der VOF nicht oder fehlerhaft an. Besonders auffällig waren fehlerhafte oder fehlende Auftragswertberechnungen.

Materielle Schäden

Da gravierende Verstöße gegen das Vergaberecht vom Fördermittelgeber als „schwerer Vergabeverstoß“ gewertet werden, können den betroffenen Kommunen neben förmlichen Beanstandungen auch erhebliche materielle Schäden durch den Verlust von Fördermitteln entstehen, so der BKPV. Den Kommunen sei daher im eigenen Interesse zu einem „äußerst sorgfältigen Umgang mit den verbindlichen Regelungen der VOF“ zu raten. Bei jeder Vergabe sollte in einem Vergabevermerk detailliert dokumentiert werden, wie die Entscheidung zustande kam. Dies beginne mit der Wahl der Vergabeart; deshalb sei auch die Auftragswertberechnung zu den Akten zu nehmen.

Auch wurde wiederholt festgestellt, „dass vor der Vergabe von Projektsteuerungsleistungen keine Vergleichsangebote zur Leistung und zum Honorar eingeholt wurden, was aber notwendig ist, um ein angemessenes Preis-/Leistungsverhältnis zu

ermitteln“. „Damit kann gegen die Bestimmungen des Haushaltsrechts mit der Verpflichtung zum sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern verstoßen worden sein.“ Darüber hinaus sei zunehmend zu beobachten, dass Planungsleistungen in Auftrag gegeben werden, die entweder nicht notwendig sind oder für die zum Zeitpunkt der Beauftragung die Voraussetzungen (noch) nicht vorliegen. Zum Beispiel ist nach Darstellung des BKPV eine Genehmigungsplanung und mithin die Erstellung von Genehmigungsunterlagen für die technische Ausrüstung meist nicht erforderlich. „Wir mussten feststellen, dass in vielen Verträgen mit Haustechnikplanern eine Honorierung der Genehmigungsplanung vereinbart wurde, obwohl eine solche nicht anfiel.“

Abwasserbeseitigung ist Pflichtaufgabe

Thema Abwasserbeseitigung. Nach Art. 57 Gemeindeordnung ist die Abwasserbeseitigung eine originäre Pflichtaufgabe der Gemeinden, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten haben. In den 80er und 90er Jahren waren kostenintensive Neubau- und Umbaumaßnahmen vor allem wegen gestiegener Anforderungen an die Reinigungsleistungen der Abwasserbeseitigungsanlagen erforderlich. Derzeit geht es häufig um Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie um Anpassungen im Zuge der Erteilung einer neuen wasserrechtlichen Erlaubnis nach Art. 16 Bayerisches Wassergesetz.

Da die Verwaltungen und

Bauämter in der Regel aus personellen und zeitlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Aufgaben selbst wahrzunehmen, werden externe Ingenieurbüros mit der Entwurfs- und Ausführungsplanung beauftragt. Um den Investitionsaufwand für die Maßnahmen in akzeptablen Grenzen zu halten, ist eine intensive Zusammenarbeit der Kommunen als Auftraggeber mit den Genehmigungsbehörden und den Ingenieurbüros erforderlich. Das größte Potenzial für Kosteneinsparungen bei Abwasseranlagen liegt im konzeptionellen Bereich, in den Planungsphasen der Grundlagenmittlung und der Vorplanung. „Die Erfahrung zeigt“, so der Kommunale Prüfungsverband, „dass auch noch bei den weiteren Leistungsphasen (z. B. Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe) nicht unerhebliche Einsparungen erzielt werden können. Jedoch wird dies immer schwieriger, je weiter ein Projekt fortgeschritten ist.“

Rechnungsprüfung

Im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung oder auf Antrag berät der BKPV möglichst frühzeitig die Gemeinden mit Blick auf Angemessenheit, technische Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen und hilft bei der Suche nach technisch gleichwertigen, aber wirtschaftlicheren Alternativen. Anhand einiger Beispiele aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit stellt der Verband in seinem Geschäftsbericht dar, welche Einsparungen durch alternative Planungskonzepte, genaue Ermittlung der Bemessungsgrundlagen sowie geänderte Betriebsweisen möglich sind. **DK**

Selbst ist die Region...

(Fortsetzung von Seite 1)

Den Häusern und ihres Umfeldes. KUNO beschafft, wenn nötig, auf die Schnelle medizinische Gerät und fördert die pädiatrische Forschung. 25 Menschen im Alter von 20 bis 70 Jahren kümmern sich ehrenamtlich um die Stiftung.

Energiewende

Der Name ist Programm: Die Bürgerstiftung Energiewende Oberland (EWO), mit dem dritten Preis (5.000 Euro) bedacht, will in den Landkreisen Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen und Weilheim-Schongau die Energiewende schaffen. Als Vision schwebt den Initiatoren vor: Die Region versorgt sich bis zum Jahr 2035 vollständig mit erneuerbaren Energien. Sie ist zu diesem Zeitpunkt völlig unabhängig von fossilen Energieträgern. Um dies zu schaffen, sollen der Energieverbrauch reduziert, innovative und effiziente Technologien zur Energiegewinnung eingesetzt und die heimischen Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Die Alternativen heißen Solarenergie, nachwachsende Rohstoffe, Geothermie, Wasser- und Windkraft. Ziel ist, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und die regionale Wirtschaftskraft zu sichern. Auch der Klimaschutz steht im Vordergrund. Bürgerinnen und Bürger – so das große Anliegen – müssen mitreden und mitbestimmen können und so den Umstieg mittragen.

213 Stifter

Die Bürgerstiftung Energiewende Oberland entstand 2005 aus der Agenda 21-Bewegung heraus, als klar wurde, dass das Thema Energie in Zukunft einen viel höheren Stellenwert haben wird. 86 Gründungsstifter unterzeichneten Anteile von jeweils 1.000 Euro. Inzwischen ist die Zahl der Stifter auf 213 angewachsen.

Den 4. Preis mit jeweils 2.500 Euro teilen sich das Allgäuer Zentrum für regionale Eigenversorgung – Kempodium e. V. und manomama in Augsburg, das erste textile Social Business. Kempodium ist ein Haus zum Selbermachen und einem Gebrauchtwaren-Kaufhaus. 50.000 Besucher kommen jedes Jahr, verwirklichen ihre Ideen und arbeiten damit der Konsumgesellschaft entgegen. Das Motto dieses Allgäuer Zentrums für Eigenversorgung: „Von Menschen aus der Region für die Region.“

Regionale Wertschöpfung

„Manomama“ ist das Werk von Sina Trinkwalder: Sie beschäftigt in ihrem Unternehmen in Augsburg Menschen, die sonst keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, vor allem ehemalige Textilarbeiterinnen. Der-

zeit stellen zwölf Frauen in der kleinen Firma hochwertige Bekleidung her: ökologisch unbedenklich und komplett kompostierbar. Sina Trinkwalder setzt dabei auf eine konsequent regionale Wertschöpfungskette.

Vier Sonderpreise für Dorfbläden

Der Beirat vergab heuer außerdem vier Sonderpreise, jeweils dotiert mit 500 Euro. Ausgezeichnet wurden die Dorfbläden in Jedesheim bei Illertissen, Thandorf in der Gemeinde Rossbach im Landkreis Rottal-Inn, Nordhalben in Oberfranken und Daiting in Schwaben. Den Anerkennungspreis (ebenfalls 500 Euro) bekam schließlich das Künstlerpaar Hanna Regina Ueber und Robert Diem aus Aschach für ihre Bürgerskulptur in Amberg. **KI**

Der Mensch im...

(Fortsetzung von Seite 3)

Der Bürgermeister könnte sich auch vorstellen, dass sich das Wohlfühlhaus gut eignen würde für eine weitere Familienstation des Landkreises. Wenn man dafür Räumlichkeiten fände, würde der Markt Fischach mit einsteigen. 30 Prozent der Besucher der Familienstationen in Diedorf und Dinkelscherben kommen nämlich aus Fischach. Der Bedarf für so eine Einrichtung ist also groß. Diese Familienstationen wurden für hilfsbedürftige Familien eingerichtet, wobei sich das Angebot von der Beratung bis zur konkreten Lebensmittelhilfe erstreckt. Den Menschen wird auch geholfen, wenn die Kinder keine Betreuungsplätze bekommen.

Insgesamt bietet das offene, weitläufige Konzept des Fischacher Wohlfühlhauses auch heute schon eine Vielzahl an Möglichkeiten, Integration zu leben, die

Kinder als eigene Persönlichkeit, als kompetentes, sich selbst bildendes Wesen wahrzunehmen und schließlich auch die Eltern als Partner einzubeziehen. Das damit verbundene großartige soziale Engagement des Ehepaars Wagner ist dabei nicht nur finanzieller Art, wie beide betonen. „Wir schicken nicht nur einen Scheck, sondern bringen uns auch inhaltlich ein. Wir informieren uns vor Ort und werden immer auf dem Laufenden gehalten.“

Messbarer Erfolg

Ursula Micheler-Koschel ergänzt: „Mir geht es darum, mit unserem Betreuungsangebot neue Wege zu gehen. Eine Modernisierung der Pädagogik ist dringend notwendig. Wir versuchen hier einfach unser Bestes zu geben. Und der messbare Erfolg gibt uns letztlich Recht.“ **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

vermittelt ein Fachteam psychisch kranke Menschen in Gastfamilien, seit einiger Zeit gibt es dieses Projekt speziell auch für ältere Personen. Was zuerst als gefördertes Modellprojekt begann, gehört nun seit 2009 fest zum Bereich Wohnen und Fördern der Bezirkskliniken Schwaben. „Die Auszeichnung durch die Landesstiftung ist für uns ein Ansporn, solche innovativen Projekte weiter zu verfolgen“, so Thomas Düll, Vorstandsvorsitzender der Bezirkskliniken Schwaben, der den Preis gemeinsam mit der Projektleiterin Sabine Starkmann von Finanzminister Söder entgegennahm.

Alternative Betreuung

Um sowohl den pflegenden Angehörigen als auch den zu pflegenden Menschen Unterstützung zu bieten und aufgrund der Erkenntnis, dass bei der prognostizierten demographischen Entwicklung es nicht finanzierbar ist, immer mehr Alten- und Pflegeheime zu bauen, entstand beim Diakonischen Sozialzentrum Reuhaus die Idee des Projektes ROMEO und JULIA als Alternative zur stationären Versorgung alter und hilfsbedürftiger Bürger.

Ein Ziel des Projekts war es von Anfang an, dass jeder Bür-

ger die angebotenen Hilfen in Anspruch nehmen kann, damit nicht nur der Hilfe bekommt, der es sich leisten kann. Diese Hilfen sollen niedrigschwellig und unterbürokratisch zu bekommen sein, da die Bürger entlastet werden sollten. Ein weiteres Ziel war es, allen Menschen mit Hilfebedarf ein möglichst langes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Ehrenamtsarbeit

Die Grundlage, mit der diese Ziele in der Praxis umgesetzt werden, ist die Ehrenamtsarbeit. Im Moment engagieren sich in der Ehrenamtsbörse 145 Bürger. 62 davon sind geschult und sind bei der Betreuung von Menschen mit Demenz im häuslichen Umfeld und bei der wöchentlichen Betreuungsgruppe im Einsatz. 23 betreuen Menschen ohne Demenz, aber mit Unterstützungsbedarf, damit diese zu Hause wohnen bleiben können (z. B. Besuchsdienst, Einkaufsdienst, Garteninstandhaltung, Schneeschippen, Fahr- und Begleitdienste, Hilfen im Haushalt usw.). 60 sind im stationären Bereich tätig (z. B. Musikveranstaltungen, Andachten, Besuchsdienst, Sterbegleitung, Tagescafé, Gymnastik, soziale Stimulation usw.). **DO**

Unbezahlbares...

Steigender Investitionsbedarf bei Städten und Gemeinden

Neue Siemens-Studie verdeutlicht Herausforderungen bei Infrastrukturfinanzierungen für nachhaltige Stadtentwicklung

Deutsche Städte werden bis 2020 über 400 Mrd. EUR in den Ausbau ihrer Infrastruktur sowie Versorgungsleistungen investieren müssen, um ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern. Dies besagt eine heute von der Financial-Services-Einheit von Siemens (SFS) veröffentlichte Studie. Dabei wurden Städte in insgesamt zehn Ländern untersucht und deren absehbarer Infrastrukturbedarf berechnet. Hier liegt Deutschland vor europäischen Nachbarn wie Großbritannien (274 Mrd. EUR) oder Frankreich (413 Mrd. EUR). Die Studie verdeutlicht zudem die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, um anstehende Investitionen zu finanzieren.

Kai-Otto Landwehr, Vorsitzender der Geschäftsführung der Siemens Finance & Leasing GmbH, sagt: „Die öffentliche Hand muss notwendige Investitionen tätigen, um im Wettbewerb nicht zurück-

zufallen. Das gilt besonders dort, wo privatwirtschaftliche Unternehmen ihre Standortentscheidungen von der Versorgungsinfrastruktur abhängig machen. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Höhe der kommunalen Steuereinnahmen, sondern auch auf Leistungsfähigkeit, Beschäftigungsniveau und somit auf die wirtschaftliche Dynamik der jeweiligen Stadt.“

Finanzierungsmethoden

Der hohe Investitionsbedarf lässt sich jedoch nicht allein aus öffentlichen Mitteln decken. Um Investitionsprojekte aller Größenordnungen zu realisieren, bedarf es geeigneter Finanzierungsmethoden. Vor allem längerfristige Finanzierungen sind für den Ausbau der weltweiten Infrastruktur von Bedeutung. Dabei rücken Anlagendarlehen zunehmend in den Vordergrund.

Leasing- oder Mietvereinbarungen erlauben dem öffentlichen Sektor eine nachhaltige und nutzungsorientierte Beschaffung von Technologien. So kann beispielsweise im Gesundheitswesen eine verbesserte Patientenversorgung bei gleichzeitiger Senkung von

Diagnose- und Behandlungskosten ermöglicht werden.

Des Weiteren ermöglicht Energiespar-Contracting den Einsatz energieeffizienter Gebäudetechnik. Durch gezielte Optimierung und Modernisierung werden vorhandene Einsparpotenziale erschlossen. Die dafür erforderlichen Ausgaben amortisieren sich aus den garantierten Energie- und Betriebskosteneinsparungen während der Vertragslaufzeit.

Planungssicherheit und Flexibilität

„Anlagenfinanzierungen ersetzen kurzfristige und je nach Marktlage schwankende Kreditlinien. Das Ergebnis sind Planungssicherheit und Flexibilität – wichtige Voraussetzungen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“, so Landwehr.

Auf Grundlage von Global-Insight-Daten hat SFS für jedes der untersuchten Länder zunächst die Pro-Kopf-Investition bis 2020 berechnet. Zur Abschätzung des städtischen Investitionsbedarfs der einzelnen Länder sowie des Investitionsbedarfs der jeweils drei größten Städte pro Land wurde der Pro-Kopf-Wert proportional auf die städtische Bevölkerung angewandt. Untersucht wurden Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Polen, die Türkei, die Vereinigten Staaten, China, Indien und Russland. Die Studie sowie weitere Länderergebnisse sind bei claudia.berndt@lindsellmarketing.com erhältlich.

GVB-Präsident Götzl warnt:

Fehlsteuerung durch Basel III

Basel III gefährdet die künftige Immobilien- und Mittelstandsfinanzierung in Deutschland. Darauf weist der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Stephan Götzl, hin: „Die geplanten Basel-III-Vorschriften sehen eine pauschale Anhebung der Mindesteigenkapitalquoten für sämtliche Bankgeschäfte vor. Das gilt auch für die risikoarmen Mittelstands- und Immobilienkredite, die dadurch verteuert werden.“

Für eine derartige Verteuerung bestehe unter Risikogesichtspunkten jedoch kein Grund. Stephan Götzl: „Um eine Fehlsteuerung und die damit einhergehende massive Belastung der deutschen Volkswirtschaft zu vermeiden, müssen die Baseler Vorgaben risikogerecht angepasst werden.“

Risikogewichtung

Deshalb fordert der bayerische Genossenschaftspräsident Maßnahmen, um künftige volkswirtschaftlich schädliche Verzerrungen im Kreditgeschäft zu vermeiden. Dazu zählt aus seiner Sicht eine Korrektur der Risikogewichtung bei privaten Wohnbaudarlehen (25 % statt 35 %) und gewerblichen Immobilienkrediten (35 % statt 50 %) sowie bei Mittelstandskrediten (50 % statt 75 %). Damit könnte das für diese volkswirtschaftlich bedeutsamen

Kredite vorzuhaltende Unterlegungskapital auf bisherigem Niveau stabilisiert werden. Eine Kreditklemme beim Mittelstand, welcher für die Volkswirtschaft höchste Bedeutung hat, könnte so vermieden werden.

Effektives Instrument

Zudem plädiert Götzl dafür, dass die nationalen Regierungen bei der Umsetzung von Basel III das Recht erhalten, die Risikogewichtung für Hypothekarkredite zu erhöhen, wenn sich Übertreibungen auf den Immobilienmärkten abzeichnen. „Mit der Etablierung eines solchen immobilienzyklischen Puffers würde den unterschiedlichen Marktgegebenheiten in den EU-Mitgliedsländern Rechnung getragen und ein effektives Instrument zur zielgerichteten Risikoprävention geschaffen.“

Wirtschaftstag der Volks- und Raiffeisenbanken in Straubing:

Mit Energie in die Zukunft

Auf dem diesjährigen Wirtschaftstag der Volksbanken Raiffeisenbanken beleuchteten namhafte Referenten aus Politik und Wirtschaft verschiedene Aspekte zum Thema „Energie“, die für die bayerische Wirtschaft zukunftsrelevant sind. Der Wirtschaftstag fand heuer in Straubing vor rund 1000 geladenen Gästen statt.

Einer der Höhepunkte war die offizielle Verleihung des Innovationspreises der Volks- und Raiffeisenbanken, mit dem traditionell der Mittelstandsbetrieb des Jahres ausgezeichnet wird. Die Firma Optocraft GmbH aus Erlangen, vor zehn Jahren von Mitarbeitern des Lehrstuhls für Optik der Universität Erlangen-Nürnberg gegründet, erhielt den mit 20.000 Euro dotierten Preis für die Entwicklung einer Technologie, die Messungen am Auge genauer, schneller und kostengünstiger macht. „Wer mitten aus der Forschungslandschaft Bayern heraus ein Unternehmen gründet und ein Diagnosegerät zur Marktreife bringt, das die Augenheilkunde wirklich voranbringt, verdient große Anerkennung“, hob Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, in seiner Laudatio hervor.

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil thematisierte sowohl das Energiekonzept der Zukunft als auch die aktuelle Finanzmarkt- und Schuldenkrise. Erl forderte eine gemeinsame Strategie gegen jene, „die Schulden mit noch mehr Schulden“ bekämpfen wollen. Weltweit einheitliche Regeln auf den Finanzmärkten seien nötig, so der Minister.

Den Volks- und Raiffeisenbanken attestierte Zeil vorbildliches Handeln: „Sie waren es, die dem Mittelstand zusammen mit den Sparkassen während der Finanzkrise und der anschließenden Boomphase in besonderer Weise zur Seite gestanden sind. Sie haben ihren bayerischen Firmenkreditbestand über die letzten Jahre kontinuierlich ausgeweitet und damit maßgeblich geholfen, eine zwischenzeitlich drohende Kreditklemme abzuwenden.“ Damit zeige sich einmal mehr: „Volks- und Raiffeisenbanken halten das Hausbankprinzip hoch und stehen zu ihren Kunden, in guten wie insbesondere auch in schlechten Zeiten.“

Laut Zeil bewegt sich die Mittelstandsfinanzierung derzeit im grünen Bereich: Die Kreditausleihungen an den inländischen Privatsektor wachsen laut Bundesbank seit Ende 2010 wieder moderat und zwar im selben Tempo wie zwischen den Jahren 2002 und 2007. Die vom ifo-Institut erhobene Kredithürde verharrt auf sehr niedrigem Niveau. Derzeit berichten nur rund 22 Prozent an Unternehmen über restriktive Kreditpraktiken. Schließlich sind die Kreditzinsen immer noch extrem günstig. So muss ein Unternehmer für einen Kredit mit fünfjähriger Zinsbindung im Schnitt rund 4 Prozent Zinsen veranschlagen.

„Allerdings sollten wir uns nicht in allzu großer Sicherheit wiegen“, mahnte Zeil: Nach EZB-Angaben zeichnet sich in der Eurozone insgesamt eine deutliche Verschärfung der Kreditkonditionen seit dem 3. Quartal 2011 ab. „Ich hoffe, dass dies nicht zu einem Vorboten für Deutschland wird, denn wir sind in Deutschland und der ganzen Eurozone auf eine günstige Kreditversorgung in besonderer Weise angewiesen“, so Zeil. „Unsere Unternehmen wickeln nur 30 Prozent der Fremdfinanzierung über den Kapitalmarkt ab.“

Da kleinen Mittelständlern diese Ausweichmöglichkeit nicht zur Verfügung stehe, „ist daher der Hausbankkredit für die Leistungsträger unserer Wirtschaft nach wie vor das Mittel der Wahl“, so der Minister. Daher sei es das Gebot der Stunde, bei den aktuellen Bemühungen um eine bessere Regulierung des Finanzsektors umsichtig zu handeln und den Mittelstand fest im Blick zu behalten.

So habe sich die Staatsregierung bei der Festlegung der Bankenabgabensatzung im Rahmen der Restrukturierungsfonds-Verordnung über den Bundesrat erfolgreich dafür eingesetzt, dass für kleinere Institute eine Freigrenze von 300 Mio. Euro der beitragsberechtigten Passiva durchgesetzt werden konnte. Bei der Umsetzung von Basel III in EU-Recht habe er, Zeil, sich vor allem für Erleichterungen und Ausnahmen für kleinere Institute eingesetzt. Gerade die bei Basel II erreichten Erleichterungen für Mittelstands- und Retailkredite dürften nicht aufgeweicht werden. Am Ende dürfe es nicht heißen: „Regulierungs-Operation gelungen, Patient tot.“

Für Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr sind die Volks- und Raiffeisenbanken nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbilder. Mit einem Kreditvolumen von zwei Milliarden Euro, das den heimischen Unternehmen jährlich zur Verfügung gestellt werde, stellen sie das „Rückgrat der Wirtschaft“ in der Region dar.

Über aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen referierte der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Superminister im Kabinett Schröder, Wolfgang Clement. Er bescheinigte Deutschland eine „robuste wirtschaftliche Entwicklung“, dem gegenüber stellte er die Gefahren der globalen Finanz- und Staatsschuldenkrise. Besonders Europa müsse Reformen anpacken. Es gehe darum, mit einer „Kultur der Stabilität“ die Krise zu bewältigen, um im weltweiten Wettbewerb auch in Zukunft eine Rolle spielen zu können. DK

Otto Beierl wird LfA-Vorstandsvorsitzender

Bayerisches Kabinett bestellt neuen Chef der Förderbank

Der neue Vorstandsvorsitzende der LfA Förderbank Bayern heißt Dr. Otto Beierl. Dies hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen. Beierl folgt zum 1. Januar 2012 auf den bisherigen Bankchef Michael Schneider, der im Alter von 67 Jahren in den Ruhestand tritt.

Der Vorstand der staatlichen Spezialbank zur Wirtschaftsförderung wird komplettiert von den bisherigen Mitgliedern Gerd Rometsch und Dr. Thies Claussen.

Große Erfahrung

„Die Bestellung von Otto Beierl ist eine gute Entscheidung für die Förderbank und für ihre Kunden, die mittelständischen Unternehmen in Bayern. Gerade aus den Jahren der Wirtschaftskrise verfügt er über große Erfahrung im Kreditgeschäft, auch in schwierigen Restrukturierungsfällen. In Zeiten unruhiger Finanzmärkte wird die LfA eine noch wichtigere Rolle spielen, um unsere heimischen Firmen verlässlich mit langfristigen Krediten zu versorgen – eine Aufgabe, die bei der neuen Führung in besten Händen ist“, gratuliert Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, der dem LfA-Verwaltungsrat vorsteht.

Dr. Markus Söder, Finanzminister: „Die LfA ist an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Banken unser wichtigstes Förderinstrument für den Mittelstand und seine Arbeitsplätze.“ An dieser Stelle könne ein ausgewiesener Finanzexperte wie Otto Beierl einen entscheidenden Beitrag leisten.

2007 Eintritt in die LfA

Otto Beierl trat 2007 in die LfA ein und übernahm ein Jahr später die Verantwortung, u. a. in den Bereichen Individualkredite, Finanzmärkte und IT. Zuvor war er im Bayerischen Finanzministerium in verschiedenen Leitungspositionen tätig und zuletzt als Ministerialdirektor ständiger Vertreter des Amtschefs.

Der promovierte Jurist wurde 1955 in Augsburg geboren, ist



Dr. Otto Beierl.

dienstleister für den Mittelstand und seine Hausbanken entwickelt – eine Leistung aller Mitarbeiter, aber auch ein besonderes Verdienst von Michael Schneider.“

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. In den ersten elf Monaten 2011 hat die Förderbank Kredite in Höhe von über 2,4 Mrd. Euro an mehr als 5.000 mittelständische Unternehmen zugesagt.

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

//REGENERATIV
//MODERN
//DYNAMISCH

RMD
www.rmd.de Rhein-Main-Donau AG

Landesbausparkasse Bayern:

2011 erneut mit Rekordzahlen

LBS-Chef Franz Wirmhier verteidigt vehement Wohn-Riester
gegen generelle Riester-Kritik

Franz Wirmhier, Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS), konnte in der Jahrespressekonferenz für 2011 nicht nur von einem erneuten Rekordjahr des Instituts berichten, sondern nahm zugleich die Gelegenheit wahr, das so genannte Riester-Bausparen als sehr sinnvolle Form der Vermögensbildung gegen die weit verbreitete generelle Kritik am Riester-Vorsorgeplan zu verteidigen. Die Aussichten fürs Bausparen im nächsten Jahr bewertete Wirmhier als ausgesprochen gut. Auch 2012 werde für die LBS Bayern ein erfolgreiches Jahr werden. Die Zinssituation werde 2012 in etwa so wie im Berichtsjahr bleiben.

Während das Riester-Vorsorgeplan nahezu rundum in die Kritik geraten ist, weil es sich für die Sparer erst im hohen Alter lohne, weil oft die Provisionen überhöht und die gesamte vertragliche Regelungen zu unübersichtlich und zu unverständlich seien, sieht man bei der LBS Bayern das so genannte Wohn-Riester als Erfolgsmodell an, weil sich die Vorteile viel früher einstellen als beim Riester-Rentensparen. Der Vorteil trete schon mit der Nutzung des Wohneigentums ein, wobei man mit Riester schneller sein Eigentumsziel erreiche als ohne.

Wirmhier sagte, dass sich je nach individueller Situation die Riester-Vorteile durch Zuschüsse und Steuervorteile „auf 50.000 Euro und mehr“ addieren könnten. Hinzu komme die Zinsersparnis dank schnellerer Tilgung. In Deutschland wurden bereits mehr als eine Million Wohn-Riester-Verträge abgeschlossen, davon über 94.000 bei der LBS Bayern, dem nach eigener Darstellung günstigsten Anbieter im Freistaat. Wohn-Riester sei eine voll etablierte Form der privaten Altersvorsorge. Erstmals habe im zweiten Quartal 2011 Wohn-Riester auf Platz 1 unter allen Riester-Anlageprodukten gelegen. Auch die Stiftung Warentest habe betont, dass es keinen günstigeren Weg ins Eigenheim gebe als mit Wohn-Riester. Bei der LBS Bayern trennt man bei der Bewertung der Riester-Produkte deutlich zwischen Wohn-Riester und Riester.

Riester-Vorteile

Wie sich die Altersvorsorge mit den eigenen vier Wänden lohnt, kann man unter www.lbs.de/eigenheim-rentenrechner im Internet überprüfen. Dieses LBS-Programm ermittelt, wie viel mehr an Rente einmal mit dem eigenen Heim zur Verfügung stehen wird. Im Durchschnitt, so die Programm-Berechnung, kann jeder, der Wohn-Riester nutzt, mit Riester-Vorteilen von durchschnittlich 34.000 Euro und mit einer Entlastung durch mietfreies Wohnen vom 1.200 Euro pro Monat rechnen, „wobei Instandhaltungskosten und nachgelagerte Riester-Besteuerung bereits abgezogen sind.“ Kritik am Wohn-Riester übt die LBS allerdings wegen der „viel zu bürokratischen Regelung“. Hier hofft man auf Nachbesserungen durch die Politik.

Bei der LBS Bayern geht man für 2011 - es gibt noch keine ganz exakten, wohl aber belastbare Zahlen - erstmals in der 82-jährigen Geschichte der Bausparkasse von einem Neugeschäft nach

Bausparsumme von über 8 Milliarden Euro aus. Erwartet werden 8,3 Milliarden Euro (+ 4,5 Prozent), wovon gut 80 Prozent über die Sparkassen akquiriert werden. Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge werde um 16,5 Prozent auf 249.500 steigen. Und die Zahl der neuen Kunden wird bis Jahresende um 28 Prozent auf 108.500 steigen. Mit über 1,5 Millionen Kunden und einem Marktanteil im Neugeschäft von rund 40 Prozent sieht sich die LBS Bayern als Marktführer im Freistaat.

Hort der Stabilität

Nachdem es bereits 2010 ein Rekordneugeschäft gegeben hatte, sei nicht unbedingt mit einer neuerlichen Steigerung zu rechnen gewesen. Doch hätten der Wunsch nach Sicherheit und Stabilität für den Erfolg gesorgt, wobei auch die Finanzkrise ihren Teil dazu beigetragen habe. Bausparen als Hort der Stabilität und Sicherheit habe für immer mehr Menschen hohe Priorität, sagte Wirmhier.

Unter den besten Anlageformen rangieren die selbst genutzte Immobilie auf Platz 1 und die vermietete Immobilie auf Platz 3. Dazwischen auf Platz 2 finden sich die Lebensversicherungen. Als weiteren Erfolgsfaktor sieht man bei der LBS das starke Interesse junger Menschen am Bausparen, denn mehr als jeder dritte neue Vertrag ist heuer von Kunden bis zu einem Alter von 25 Jahren abgeschlossen worden. Die Zahl der jungen Kunden hat um 47 Prozent auf 93.000 zugenommen. Als besonders erfolgreich gilt das Junior-Bonus-Programm „Nase vorn“, das 2011 bis Ende November 39.700 mal abgeschlossen wurde. Es bietet den Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren einen Bonus von 300 Euro, was bei einem Vertrag über 30.000 Euro die Abschlussgebühr deckt.

Immobilienfinanzierung

Deutlich gewachsen ist neben dem Bausparneugeschäft auch die Immobilienfinanzierung der Bausparkasse. Für 2011 werden 687 Millionen Euro an Bauspardarlehen ausgezahlt, was einem Plus übers Jahr von 7,9 Prozent entspricht. Noch stärker zunehmen, nämlich um 28,2 Prozent auf 636 Millionen Euro, werden die Vor- und Zwischenfinanzierungskredite, bei denen der Kunde noch nicht über einen zuteilungsfähigen Bausparvertrag verfügt. Insgesamt haben die bayerischen Sparkassen bis Ende November an Kombidarlehen (Immobilienfinanzierung, unterlegt mit einem LBS-Bausparvertrag) ein Volumen von 1,72 Milliarden Euro ausgereicht.

Stark gewachsen ist auch das Immobilien-Vermittlungsgeschäft durch die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft, die gemeinsame Maklerorganisation von LBS und Sparkassen in Bayern. Bis Ende November nahm die Zahl der vermittelten Objekte um 10,2 Prozent auf 9574 zu, der Wert der vermittelten Objekte um 13,8 Prozent auf 1,65 Milliarden Euro. Im Wohnungsbau ist es seit vergangener Jahr zu einer Trendwende gekommen. Bis Ende Oktober lag die Zahl der Baugenehmigungen bereits über dem Niveau des gesamten Vorjahres. In

diesen zehn Monaten wurden 20.005 Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt, was gegenüber der vorjährigen Vergleichszeit ein Plus von 12 Prozent bedeutet. Bei 18.027 genehmigten Mehrfamilienhäusern betrug das Plus sogar 21,6 Prozent. Wirmhier betonte, dass eine nachhaltige Belegung der Neubautätigkeit auch dringend nötig sei, denn der Wohnraumbedarf in Bayern werde wegen des anhaltenden Bevölkerungszuwachses und einer steigenden Zahl von Haushalten weiter zunehmen.

Aber von einer Immobilien-Spekulationsblase kann nach LBS-Darstellung in Deutschland keine Rede sein. In Deutschland sei das Preisniveau insgesamt moderat, von Übertreibungen wie in anderen europäischen Ländern sei man weit entfernt, heißt es bei der LBS.

Bezahlbarkeit von Wohnraum

Das Forschungsinstitut Empirica hat für alle Städte und Landkreise in Bayern die Bezahlbarkeit von Wohnraum errechnet. Dabei wurden das regionale Gehaltsniveau und regionale Immobilienpreise in Beziehung gesetzt. Demnach reicht oft ein durchschnittliches Einkommen aus, um ein typisches gebrauchtes Eigenheim finanzieren zu können. Dies gilt laut LBS zum Beispiel für Ingolstadt und Landshut, aber auch für Nürnberg und Rosenheim. In Passau, so

die Erhebung, reichen sogar 16 Prozent weniger als ein örtliches Durchschnittseinkommen. Im Landkreis Erding, der stark von der Nähe zum Flughafen München wirtschaftlich profitiert, sind es 20 Prozent weniger als ein Durchschnittseinkommen vor Ort. Wirmhier: „Die Preise heben also in der Breite des Marktes nicht ab.“ Seit Generationen sei die Immobilienfinanzierung nicht günstiger gewesen als zurzeit.

Druck auf die Erträge

Zugleich, so Wirmhier, gehe von der Zinssituation ein Druck auf die Erträge der LBS aus. Durch die niedrigen Kapitalmarktzinsen verringere sich der Zinsüberschuss, wohingegen das gute Neugeschäft erhöhte Provisionsaufwendungen bedinge. Dennoch werde die LBS Bayern die im Juli angekündigte mittelfristige Zielmarke für das Betriebsergebnis von 60 Millionen Euro „voraussichtlich erreichen“.

Auf der Ertragsseite will das Institut sein Finanzierungsgeschäft besonders auf dem Gebiet der energetischen Sanierungen ausweiten, „denn in Bayern sind zwei Drittel der Ein- und Zweifamilienhäuser älter als 30 Jahre.“

Die energetische Modernisierung spiele eine wesentliche Rolle bei der Energiewende in Deutschland. Für diese Modernisierung brauche es staatliche Impulse, für die Bundestag und Bundesrat bisher leider noch keinen Konsens gefunden hätten. Es fehle die Klarheit über die künftige Förderpolitik.

Zur Frage, ob die Bayerische Landesbank die Landesbausparkasse an Bayerns Sparkassen verkaufen werde, nahm Wirmhier nicht Stellung. Diese Frage müsse man den Eigentümern stellen. dhg.

Steuerliche Optimierung von Unternehmensnachfolgen

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg informierte

Rund 19.000 bayerische Betriebe stehen von 2010 bis 2014 zur Übergabe an. Unternehmer, die ihre Nachfolge regeln wollen, stehen dabei nicht nur vor unternehmerischen und menschlichen sondern auch vor juristischen und steuerlichen Fragestellungen. Wirtschaftlich relevant ist insbesondere die Frage, wie sich die Nachfolgeregelung steuerlich optimieren lässt.

Mit diesem Aspekt beschäftigte sich jetzt eine Vortragsveranstaltung der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg, an der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus der Region teilnahmen.

Der geladene Fachreferent Dr. Michael Bonefeld, Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei BONJUR, erläuterte wichtige Auswirkungen der neuen Erbschaftssteuererrichtlinien, die voraussichtlich zum Jahresende in Kraft treten.

Von der Vermögenübertragung gegen Nießbrauch bis zur Gründung einer Stiftungs-GmbH gab Bonefeld einen Überblick über verschiedene Möglichkeiten, Nachfolgen steuerlich optimiert zu gestalten. Gleichzeitig warnte er vor juristischen und wirtschaftlichen Stolperfallen: „Immer wieder kommt es bei Regelungen der Unternehmensnachfolge zu typischen Fehlern wie Verstößen gegen die Behaltensfrist.“ Diese bestimmt die Mindestlaufzeit, für die ein Nachfolger das Unternehmen hal-

ten muss. Finanzielle Einbußen und mitunter auch juristische Konsequenzen seien die Folge.

„Nicht nur, wer sich demnächst zurückziehen will, sollte sich Gedanken über die Nachfolge machen“, ergänzte Stefan Lange von der Kreissparkasse. „Rund 14 Prozent aller Nachfolgen geschehen statistisch betrachtet leider aufgrund von Krankheit oder Tod und kommen für die Betroffenen völlig überraschend.“

Für Unternehmer jeden Alters sei es deshalb sinnvoll, die notwendigen Schritte vorzubereiten, damit die Übergabe für Familienangehörige, Mitarbeiter oder Kunden vertraglich gestaltet werden könne. Bei der Ableitung einer geeigneten Nachfolgestrategie helfe eine enge Zusammenarbeit mit Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und der Hausbank. Die Kreissparkasse unterstütze bei Bedarf auch bei der Suche nach einem geeigneten Nachfolger. □



V. l.: Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Vorstand Josef Holzmann, die Leiterin des Klosterladens, Nicole Wieser, Provinzoberin Michaela Speckner, Sr. Doris Krieger. Dahinter Marketing-Leiter Martin Jenewein und Landrat Leo Schrell. Text und Bild: -jdt-

Stärkung der Heimatliebe und des Ehrenamts

Stolze Sozialbilanz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

Eine stolze Sozialbilanz präsentierte im Rahmen einer festlichen Abendveranstaltung der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Direktor Thomas Schwarzbauer. In den Mittelpunkt rückten die Unterstützung und Förderung gesellschaftlicher, gemeinnütziger und ehrenamtlicher Aktivitäten von besonderem Rang. Insgesamt stellte die auf stolze Erfolge verweisende Bank 235.000 Euro in fünf Bereichen an Spendengeldern zur Verfügung.

Sowohl Direktor Schwarzbauer als auch der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Landrat Leo Schrell, bekräftigten das Leitwort der Mitverantwortung des Hauses für das Gemeinwohl: „Sparkasse bedeutet für uns, den Erfolg in den Dienst der Menschen zu stellen.“

„Weihnachtsgeschenke“

Vom Beifall zahlreicher Ehrengäste begleitet, stellten Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer, Vorstand Josef Holzmann und der Leiter des Bereichs Vertrieb und Marketing, Martin Jenewein, die hochwillkommenen „Weihnachtsgeschenke“ der Kreis- und Stadtparkasse vor: für den Bereich Jugend, Wissen und Lernen 68.000 Euro, für kirchliche, soziale und gemeinnützige Aktivitäten 53.000 Euro, für Jugend und Sport 47.000 Euro, im Sektor Kunst und Kultur 55.000 Euro und für verschiedene besondere Projekte 12.000 Euro.

Von Direktor Schwarzbauer wurde hervorgehoben, wie bedeutsam und ermutigend das großartige ehrenamtliche Engagement im Geschäftsbereich der

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen sei. Die Wohlstandsgesellschaft scheine mitunter darauf die Antworten schuldig zu bleiben. Hier wollen die Verantwortlichen über den Tellerrand des Finanzgeschäftes hinaus schauenden Hauses positive Entwicklungen und die Bereitschaft zum stärken-Miteinander stützen.

Landrat Schrell würdigte mit großer Anerkennung die „klare Strategie“ des führenden Finanzunternehmens mit vielseitiger Stärkung der Wirtschaftskraft im Landkreis, der Förderung von Heimatliebe und sozialer Verantwortung und beispielhafter Kundennähe. Dankbar sei man für nicht weniger als 400 sehr gute Arbeitsplätze, die überdurchschnittlich hohe Zahl der Auszubildenden, besonderen Rang als Steuerzahler, aber ebenso für Spitzenleistungen auf schwäbischer und bayerischer Ebene. Im Namen der Bevölkerung gab Schrell dem Vorstandsvorsitzenden Schwarzbauer und seinen Mitarbeitern zu verstehen, dass die beispielgebende Sozialbilanz gewissermaßen die Jahresbilanz „krönt“. □

Roland Schmautz neuer SVB-Vizepräsident

Der Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbandes Bayern hat die Nachfolge von Vizepräsident Prof. Rudolf Faltermeier geregelt, dessen Amtszeit am 31. März 2013 endet. Als neuer Vizepräsident wird zum 1. April 2013 Roland Schmautz, zur Zeit Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale, in den Vorstand des Sparkassenverbandes Bayern eintreten.

Sparkassenpräsident Theo Zellner bedankte sich bei dem amtierenden Vizepräsidenten Prof. Rudolf Faltermeier für seine nunmehr über zehnjährige erfolgreiche Amtszeit. Gleichzeitig beglückwünschte er Roland Schmautz zur erfolgten Wahl: „Der künftige Vizepräsident ist eine anerkannte und erfahrene Persönlichkeit, die als Bindeglied zwischen den 72 Mitgliedsparkassen und der Verbandsgeschäftsstelle besonders die sparkassengeschäftlichen Belange übernehmen soll. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.“

Roland Schmautz begann seine Sparkassenlaufbahn im Jahr 1974. Nach Stationen als Berater, Geschäftsstellenleiter, Vorstandsassistent und Firmenkundenberater in der Sparkasse Bad Neustadt a. d. Saale wurde er 1997 Vorstandsmitglied der Sparkasse Kitzingen. Im Oktober 2000 übernahm er den Vorstandsvorsitz seiner Heimatparkasse Bad Neustadt a. d. Saale. Schmautz ist ferner seit 2006 Mitglied im Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbandes Bayern. □

Kooperation im Versicherungsgeschäft

Stadtparkasse München und SPK Fürstfeldbruck
verwalten Kundenverträge künftig gemeinsam

Die Stadtparkasse München und die Sparkasse Fürstfeldbruck bündeln das Versicherungsgeschäft, um ihren Kundenservice weiter auszubauen. Zum Jahreswechsel ab 1. Januar 2012 führen die Sparkasse Fürstfeldbruck und die S-Versicherungsservice der Stadtparkasse München GmbH (SVS) ihre Aktivitäten in diesem Bereich zusammen. Die Gesellschaft, die bislang für die Stadtparkasse München tätig war, führt dann den Namen SVS Sparkassen Versicherungsservice GmbH.

Die Mitarbeiter der Sparkasse Fürstfeldbruck, die das Versicherungsgeschäft der Sparkasse Fürstfeldbruck bislang betreuen, gehören ab diesem Zeitpunkt zum Team des SVS. Sie stehen den Versicherungskunden der Sparkasse Fürstfeldbruck auch weiterhin als zuverlässige Ansprechpartner zur Seite.

Bereits seit 1995 kümmert sich die SVS um die Versicherungswünsche der rund 800.000 Kunden der Stadtparkasse München. Die Sparkasse Fürstfeldbruck

betreut über 100.000 Kunden. Beide Sparkassen arbeiten seit Jahrzehnten mit der Versicherungskammer Bayern, deren Eigentümer die Sparkassen sind, zusammen.

Den Kunden stehen weiterhin die gewohnten Ansprechpartner beider Sparkassen wie auch das Team der SVS bei Fragen und beim Abwickeln von Schadensfällen zur Seite. Damit verbessern die Sparkassen die Servicequalität rund um das Versicherungsgeschäft. □

Zillertal.at  

7 Nächte HP & 6 Tage
Zillertaler Superskipass

Pro Person inkl. Verwöhn-Halbpension

Jänner & März ab EUR 681,00
Februar ab EUR 779,00

Zillertal Arena
größtes Skigebiet mit 165 km Pisten

Bräu
Fam. Kolbitsch · 6280 Zell im Zillertal
Tel. 0043(0)5282-2313-0
www.hotel-braeu.at · info@hotel-braeu.at

6. Nationaler IT-Gipfel in München

Pschierer: Staatsregierung setzt auf ein „Digitales Bildungsnetz Bayern“

Unter dem Motto „Vernetzt - Mobil - Smart“ kamen beim Nationalen IT-Gipfel der Bundesregierung in München rund 600 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in München zusammen, um sich über die Chancen für den IKT-Standort Deutschland auszutauschen. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich betonte in seinem Grußwort an die Gäste: „IT-Sicherheit und Datenschutz sind in einer demokratischen Informationsgesellschaft elementare Voraussetzung für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Ihr Schutz ist daher auch die Aufgabe des Staates.“

Friedrich bezeichnete die Informationstechnologie ferner als soziologischen Katalysator und verwies auf den engen Zusammenhang zwischen IT und demokratischer Teilhabe. Sicherheit im Netz zu schaffen, bedeute das Netz vor Angriffen zu schützen. Mit dem Nationalen Cyberabwehr-Zentrum sei die Bundesregierung einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Die in der vergangenen Woche durchgeführte bund-länderübergreifende Katastrophenschutzübung LÜKEX hätte zudem deutlich gemacht, welche weit reichenden Konsequenzen ein flächendeckender Ausfall der IT haben könne.

Acht Arbeitsgruppen

Traditionell wurden auf dem Gipfel die Ergebnisse der acht Arbeitsgruppen vorgestellt, die über

das Jahr hinweg getagt hatten. So präsentierte auch der Bundesinnenminister als Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe 4 „Vertrauen, Datenschutz und Sicherheit im Internet“ einen von den AG-Teilnehmern erarbeiteten Katalog von Mindeststandards für sichere elektronische Identitäten. Ziel ist es, dass Online-Händler, E-Mail-Provider und alle weiteren Anbieter von elektronischen Identitäten vergleichbare Regeln bei der Anlage, Verwaltung, Sicherung und Nutzung sensibler Benutzerdaten einhalten. Dazu erklärte Friedrich: „Sichere elektronische Identitäten sind der Schlüssel für verlässliches und vertrauenswürdiges Handeln im Internet. Es fehlt bislang an allgemein akzeptierten und einfach handhabbaren Mindeststandards - dies muss sich ändern.“

Auch die Arbeitsgruppe 3 „Innovative IT-Angebote des Staates“

konnte mit dem Prozessdatenbeschleuniger ein vorbildliches Ergebnis vorstellen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik und Co-Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Cornelia Rogall-Grothe, hatte Gelegenheit, der Bundeskanzlerin die Vorteile dieser Innovation zu erläutern. Was abgekürzt P23R - sprich „P Zwo Drei R“ - unverständlich klingt, ist im Grunde einfach: Mit dem Prozessdatenbeschleuniger lassen sich Meldepflichten der Wirtschaft, die für verschiedenste Aufgaben der Verwaltung erforderlich sind, automatisiert erfüllen. Darin liegt ein erhebliches Potential zur Bürokratiekosteneinsparung, aber eben auch die Möglichkeit, viele hochqualifizierte Mitarbeiter, die diese Aufgabe heute erfüllen, künftig wertschöpfend einzusetzen.

115-Charta

Dass auch das Bundesland, in dem der diesjährige IT-Gipfel stattfand, zukünftig einen weiteren Schritt in Richtung bürgerfreundliche Verwaltung gehen will, bekräftigten Vertreter der Städte München und Kempten sowie des Landkreises Oberallgäu mit der Unterzeichnung der 115-Charta. Im Beisein des Bundesinnenministers erklärten die ersten bayerischen Kommunen ihre Teilnahme an der einheitlichen Behördenrufnummer 115. Im Laufe des Jahres 2012 kann aus diesen drei Regionen die 115 von den Bürgern ausgewählt werden.

„Wir wollen Bildung mit moderner Informationstechnologie unterstützen und die Kommunen bei der Betreuung komplexer EDV-Systeme in den Schulen entlasten“, teilte seinerseits der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Bundeskanzlerin Angela Merkel im digitalen Klassenzimmer des Zukunftsraums auf dem 6. Nationalen IT-Gipfel in München mit.

Gesamtkonzept

Gemeinsam mit dem Kooperationspartner Fujitsu Technology Solutions und in inhaltlicher Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus arbeitet der IT-Beauftragte am Projekt „Digitales Bildungsnetz Bayern“. Ziel dieses Projektes ist es, ein Gesamtkonzept für den IT-gestützten Unterricht in den rund 5.800 Schulen in Bayern zu entwickeln. Die derzeitigen Insellösungen, so Pschierer, seien zwar im Einzelnen von hoher Qualität, jetzt gehe es jedoch darum, bayernweit einheitliche Qualitätsstandards zu setzen und Synergieeffekte nutzbar zu machen. Durch das „Digitale Bildungsnetz Bayern“ soll deshalb eine gemeinschaftlich nutzbare IT-Infrastruktur für die Schul-, Erwachsenen- und Berufsbildung konzipiert werden.

Erste Projektphase

In die erste Phase des Projekts sind acht bayerische Schulen eingebunden: die Comenius Volksschule Buchloe, das Sonderpädagogische Förderzentrum Viechtach, die Mittelschule Neunburg vorm Wald, die Staatliche Realschule Amstorf, das Gymnasium Veitshöchheim, das Clavius-Gymnasium Bamberg, das Gymnasium St. Anna in Augsburg sowie die Staatliche Berufsschule Nürnberg.

Die Einführung in den beteiligten Schulen wird voraussichtlich bis Ende 2011 abgeschlossen sein. Die Realschule Amstorf präsent

tierte auf dem IT-Gipfel anschaulich den Ablauf einer digital unterstützten Physikstunde. „Sollte das Projekt gelingen, eröffnen sich vielfältige Möglichkeiten: Lernplattformen über sichere Internetzugänge, der Einbau von Jugendschutzfiltern und Möglichkeiten einer nachhaltigen Entlastung der Kommunen als Sachaufwandsträger“, so Pschierer.

Ministerien Hand in Hand

Aus technischer Sicht sind unterschiedliche Betriebsmodelle denkbar. Dabei wird auch geprüft, ob ein schulisches Intranet, eine erste „private Cloud“ in der öffentlichen Verwaltung des Freistaates Bayern, möglich ist. In diesem Zusammenhang könnten auch Vorgaben für den sicheren Betrieb einer Wolke gefunden werden. Kultusstaatssekretär Bernd Sibler betonte das Potential des Vorhabens: „Dieser technische Ansatz soll die pädagogischen Konzepte optimal unterstützen. Finanz- und Kultusministerium arbeiten dabei Hand in Hand. Denn sinnvoller Einsatz von digitalen Medien kann die Vielfalt der Methoden erweitern und damit zur Verbesserung der Unterrichtsqualität führen. Sollte es uns gelingen, unter Einbindung der Kommunalen Spitzenverbände hier Lösungen zu finden, könnten unsere Lehrer im Bereich IT vom ‚Dienst an der Schraube‘ entlastet werden.“

Sven Mulder, Senior Director Öffentliche Auftraggeber Deutschland bei Fujitsu, betonte die Nachhaltigkeit des Engagements des privaten Unternehmens: „Wir freuen uns, so ein wichtiges Projekt mit umsetzen zu können, bei dem Technik und Pädagogik optimal ineinander greifen.“ Das „Digitale Bildungsnetz Bayern“ ist als Forschungsvorhaben konzi-

Neue Website des IZMF jetzt online

Neues Design und zusätzliche Rubriken: Das bietet die neue Homepage des Informationszentrums Mobilfunk

Seit kurzem ist die neue Internetpräsenz des Informationszentrums Mobilfunk e.V. (IZMF) unter www.izmf.de online. Den Besuchern bietet die neu gestaltete Homepage umfassende Informationen rund um den Mobilfunk. Neue Rubriken, wie zum Beispiel der Multimediabereich machen die Website attraktiv. Zum Relaunch der Seite wurden außerdem bestehende Informationen überarbeitet und aktualisiert.

Von der neu gestalteten Startseite aus gelangt man direkt zu den fünf Hauptthemenbereichen: Gesundheit & Umwelt, Politik & Recht, Wirtschaft & Gesellschaft, Technik sowie Mediathek. Für jeden dieser Bereiche stehen auf Unterseiten zahlreiche vertiefende Informationen zur Verfügung, welche nun einfach und übersichtlich zu finden sind. Dazu befindet sich auf der Startseite eine sogenannte „Tag Cloud“ (Wortwolke), auf der verschieden große Worte die Besucher informieren, welche Themen und Begriffe am häufigsten abgefragt werden. Zusätzlich ist die gesamte Internetpräsenz des IZMF nun barrierefrei gestaltet.

Neu auf der Homepage finden die Besucher neben dem Film zum Thema „Happy Slapping“ auch Filmbeiträge zur Geschichte des Mobilfunks oder über ausgewählte Gewinner des Sonderpreises Mobilfunk, welcher vom IZMF für den Wettbewerb Jugend forscht gestiftet wird. Nach wie vor stehen auf der neuen Homepage des IZMF Broschüren für verschiedene Zielgruppen und Themen rund um den Mobilfunk zum kostenlosen Download oder zur Bestellung bereit.

Das Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Medien sowie öffentliche und private Einrichtungen zum Thema mobile Kommunikation. Es ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein, der von den Mobilfunknetzbetreibern gegründet wurde.

Weitere Infos zum Thema Mobilfunk bietet das IZMF unter der gebührenfreien Hotline 0800/330 31 33 oder unter www.izmf.de.

Neue Dienstleistung für die Sparkassen:

BayernLB startet

„S-Unternehmensplattform“

Anwendung erleichtert den Kauf und Verkauf von Firmen in Bayern

Die BayernLB stellt den bayerischen Sparkassen ab sofort ein neues Werkzeug zur Verfügung, das den Eigentümerwechsel bei kleinen und mittelständischen Unternehmen im Freistaat erheblich erleichtert. Mit Hilfe der „S-Unternehmensplattform“ können die Sparkassen Käufer und Verkäufer von Betrieben in ihrem Geschäftsgebiet mit Interessenten im ganzen Freistaat und bundesweit zusammenführen.

Bedarf ist vorhanden: Allein in Bayern stehen jährlich mehrere tausend Firmenverkäufe an. Zu meist, weil der bisherige Eigentümer aufgrund fehlender Nachfolgelösung seine Anteile abgeben möchte. Auf der anderen Seite suchen zahlreiche Unternehmen nach Kaufgelegenheiten, um beispielsweise ihre Wachstumsziele zu erreichen.

Flexible Suchfunktion

In die Datenbank der „S-Unternehmensplattform“ können die Kundenbetreuer der Sparkassen Angebote von Unternehmen oder Gesuche unabhängig von der Branche eintragen. Die Aufnahme freier Berufe wie Steuer- und Rechtsanwaltskanzleien, Arztpraxen oder Architekturbüros ist ebenfalls möglich. Von vergleichbaren Produkten hebt sich die „S-Unternehmensplattform“ durch eine flexible Suchfunktion ab, die passende Profile zusammenführt. In den Abgleich werden neben den von den Sparkassen angelegten Datensätzen weitere Adressen aus einem umfangreichen Datenpool der BayernLB einbezogen. Ein vertraulicher Umgang mit den Informationen wird gewährleistet.

IT-System OSPlus

Die Sparkassen können die Anwendung kostenlos über das bei den Sparkassen verbreitete IT-System OSPlus nutzen. Den dazu erforderlichen Kooperationsvertrag hat bereits mehr als die Hälfte aller bayerischen Sparkassen unterzeichnet. Zahlreiche weitere Sparkassen haben ihr Interesse bekundet. Für Betrieb und Weiterentwicklung der

Plattform kommt die BayernLB auf. Den Sparkassen-Kunden wird nur beim erfolgreichen Abschluss einer Transaktion eine Provision in Rechnung gestellt.

„Die S-Unternehmerplattform baut auf die tiefe Verwurzelung der Sparkassen in ihren Geschäftsgebieten“, sagt Roland Reichert, Leiter des Bereichs Sparkassen und Verbund bei der BayernLB.

„Durch das Verknüpfen der regionalen Expertise der einzelnen Institute in einem Datenpool ergibt sich die Chance, Unternehmenstransaktionen im gesamten Freistaat Bayern zu beschleunigen und zu überschaubaren Kosten durchzuführen. Davon können neben den Sparkassen Unternehmen profitieren, die expandieren wollen, und solche, die sich aus ihrem Betrieb zurückziehen wollen. Ein positiver Nebeneffekt für die Region ist, dass Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze vor Ort erhalten bleiben.“

Position festigen

Die BayernLB hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Position als bevorzugter Partner der bayerischen Sparkassen zu festigen und die Geschäftsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen zu intensivieren. Mit der „S-Unternehmensplattform“ weitet sie ihr Serviceangebot für die Sparkassen im Freistaat weiter aus. Die Plattform hat die BayernLB in enger Zusammenarbeit mit dem Sparkassenverband Bayern und mehreren Pilotsparkassen entwickelt. In den kommenden Monaten soll das Produkt auch außerbayerischen Sparkassen zur Verfügung gestellt werden. □

piert. Das bedeutet, dass alle Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Den beteiligten Partnern ist es auch wichtig, den Dialog mit den Kom-

munen, Verbänden und der Wirtschaft zu halten. Aus diesem Grund wird das Projektbüro auch über einen Beirat interessierte Kreise kontinuierlich einbinden. □



Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



**Doppik-
übergang**

Hermann Arndt
Geschäftsfeld-Leiter
Finanzwesen dezentral
bei der AKDB

Doppik. Einfach mit der AKDB.

Für den Umstieg von der Kameralistik auf die Kommunale Doppik bietet Ihnen die AKDB ein Rundum-Sorglos-Paket. Über 120 Kommunalverwaltungen haben mit unserer Finanz-Software den Übergang sicher geschafft.

Kommunale Doppik ist die Zukunft. Mit unserer Erfahrung und mit unseren integrierten Lösungen gelangen Sie sicher ans Ziel.
Sprechen Sie mit uns: Telefon +49 89 5903-0.



FINANZEN

Software, die dem Menschen dient!

www.akdb.de

Großprojekte erfordern komplexe Ausgleichsmaßnahmen

1.000 Details, ein Plan: Spezialisiertes CAD führt Gelände- und Habitatgestaltung, GIS-Daten sowie Bau- und Bepflanzungsideen zusammen

Vor jedem größeren baulichen Eingriff in den Naturraum schreibt der Gesetzgeber umfassende Untersuchungen vor: Wo liegen wertvolle Biotope und Schutzzonen? Wie werden Tier- und Pflanzenwelt beeinträchtigt? Die entstehenden Störungen müssen soweit wie möglich durch landschaftspflegerische Maßnahmen rund um den Bau kompensiert werden. Hier liegt das Spezialgebiet der Gesellschaft für Biotopanalyse und Consulting mbH (BIANCON).

Das Unternehmen aus Halle an der Saale wertet die Daten von Geographen, Biologen, Agrar- und Forstingenieuren aus, leitet daraus Handlungsempfehlungen ab und erstellt entsprechende Karten. Um der damit verbundenen Informationsfülle Herr zu werden, nutzen die Planer die Zeichensoftware CAD6, die der Entwickler Malz++Kassner eigens um eine leistungsfähige GIS-Schnittstelle und diverse Verwaltungsoptionen erweitert hat. Zudem wurden kundenspezifische Einstellungsmöglichkeiten für die Ausgabe in Papierform implementiert.

Umfassende Begleitung

Neue Straßen oder Trassen, Wind- und Photovoltaikparks oder Rohstoffabbaugebiete – die Aufträge der BIANCON GmbH kommen aus der Industrie ebenso wie aus der öffentlichen Verwaltung. Die Landschaftsplanungsexperten begleiten Großprojekte von der Vorbereitung über die Genehmigungsphase bis zur Ausführung, beginnend mit der Bestandsaufnahme von Flora und Fauna vor Ort bis hin zu Pflanzschemata und Einkaufsmengen für die späteren Ausgleichsflächen.

„Weil die Erfassung von Tier- und Pflanzenarten an spezifische Jahreszeiten gebunden ist, ziehen sich die Projekte häufig mehrere Monate oder gar Jahre hin“, berichtet Diplom-Agraringenieur Hartmut Wirth, der sich bei BIANCON mit der Begleit- und Ausführungsplanung befasst.

Bis Ende der 90er Jahre wurden die dazu notwendigen kartographischen Darstellungen noch von den Mitarbeitern per Hand gezeichnet. Unter anderem aufgrund der steigenden Datenmengen, der wachsenden Präzisionsansprüche und nicht zuletzt der Möglichkeit des effizienteren Datenaustauschs unter den Projektpartnern stieg das Unternehmen jedoch auf die Gestaltung am PC um.

Zentrales Werkzeug

„Die computergestützte Bearbeitung mit Hilfe von CAD-, GIS- und Datenbanksystemen ist heute wegen des hohen Verwaltungsaufwands und der Qualitätsanforderungen nicht mehr aus unserem Arbeitsalltag wegzudenken“, so Wirth. Zentrales Werkzeug dabei ist das Konstruktions- und Zeichenprogramm CAD6. Die Software dient hier hauptsächlich zur Erstellung von Plankarten und zur Ermittlung von Flächengrößen, Maßen und Stücklisten, wird aber auch für kleinere graphische Arbeiten wie Informationsschilder oder Logos verwendet.

Die Handhabung des Programms orientiert sich am realen Zeichnen am Reißbrett, so dass auch neue Anwender das System schnell erlernen und intuitiv bedienen können, wie der Ingenieur erklärt: „Erfahrene Benutzer können alle notwendigen Befehle

auch einfach über Tastatur eingeben, was die ohnehin hohe Effizienz noch zusätzlich verbessert.“ Den entscheidenden Ausschlag für die Wahl von CAD6 gab aber nicht seine Einfachheit, sondern die umfangreichen, flexiblen Funktionen der Software, vor allem bei den Schnittstellen. „Eine zentrale Anforderung war der reibungslose Austausch mit anderen CAD-Systemen und GIS-Programmen“, erzählt Olaf Kassner, einer der Geschäftsführer des Softwareentwicklers Malz++Kassner.

Individuelle GIS-Anbindung und Ebenorganisation

In Geo-Informationssystemen lassen sich geographische Objekte in Form von Flächen, Linien oder Punkten mit ihren beschreibenden Attributen, wie Bezeichnung oder Flächengröße, verknüpfen. Jedem Einzelteil werden dazu Datensätze in einer Tabelle zugeordnet, wodurch sich über die Auflistung gezielt Kartenobjekte auswählen und bearbeiten lassen. Diese Zuordnungstechnik unterscheidet sich von der Funktionalität eines CAD-Programms, beides ist aber für eine räumlich orientierte Planung unerlässlich.

Import- und Exportschnittstelle

„Eine leistungsstarke Schnittstelle war uns daher sehr wichtig“, so Wirth. Malz++Kassner entwickelte dafür in Abstimmung mit BIANCON eine Import- und Exportschnittstelle für das Shape-Format SHP des GIS-Systems ArcGIS, das die Landschaftsplaner verwenden. Damit lassen sich Lage und Geometrie der Shape-objekte ebenso wie die ihnen zugeordneten Datenbankeinträge verlustfrei in CAD6 übernehmen. Die Datenbankeinträge können wahlweise auch als Ebenen der Zeichnung deklariert werden. Für den Export von CAD6-Objekten in das Shape-Format werden ausgewählte Eigenschaften – zum Beispiel Ebene oder Blockname

– wiederum automatisch in die Attributtabelle von ArcGIS eingetragen, wie Kassner erklärt.

Bewährte Formate

Für die Kommunikation zwischen Unternehmen, die gemeinsam am Projekt arbeiten, jedoch unterschiedliche CAD-Programme verwenden, haben sich die Formate DXF und DWG als Standard bewährt. Damit können Informationen von allen Seiten zuverlässig in CAD6 im- und exportiert werden. Da durch die Größe der betreuten Bauprojekte und die Vielzahl der beteiligten Partner eine große Menge an Planungs- und Objektdaten zusammenkommt, ist deren übersichtliche Verwaltung ein weiterer wichtiger Anspruch an die CAD-Software. In der Regel werden Objekte in derartigen Zeichenprogrammen in Ebenen eingeordnet. Malz++Kassner implementierte zusätzlich die Option, Ebenenordner anzulegen, in denen die Informationen zum Beispiel nach Herkunft – etwa vom Katasteramt oder Vermessungsbüro – sowie nach Planungsstand getrennt, organisiert und verglichen werden können.

Riesige Darstellungsbereiche in druckbare Blätter aufteilen

Nach der Berechnung und Zeichnung werden die erstellten digitalen Pläne bei BIANCON zum Ausdruck vorbereitet. „Die Papierkarte zum Anfassen spielt bei unseren Kunden noch eine wichtige Rolle. Sie muss optisch ansprechend und inhaltlich gut verständlich sein“, berichtet Landschaftsplaner Wirth.

Um die teils sehr ausladenden Pläne in einem handlichen, Plotter-gerechten Format drucken zu können, entwickelte das Softwareunternehmen eine Funktion, um benutzerdefinierte Druckbereiche als Seitenrahmen zu definieren. Diese sind zusätzlich drehbar, damit sie auch an gewundene Straßenverläufe angepasst werden können. Dazu werden die Rechteck-Felder auf dem Plan platziert und anschließend Blattrand und Kartenlegende fertig gestaltet und gruppiert. Zum Plotten wird einfach ein gedrehter Seitenrahmen erstellt, die nötige Größe und der Drehwinkel lassen sich aus den Werten des Blattes

ablesen. Damit sind die üblicherweise eingeordneten Pläne zur einfacheren Druckausgabe auch in der Waagrechten darstellbar.

Sonderanpassungen

Zum Drucken werden die Karten in PDFs umgewandelt, unter Berücksichtigung von Transparenzen, Ebenen und Farbmodellen. „Die Ausgabegenauigkeit beträgt etwa 0,005 µm und ist so etwa 2.000 mal genauer als bei Standard-PDF-Druckertreibern“,

erläutert IT-Experte Kassner. Diese Sonderanpassungen der Software nach Kundenbedarf und der direkte Austausch mit den Entwicklern mache CAD6 zu einem wichtigen und leicht zu handhabenden Werkzeug, so Wirth: „Natürlich gibt es immer Wünsche an die Weiterentwicklung eines Programms. Hier kann man aber sicher sein, dass diese in einer der folgenden Softwareversionen umgesetzt werden, wie bei uns die Ebenenordner oder die GIS-Schnittstelle.“ □

Vorzeige-Landkreis Dachau:

Online-Beteiligung in der Bauleitplanung

Der Landkreis Dachau ist Vorzeige-Landkreis bei bürger-naher Bauleitplanung. „Durch die Online-Beteiligung erübrigt sich nicht nur der Versand von dicken Aktenordnern mit den Planungsunterlagen. Die Beteiligten können ihre Stellungnahmen interaktiv abgeben“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer zum Start des Real-Testbetriebs der Internetlösung des eGovernment-Projekts „Webbasierte Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) in Bauleitplanverfahren“ im Landratsamt Dachau fest.

Einsatzfähiger Prototyp

Automatisierte Formulare und ein interaktives Kartentool auf Basis des BayernViewers der Vermessungsverwaltung erleichtern die Beteiligung. Zudem erfolgt eine Vernetzung der Stellungnahmen, denn diese sind für alle Beteiligten einsehbar. Nach mehr als zwei Jahren Projektlaufzeit freute sich der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung Pschierer, dass das gemeinsame Projekt des Landkreises Dachau, der Gemeinden Karlsfeld und Altomünster, der IHK für München und Oberbayern, des Bayerischen Städte- und Gemeindetags, des Innenministeriums und der Bayerischen Vermessungsverwaltung einen einsatzfähigen Prototypen hervorbrachte. Der Landkreis werde mit seinen Kommunen das neue Verfahren bis September 2012 testen. □

Moderne Portaltechnologie:

Ältere ERP-Systeme auf Vordermann gebracht

Obwohl es für Unternehmen gute Gründe gibt, ihr bestehendes ERP-System durch ein neues zu ersetzen, scheuen viele diesen Schritt aus Kostengründen und Risikoabwägung. Die Lösung bietet hier Portaltechnologie: Sie öffnet die Tür zur modernen webbasierten Prozesswelt – und dies für vergleichsweise wenig Geld.

Mobiler Datenzugriff, besserer Kundendienst, Cloud und Web-Services für zukunftsfähigere Prozesse: Es gibt viele Gründe, weshalb es für Unternehmen sinnvoll wäre, ihr altes ERP-System durch ein neues zu ersetzen. Trotzdem kommt für viele Firmen eine Ablösung nicht in Frage. Ein zu knapper Zeitplan, fehlende Personalressourcen und zu viele notwendige Systemanpassungen sind hierfür häufig die Gründe. Hinzu kommt, dass die wenigsten ERP-Hersteller tatsächlich schon mit neuen webbasierten Architekturen aufwarten können.

Prozesskette schließen

Die Lösung für dieses Dilemma bietet Portaltechnologie. Ohne großen technischen Aufwand und für einen geringen Preis stellt sie beispielsweise Vertriebsmitarbeitern an allen Standorten den gleichen Kunden-Datenbestand zur Verfügung – über mobile Endgeräte sogar beim Interessenten vor Ort. Eine solche unternehmensweite Verzahnung ermöglicht es den Betrieben, wichtige Geschäftsprozesse zu standardisieren und so die innere Prozesskette zu schließen. Die Abläufe werden schneller und effizienter.

Zeitgemäße Abwicklung

„Ein Portal öffnet den Unternehmen die Tür zur modernen IT-Welt und zur zeitgemäßen Abwicklung ihrer betrieblichen Prozesse“, bestätigt Manfred Stetz, Entwicklungschef des Freiburger Portalherstellers United Planet. „Nimmt man beispielsweise Prozesse wie ein Investitionsantragsverfahren oder die externe Anbin-

dung von Kunden und Partnern, dann sieht man schnell, wie ein traditionelles ERP in die Knie geht“, so Stetz. Zwar sei es möglich, dem ERP-System diese Funktionalitäten durch individuelle Programmierung „anzuerziehen“, dies sei jedoch aus Kosten- und Aufwandsgründen nicht ratsam.

Modernisierung

Ein deutlich einfacherer Weg ist es laut Stetz, das bestehende ERP durch ein darauf aufgesetztes Portal zu modernisieren: „Viele althergebrachte ERP-Boliden haben mittlerweile Rost angesetzt. Ein Portal kann hier als „Tuning-Kit“ dienen, das mehr PS aus ihnen rauskitzelt. So können Unternehmen die Effizienz der betrieblichen Abläufe erhöhen und gleichzeitig einen kostenintensiven ERP-Neukauf vermeiden.“ Dabei kann ein Portal laut Stetz auch als Zwischenlösung zum Einsatz kommen, wenn sich ein Unternehmen bereits für die Ablösung seines alten ERPs entschlossen hat und den Übergang nicht allzu radikal angehen will.

Whitepaper

Welche Möglichkeiten Unternehmen heutzutage mit Portaltechnologie haben und warum eine ERP-Renovierung wirtschaftlicher ist als der Umstieg auf ein komplett neues System, ist dem neuen Whitepaper „Portaltechnologie als Türöffner der modernen Prozesswelt“ zu entnehmen. Das kostenlose Whitepaper kann unter <http://www.unitedplanet.com/whitepaper/erp-systeme> heruntergeladen werden. □

Startschuss für die vierte Mobilfunk-Generation

Fünf LTE-Sender der Telekom auf dem Münchner Messegelände im Testbetrieb

Zum 6. Nationalen IT-Gipfel, der in der Münchner Messe stattfand (siehe dazu auch Bericht auf Seite 7), hat die Telekom an fünf LTE-Sendeanlagen den Testbetrieb aufgenommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Telekom-Chef René Obermann haben sich von der Leistungsfähigkeit überzeugt und zusammen mit Alf Henryk Wulf, dem Vorstandsvorsitzenden der Alcatel-Lucent Deutschland AG, eine hochauflösende Video-Konferenz von einem Tablet-PC in ein Auto übertragen.

Das Ergebnis: die Daten der HD-Video-Konferenz kamen in höchster Bildqualität wie in Echtzeit auf den Bildschirmen des Autos an. Dabei konnte der Mobilfunk-Standard LTE seine Stärken zeigen. Große Datenmengen können in Bruchteilen einer Sekunde und selbst aus der schnellen Bewegung heraus gesendet und empfangen werden.

Mobiles Surfen auf der Überholspur

Mit LTE auf der Frequenz 1,8 Gigahertz (GHz) wird mobiles Surfen auf der Überholspur möglich. Bei ersten Tests mit den fünf Sendeanlagen auf dem Messegelände wurden Geschwindigkeiten beim Herunterladen von Daten von knapp 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) gemessen. Beim Versenden ließen sich Geschwindigkeiten von bis zu 30 Mbit/s erreichen.

Nach der Pilotphase auf dem Münchner Messegelände soll das Netz nächstes Jahr in der Innenstadt und in einigen Gewerbegebieten von München ausgebaut werden. Dann können die Bürger in der Stadt so schnell

wie noch nie Musik, Videos und Fotos auf ihren mobilen Geräten empfangen und versenden.

LTE: Die Technik der Zukunft

Long Term Evolution, kurz LTE, ist die neue, vierte Mobilfunkgeneration (4G). LTE wird derzeit auf Frequenzen eingeführt, die im Mai 2010 von der Bundesnetzagentur versteigert wurden. Die Deutsche Telekom hat sich dabei insgesamt 95 Megahertz (MHz) an Spektrum gesichert.

Insgesamt hat das Unternehmen für die neuen Frequenzbereiche rund 1,3 Milliarden Euro ausgegeben. Im Frequenzbereich von 790 bis 862 MHz, der so genannten Digitalen Dividende, versorgt die Telekom ländliche Regionen mit Breitband-Anschlüssen.

In Bayern wurden bereits über 180 LTE-Anlagen auf dem Land aufgebaut. Das erste Frequenzspektrum in den übrigen, höheren Frequenzbereichen (1,8 GHz und 2,6 GHz) setzt die Telekom ein, um die Kapazitäten und die Geschwindigkeit für den steigenden Datenverkehr in den Ballungsgebieten zu erweitern. □

Glasfaser-Internetanschlüsse in Kempten

Der regionale Telefon- und Internetanbieter M-net legt im neuen Jahr in der Allgäuermetropole den Datenturbo ein. M-net wird dann Hochgeschwindigkeits-Internetanschlüsse mit bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung stellen. Diese Bandbreiten sind selbst in vielen Metropolen noch nicht verfügbar.

Die Verfügbarkeit von schnellen Internetverbindungen ist heute eines der entscheidenden Standortkriterien; dies gilt für die Wohnattraktivität als auch wirtschaftliche Belange gleichermaßen. Im Laufe des ersten Quartals wird M-net mit der Einführung der neuen, hohen Internet-Bandbreiten in weiten Teilen des Stadtgebietes zur weiteren Attraktivität der Allgäuermetropole beitragen.

Hierfür investierte der regional etablierte Provider in die innovative VDSL-Technologie. Aktuell transferieren bereits Unternehmen in den angeschlossenen Gebieten große Datenpakete störungsfrei und in sekundenschnelle über die leistungsstarken symmetrischen Glasfaser SDSL-Lösungen der M-net. Zukünftig werden nun auch Privatkunden über die gläserne Anschlussstelle auf der Datenautostrasse surfen können.

In den Kemptener Stadtteilen Ursulasried und Leubas stellt der Provider den Bewohnern bereits seit gut einem Jahr die schnellen Internetschlüsse zur Verfügung. In Kooperation mit den Allgäuer Überlandwerken (AUW) erschloss das Unternehmen Ende 2010 erfolgreich den damals mit DSL unversorgten nordöstlichen Teil der Stadt. „Gemeinsam mit regionalen Partnern investiert M-net bereits seit Jahren mehrere Millionen Euro in die glasfaserbasierten Breitbandnetze in Bayern“, so Udo Schoellhammer, Leiter der Allgäuer M-net-Niederlassung in Kempten. „Die Standortattraktivität und damit untrennbar verbunden die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Region zu steigern, hat für uns als ein lokal verwurzelter Anbieter höchste Priorität.“

M-net wird Privatkunden den Maxi Glasfaser-DSL-Anschluss standardmäßig mit einem Telefon- und VDSL-Internetanschluss inklusive einer Internet- sowie Telefon-Flatrate ins dt. Festnetz bereitstellen. Auch Selbständige und Kleinbetriebe können mittels des neuen VDSL-Internetanschlusses entscheidende Wettbewerbsvorteile generieren. Weitere Informationen unter www.m-net.de □

Jahrespressekonferenz der NürnbergMesse:

Zweithöchster Umsatz seit 1974

Neue Doppelspitze strebt Bestmarken an – Energieoffensive anvisiert

Als „heiter bis leicht bewölkt“ haben die neuen Geschäftsführer der NürnbergMesse Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann das Messejahr 2011 bezeichnet. Die neue Doppelspitze hat sich, wie sie auf der Jahrespressekonferenz deutlich machte, ein straffes Programm auferlegt, um das Unternehmen fit für die Zukunft zu machen.

„Eines unserer erklärten Ziele ist es, vergleichsweise zügig unsere Bankverbindlichkeiten auf unter 150 Millionen Euro abzubauen. Auch weil wir eine spürbare Belastung aus Zins und Tilgung haben und das Zinsniveau nicht zwingend so niedrig bleiben muss, wie es derzeit ist“, bemerkten die beiden Geschäftsführer.

Überprüfung des Portfolios

Ein weiterer Ansatz zur Stärkung der Ertragskraft sei, das Portfolio der NürnbergMesse in den nächsten Monaten zu überprüfen. „Derzeit generiert rund ein Prozent unserer Veranstaltungen negative Deckungsbeiträge“, erklärte Ottmann. „Deshalb wird es in diesem und im nächsten Jahr zur Straffung des Programms kommen. Entweder wechseln die betroffenen Veranstaltungen den Standort, werden unter neuer Regie durchgeführt oder sie werden eingestellt.“ Bereits abgesagt wurden die e_procure & supply und die Voice Days plus.

Bei Abschluss dieses Geschäftsjahres rechnet die NürnbergMesse mit einem Umsatz zwischen 165 und 170 Millionen Euro (2009: 132,7 Millionen Euro) und wird somit den zweitbesten Wert seit ihrer Gründung in Jahr 1974 erreichen. Das Jahresergebnis wird mit einem Fehlbetrag von rund fünf Millionen Euro (2009: 6,2 Millionen Euro) prognostiziert. Damit schließen die Nürnberger gut 25 Prozent besser ab als ursprünglich im Wirtschaftsplan eingestellt.

Insgesamt weisen die 172 Fachmessen, Kongresse, Publikumsveranstaltungen und Firmenevents im Portfolio der NürnbergMesse Group für 2011 leicht steigende Zahlen auf: 25.700 Aussteller (2009: 24.600) bei einer Nettofläche von 755.800 qm (2009: 738.500 qm) und 1,12 Millionen Besuchern (2009: 1,12 Millionen). „Besonders stolz aber sind wir auf einen außerordentlich hohen internationalen Anteil“, freute sich Peter Ottmann. Der internationale Besucheranteil ist um 28 Prozent auf 167.500 gestiegen, die Zahl der internationalen Aussteller um 17 Prozent auf 9.514 und die internationale Nettofläche um 25 Prozent auf 216.000 qm.

Wachstumzahlen

Fachmessen wie die embedded world und die European Coatings Show konnten im ersten Messehalbjahr mit zweistelligen Wachstumswerten glänzen, und auch die VivaNess und die IWA & OutdoorClassics wuchsen immerhin noch einstellig. Die Fachmesse Stone+tec musste jedoch deutliche Rückgänge hinnehmen. Hier feilt das Team derzeit intensiv an der künftigen Konzeption.

Das zweite Halbjahr war bei allen Eigen- und Partnerveranstaltungen von leichtem Wachstum geprägt. Insbesondere der Fachmesseverbund Powtech und TechnoPharm sowie die Brau Bevale verzeichneten ein einstelliges Aussteller- und Flächenwachstum. Der „Shooting-Star“ des Jahres aber war in jedem Fall die it-sa. Mit einem

25-prozentigen Wachstum auf Ausstellerseite und 5.800 Besuchern entwickelte sich die seit drei Jahren in Nürnberg beheimatete Fachmesse für IT-Sicherheit ausgesprochen positiv.

„Schwarze Null“

„Die NürnbergMesse ist international bekannt für ihr qualitativ hochwertiges Angebot an Fachmessen – dieser Linie werden wir treu bleiben“, sagte Ottmann mit Blick auf 2012. Die Erwartungen an das Geschäftsjahr 2012 sind hoch: „Innerhalb der NürnbergMesse Group sind die geraden Jahre und so auch das nächste, die stärkeren. Wir wollen und werden uns deshalb am Umsatz des Jahres 2010 orientieren und streben Bestmarken bei Umsatz und Jahresergebnis an. In Zahlen bedeutet das, dass wir derzeit einen Umsatz von über 200 Millionen Euro anvisieren. Unser Ziel ist es, im jeweiligen Doppelgeschäftsjahr – in diesem Fall 2011/2012 – eine „schwarze Null“ zu schreiben. Damit wollen wir zugleich die Entwicklungs- und Wachstumsmöglichkeiten des Unternehmens aus eigener Kraft gewährleisten.“

Die Voraussetzungen hierfür sind gut: Bereits heute zeichnet sich bei den 14 Fachmessen des ersten Halbjahres in Nürnberg ein Flächenwachstum ab. Insgesamt hat die NürnbergMesse 2012 über 50 Fachmessen und rund 50 Gastveranstaltungen, darunter auch einige zum ersten Mal stattfindende Veranstaltungen, im Programm.

Branchenkenntnis

Auch weltweit stärken neue Veranstaltungen das Portfolio der NürnbergMesse. Die nordamerikanische Tochtergesellschaft baut mit dem Erwerb der InterBev das Segment Getränke- und Technologie der fränkischen Kettegesellschaft aus. Mit der Brau Bevale, die traditionell im Oktober in Nürnberg stattfindet, hat sich die NürnbergMesse in der Branche einen Namen gemacht und kann als neuer Veranstalter der renommiertesten Getränkemesse in den USA auf langjährige Erfahrung und Branchenkenntnis zurückgreifen.

Präsenz im Ausland

Auch auf der anderen Seite des Globus wartet die NürnbergMesse 2012 mit einer neuen Veranstaltung auf. Die NürnbergMesse China zeichnet für die begleitende Fachmesse zum FISITA-Weltkongress der Automobilingenieure 2012 in Beijing verantwortlich. Doch nicht nur mit Eigen- und Gastveranstaltungen zeigt die NürnbergMesse Präsenz im Ausland. Für das kommende Messejahr hat die Messegesellschaft 31 Durchführungsaufträge von Bund und Ländern in wirtschaftlichen Boom-Regionen wie Brasilien, Russland, China und Indien erhalten.

Die Auslandsstrategie der NürnbergMesse soll auch künftig wesentlich zur Umsatzsteigerung des Unternehmens beitragen. Kommen bisher rund zehn Prozent des Gesamtumsatzes

von den Auslandsmesseaktivitäten und ausländischen Töchtern, sollen es im Jahre 2020 bereits 20 Prozent sein.

Brasilianische Tochter

2009 erwarb die NürnbergMesse ihre brasilianische Tochter. „Eine gute Entscheidung, dieser Meinung sind wir heute mehr denn je“, bestätigte Fleck. Brasilien gehöre zu den Hoffungssträ-

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

gern der Weltwirtschaft. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von nahezu 2,3 Billionen Dollar rangiere das südamerikanische Land auf Platz sieben der größten Volkswirtschaften der Welt. Auch das Messewesen entwickle sich seit Jahren positiv.

Kongressgeschäft ankurbeln

Nicht nur im Messebereich sollen sich Umsatz und Erlös erhöhen. Auch das Kongressgeschäft wollen Fleck und Ottmann kräftig ankurbeln. „Nürnberg soll eine Marke auch im internationalen Kongressgeschäft werden“, ist sich das Doppel einig. Damit das Kongressgeschäft jedoch so richtig abhebt, müssten in der Frankfurter Metropole noch weitere Kongressräume für 500 bis 1.000 Teilneh-

Effiziente Fenster- und Fassadenkonzepte unterstützen Energiewende

Das Forschungsinstitut ift Rosenheim fordert ein entschlosseneres Handeln der Politik und der Gesellschaft bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, um die Energiewende und die Klimaschutzziele zu erreichen. Nicht zuletzt auch, weil die Energiekosten für Immobilienbesitzer und Mieter innerhalb der nächsten 10 Jahre um 40 Prozent steigen werden.

Dr. Jochen Peichl, Geschäftsführer des ift Rosenheim, fordert im Rahmen des ift-Pressefrühstücks ein entschlosseneres Handeln der Politik zur Umsetzung der notwendigen energieeffizienten Maßnahmen im Gebäudebereich, um die Klimaziele zu erreichen. Der derzeitige Fokus der öffentlichen Diskussion liegt leider zu sehr auf dem Umbau der Stromerzeugung, obwohl in Deutschland fast 50 Prozent der Energie für Heizung, Kühlung und Beleuchtung von Gebäuden verbraucht werden.

Schaffung von Arbeitsplätzen

„Die Energieeinsparung im Gebäudebereich gilt zudem als kostengünstigste Energieerzeugung und schafft darüber hinaus tausende Arbeitsplätze in der heimischen Industrie und im Handwerk“, so Dr. Jochen Peichl. Institutsleiter Ulrich Sieberath sieht dies ähnlich: „Die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende kann nur gelingen, wenn die Energieeinsparung im Gebäudebereich und der Ausbau der regenerativen Energien gleichwertig behandelt werden.“

Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts beträgt die Preissteigerung bei den Energiekosten im Haushaltsbereich zum Vorjahr durchschnitt-

lich 10,3 Prozent, beim Erdöl sogar 25,4 Prozent. „Im Zuge der Energiewende werden die Energiekosten innerhalb der nächsten zehn Jahre um 40 Prozent steigen“, skizziert Ulrich Sieberath, Institutsleiter des ift Rosenheim, die Aussicht für Verbraucher.

Aufwertung des Geländes

Neben einem weiteren maßvollen Ausbau des Messegeländes steht für die Zukunft vor allem die Aufwertung des Bestandsgeländes im Fokus. „In den vergangenen 15 Jahren haben wir rund 560 Millionen Euro in den Ausbau des Geländes, wie den Neubau unserer Kongresszentren Ost und Mitte, investiert“, stellte Roland Fleck fest. „Jetzt konzentrieren wir uns darauf, im Kerngelände sinnvolle und bedarfsorientierte

Ersatzinvestitionen zu tätigen, um auch hier weiterhin einen Standard bieten zu können, der weltweit wettbewerbsfähig ist“, so die Geschäftsführer.

Technologische Potenziale

Darüber hinaus wird das Unternehmen eine Energieoffensive starten. Investitionen in regenerative Energiegewinnung und Energieeffizienz werden künftig mit einer hohen Priorität versehen. „Unsere Fachleute erarbeiten zunächst eine Agenda über den Status des Geländes und technologische Potenziale für mehr Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien. Schließlich verbrauchen wir allein etwa 21 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich“, berichtete Fleck abschließend. **DK**

Ausbau des Messegeländes ab 2016

Um auch in Zukunft Wachstum zu ermöglichen, wird ab 2016 das Messegelände um zwei neue Hallen erweitert. „Mit der bauma, der BAU, der ISPO und der IFAT ENTSORGA belegen schon vier unserer international führenden Leitmessen seit Jahren die gesamte Hallenfläche, ebenso die Gastveranstaltung Intersolar. Nur mit einem Ausbau können wir der stetig steigenden Nachfrage nach Ausstellungsfläche nachkommen. Wir freuen uns über die Entscheidung unserer Gesellschafter, die ein klares Zeichen für neues Wachstum am Standort München gesetzt haben. Wir werden umgehend mit der Planung des Neubaus und seiner Finanzierung beginnen“, stellte Messechef Klaus Dittrich fest.

ICM, MOC und Gastveranstaltungen

105 Veranstaltungen mit 110.000 Teilnehmern sind die Bilanz des ICM - Internationales Congress Center München für das Jahr 2011. Erneut hat sich das Kongresszentrum der Messe München als Top-Location für medizinische Kongresse bewährt. Für das kommende Jahr hat sich bereits zum dritten Mal die Jahrestagung der European Society of Cardiology (ESC) mit weit über 30.000 erwarteten Teilnehmern im ICM angekündigt.

Als führendes Institut der Fenster- und Fassadenbranche arbeitet das ift Rosenheim intensiv daran, Wirtschaft und Verbraucher für die Energiewende fit zu machen. Ein kleiner Schritt in Richtung Energieeffizienz wurde erst jüngst unternommen: Das in Kraft getretene Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) fordert die Einführung von Energylabeln für energierelevante Produkte, zu denen auch Fenster zählen.

Das ift Rosenheim hat deshalb ein Energylabel entwickelt, das die energetische Qualität neuer Fenster ähnlich einfach wie bei Kühlschränken zeigt, und zwar für die Heizung im Winter und

Messe München International:

Weiter auf Wachstumskurs

Zuwächse bei Ausstellern, Besuchern und Fläche von bis zu neun Prozent in 2011

Im Geschäftsjahr 2011 hat die Messe München International ihre Umsatz- und Ergebnisziele erneut deutlich übertroffen und ihre Position als eine der profitabelsten Messgesellschaften Deutschlands ausgebaut. Die Messe München GmbH hat im Inland einen EBITDA von rund 39 Mio. Euro erzielt, 17 Mio. Euro über der ursprünglichen Planung. Der Umsatz betrug 181 Mio. Euro und übertraf das Ziel um rund 11 Mio. Euro.

„Dass wir auch in einem turndebütiert weniger starken Veranstaltungsjahr ein so erfreuliches Ergebnis haben, zeigt: Unser im Januar 2010 gestartetes Ef-fizienz- und Wachstumsprogramm SPEED entfaltet seine volle Wirkung“, betonte Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München International.

Bei den zwölf Eigenveranstaltungen der Messe München konnten die Aussteller- und Besucherzahlen im Vergleich mit den jeweiligen Vorveranstaltungen erneut um fünf bzw. neun Prozent gesteigert werden. Auch die vermietete Nettofläche legte mit sechs Prozent noch einmal zu. Vor allem die international führenden Leitmessen haben mit Aussteller- und Besucherzuwächsen im deutlich zweistelligen Bereich zur guten Jahresbilanz beigetragen.

Insgesamt fanden 2011 auf der Messe München, im ICM - Internationales Congress Center München und im MOC Veranstaltungszentrum München mehr als 270 Veranstaltungen statt. Dabei wurden über 31.000 Aussteller und mehr als 1,7 Mio. Besucher gezählt.

Starkes Messeprogramm 2012

Mit allein sieben internationalen Leitmessen am Standort München zählt 2012 zu den veranstaltungsstärkeren Jahren. Bereits jetzt sind einige Messen ausgebaut. Zusätzlich geht die Messe München mit einer neuen Energiefachmesse für Batterien, Energiespeicher und deren innovativer Fertigung an den Start. Sie wird parallel zur Weltleitmesse electronica stattfinden.

Neue Strategie

Neben einer konsequenten Fortführung des Effizienz- und Wachstumsprogramms SPEED liegt der Fokus der Messe München im neuen Jahr auch auf der Umsetzung einer neuen Unternehmensstrategie. „Gezieltes Wachstum im Inland durch strategische Akquisitionen und der Ausbau der Marktposition im Ausland sind die Kernziele, auf die wir uns in den nächsten Jahren konzentrieren. Wir wollen den Anteil unseres Auslandsumsatzes bis 2016 um 50 Prozent steigern“, sagt Dittrich.

Vor allem vor dem Hintergrund des Ausbaus des Auslands geschäfts haben die Gesellschafter der Messe München GmbH beschlossen, den Geschäftsführervertrag mit Eugen Egetenmeir bis Ende 2013 zu verlängern. □

sterflächen und der Kennwerte für die neuen Fenster berechnet das App die Einsparungen in Euro und als CO₂-Emission – und das für einen beliebigen wählbaren Zeitraum bis zu 50 Jahren. **Weitere Infos zum Energie-sparen mit Fenstern, Fassaden und Glas sowie zu Förderprogrammen sind auf www.iftrosenheim.de zu finden.** □

für die Kühlung im Sommer.

App „FensterCheck“

Mit dem neu entwickelten App „FensterCheck“ können Verbraucher zudem einfach und schnell den Energieverbrauch alter Fenster bestimmen und die Energieeinsparung mit neuen Fenstern ermitteln. Nach Eingabe der Fen-

„Patienten werden nirgends aufgenommen“

Bezirkskrankenhaus Lohr am Main:
Gegen neue Einrichtung im Haus 8 gibt es große Bedenken

Mehr als 30 Prozent der deutschen Bevölkerung leiden dem Gesundheitssurvey des Bundes zufolge unter psychischen Störungen. In Main-Spessart wären demnach 40.000 Männer und Frauen betroffen. Einige von ihnen sind so schwer seelisch krank, dass sie intensive Betreuung benötigen. Für sie soll es eine neue Einrichtung im derzeit renovierten Haus 8 auf dem Gelände des Bezirkskrankenhauses geben. 20 Patienten sollen in etwa einem Jahr dort einziehen. Allerdings: Das Projekt ist nicht unumstritten.

Wer an einer schweren Form von Persönlichkeitsstörungen wie Borderline oder an einer Psychose leidet, hat therapeutisch einen dornigen Weg vor sich. Monate, wenn nicht jahrelang sind diese Patienten in der Psychiatrie. Irgendwann sollten und könnten sie in ein Heim wechseln: „Doch weil sie so schwer krank sind, werden sie nirgends aufgenommen“, er-

läutert Professor Dr. Christoph Walther von der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft in der Region Würzburg (PSAG). Deshalb entschloss sich der Bezirk, im Haus 8 eine neue Einrichtung für sogenannte „Falschlieger“ zu bauen. Die Heimaufsicht der Regierung von Unterfranken äußerte hiergegen allerdings große Bedenken.

Konzepte zum Neubau sta-

tionärer Einrichtungen für psychisch kranke Menschen sind nämlich weit entfernt von dem, was der Freistaat Bayern empfiehlt. Demnach sollen mittelfristig 20 Prozent der Heimplätze abgebaut werden. Menschen mit einer seelischen Störung sollen in erster Linie dort wohnen, wo sie bisher zu Hause waren. Alles soll getan werden, damit sie trotz ihrer unsichtbaren Behinderung und ihres hohen Hilfebedarfs bei ihrer Alltagsbewältigung so normal wie möglich leben können.

Theorie und Praxis

Dauerbehandlungen in psychiatrischen Großkrankenhäusern sind eigentlich bereits seit der „Psychiatrie-Enquete“ aus den 1970er Jahre tabu. Soweit die Theorie, sagt Christoph Walther: „Tatsache bleibt, dass die Menschen, um die es in Lohr geht, aktuell keine Alternative haben.“

Grundsätzlich stellt sich für die Mitglieder der PSAG in der Region Würzburg die Frage, wie mit den staatlichen Empfehlungen künftig umgegangen werden soll. Zwar wird der Abbau von Heimplätzen und der Ausbau der ambulanten Hilfen prinzipiell begrüßt, erläutert Walther: „Doch was ist zum Beispiel mit den Immobilien?“ Kein Träger dürfe dafür bestraft werden, dass er einst Einrichtungen für seelisch Kranke baute, die heute nicht mehr zeit-

gemäß sind. Notwendig wäre es in jedem Fall, die Betreuung von psychisch kranken Menschen regional zu steuern. Auch das sieht der Freistaat vor. Doch die aktuellen Personalkapazitäten der PSAG reichen nicht aus, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Dass es für Menschen mit einer seelischen Erkrankung alles andere als gesund ist, abseits der Gesellschaft zusammen mit vielen anderen seelisch beeinträchtigten Menschen zu leben, darauf verweist seit Jahren der renommierte Psychiater Professor Dr. Klaus Dörner. Häufig war Dörner auch in der Region Würzburg, um für eine schrittweise Auflösung von Heimen zu werben – zuletzt tat er dies vor wenigen Monaten in Markt-Heidenfeld. „Wenn man psychisch Kranken in tendenziell lebenslänglichen Institutionen konzentriert, dann ist die unvermeidliche Folge, dass diese Bevölkerungsgruppe an Wertschätzung in der Gesamtgesellschaft verliert“, warnt der Zentralisierungsexperte.

Dr. Gebhard Angele, Psychiatriekoordinator des Bezirks Unterfranken, sagt dagegen, dass die 20 schwer seelisch kranken Menschen, die in einem Jahr in das Haus 8 einziehen sollen, oft akut Hilfe benötigen: „Und die finden sie sofort auf dem Gelände des Klinikums.“ Für Angele ist eine Einrichtung mit 20 Plätzen auch „nicht zu groß“. Unterstützt wird das Anliegen des Bezirks auch vom größten Teil der Bezirksräte. „Unsere Ärzte erklärten uns, dass die Betroffenen ganz plötzlich Krisenintervention benötigen“, so der CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Motsch. Darum habe seine Fraktion dem Vorhaben, gegen das nach wie vor heimauf-sichtliche Bedenken bestehen, zugestimmt. **Pat Christ**

60. Geburtstag von Bürgermeister Siegfried Erhard:

Blick über den Tellerrand

Dem „Club der 60er“ darf sich jetzt auch der Erste Bürgermeister der im Landkreis Bad Kissingen gelegenen Gemeinde Oerlenbach, Siegfried Erhard, zugehörig fühlen. Der Jubilar, der 14 Jahre mit Begeisterung im schulischen Dienst stand, feierte am 18. Dezember seinen runden Geburtstag.

Siegfried Erhard studierte an der Uni Würzburg Erziehungswissenschaften, ehe er an diversen Volksschulen des unterfränkischen Landkreises seiner Berufung nachging. Zum großen Sprung ins Oerlenbacher Rathaus setzte der junge Pädagoge 1990 an, als er als gemeinsamer Kandidat von Freien Wählern, Bürgerblock und CSU die Bürgermeisterwahl gewann.

Konsequentes Handeln

Die Maxime, sich ständig weiterzuentwickeln, sich aufgeschlossen für Neues zu zeigen und den Blick über den Tellerrand zu wagen, hat der Jubilar sowohl in seinem Lehrerberuf

tor der interkommunalen Allianz „Obere Werntalgemeinden“ mit mehreren Pilotprojekten wie zum Beispiel Kommunales Flächenmanagement und erfuhr zudem während Erhards Ägide die regionalplanerische Aufstufung vom Klein- zum Unterzentrum.

Zahlreiche Ehrenämter

Umfangreich ist die Liste seiner politischen „Schaffensbereiche“, ebenso wie jene der ausgeübten Ehrenämter. Unter anderem ist Siegfried Erhard seit 1996 Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Bad Kissingen. Außerdem bekleidet er u. a. das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalen Planungsverbandes Main-Rhön und des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag. Darüber hinaus ist Erhard stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. **DK**



Siegfried Erhard.

als auch in seiner politischen Karriere konsequent befolgt. Bevor Erhard zum Rathauschef der knapp 5000 Einwohner zählenden Gemeinde gewählt wurde, fungierte er bereits zwölf Jahre lang als Mitglied des Gemeinderates.

Vielfältige Maßnahmen

Erhards Kreativität und Durchsetzungskraft spiegeln sich unter anderem im Rathausumbau in den Jahren 1994/95 sowie der energetischen Sanierung mit Erweiterung in 2010/11, der Erweiterung der Turnhallen in Rottershausen und Ebenhausen zu Mehrzweckhallen sowie der Sanierung mehrerer Schulgebäude, zuletzt der energetischen Sanierung der Volksschule in Oerlenbach.

Darüber hinaus fand in Erhards Amtszeit eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme im Altort Ebenhausen mit zahlreichen Maßnahmen an gemeindlichen Gebäuden (z. B. Altes Rathaus, Heimatmuseum) statt. Zahlreiche Ortskanalsanierungen kann sich der Jubilar ebenso auf seine Fahnen schreiben wie die straßenbauliche Erschließung neuer Baugebiete. Für die Neugestaltung des Ortsmittelpunktes in Oerlenbach (städtebauliche Einzelmaßnahmen) zeichnete der agile Bürgermeister ebenso verantwortlich wie für die Etablierung eines Seniorenheims.

Motor der Allianz

Aus dem Kampf um die Erhaltung des Bundesgrenzschutzes ging Oerlenbach mit der Etablierung eines Aus- und Fortbildungszentrums für die Bundespolizei hervor. Zudem kann das Gemeindeoberhaupt auf die Gründung eines interkommunalen Zweckverbands mit der Gemeinde Poppenhausen „Gewerbepark A 71“ verweisen. Oerlenbach ist darüber hinaus Mo-

Ort der Mahnung und des Gedenkens

Neues Informations- und Dokumentationszentrum zur Hexenverfolgung in Zeil am Main

Ein neues Informations- und Dokumentationszentrum zur Hexenverfolgung ist in der unterfränkischen Stadt Zeil am Main eröffnet worden. Wie im Rahmen eines Festakts betont wurde, soll der „Hexenturm“ eine touristische Attraktion, vor allem aber ein Ort der Erinnerung, der Mahnung und des Gedenkens an die Opfer werden.

Der Bamberger Professor Günter Dippold, der das Konzept entwarf, beleuchtete in seiner Festrede die Zeit der Hexenverfolgung, die allein in Zeil zwischen 1616 und 1631 rund 400 Menschenleben forderte. In völliger Rechtlosigkeit und mit einem „fanatischen Rigorismus“ seien die Menschen gefangen genommen, gefoltert und ermordet worden. Die Ausstellung, so Dippold, solle aufräumen mit dem Vorurteil, Hexenprozesse hätten nur im Mittelalter stattgefunden: „Nein, sie gehören nicht ins finstere Mittelalter, sondern fanden erst seit dem 16. Jahrhundert statt, das ist Neuzeit.“

Bürgermeister Thomas Stadelmann erinnerte in seiner Rede „an meinen Amtsvorgänger“ Johann Langhans, der während der Hexenverfolgung Bürgermeister in Zeil war und akribisch die Hexenprozesse in seinem Tagebuch aufschrieb - bis er selbst zum Opfer und getötet wurde. Auf seine Aufzeichnungen stützen sich viele Erkenntnisse, die in das inhaltliche Konzept des Zentrums eingeflossen sind.

Historische Verantwortung

Geschichte dürfe sich nicht wiederholen, machte Stadelmann deutlich. Zeil sei verpflichtet, die Erinnerung an die Opfer wach zu halten und ihrer zu gedenken. Die Stadt habe eine besondere historische Verantwortung, derer sie sich stelle. Erst in zweiter Linie solle das neue Zentrum eine touristische Attraktion sein.

Landrat Rudolf Handwerker bemerkte: „Um aus der Geschichte zu lernen, ist es nötig, sie zu kennen.“ Dazu bedürfe es der Aufklärung, die das neue Zentrum biete. Zeil könne ein wichtiger Lernort der Geschichte werden.

Nach Ansicht des unterfränkischen Regierungspräsidenten Paul Beinhofer erfährt die Kulturlandschaft Unterfrankens mit dem Dokumentationszentrum eine weitere wichtige Bereicherung. „Gleichzeitig ist dies auch ein wichtiger Beitrag für die Stadt Zeil am Main zur Steigerung der Attraktivität der Altstadt im Rahmen ihrer Stadtsanierung.“

Ortszentren, so Beinhofer, hätten nach wie vor eine Leitfunkti-

on für die Identität und Zukunft der Städte und Gemeinden. In der Konkurrenz um eine aktive, dynamische Einwohnerentwicklung, in der Standortgunst für Ansiedlungsentscheidungen und in der Anziehungskraft für Kunden und den Tourismus seien die Attraktivität und der Erlebniswert der Altstadt- und Altortbereiche wichtige Faktoren. Freilich, so fügte der Regierungspräsident hinzu, seien vitale und lebenswerte Ortsmitten längst keine Selbstläufer mehr. Die Kommunen müssten sich aktiv um ihre Zentren bemühen. Dazu brauche es Ziele, aber auch politischen Entscheidungswillen, die Siedlungsentwicklung in Zukunft besonders auf Flächen innerhalb der bebauten Bereiche zu lenken. Die Städtebauförderung sei dabei ein Instrument, das Kommunen bei den Bemühungen um ihre Stadt- und Ortsanierung unterstützt.

Bereits seit 1986 führt die Stadt Zeil am Main Beinhofer zufolge Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung durch. Hierfür konnten von der Regierung von Unterfranken bisher Fördermittel des Bundes und des Freistaats Bayern in Höhe von rund 2,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. „Vor diesem Hintergrund freut es mich besonders, dass mit dem Dokumentationszentrum ein weiterer kultureller Anziehungspunkt geschaffen wurde, der nachhaltig zur Belebung und Bereicherung der Stadt und auch der Region beitragen kann.“

Dass für die Sanierung und Umnutzung der denkmalgeschützten ehemaligen Fronveste Städtebauförderungsmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden konnten, rühre auch daher, dass die Stadt mit diesem Projekt als Sondermaßnahme der Städtebauförderung in das Konjunkturpaket II aufgenommen werden konnte.

Beinhofer abschließend: „Dem Projekt kann schon heute eine hohe Bedeutung für geschichtliche Bewusstseinsbildung, Sensibilisierung und sachliche Aufarbeitung eines lange Zeit eher unter dem Gesichtspunkt reißerischer Schauergeschichten behandelten Themas zuerkannt werden. Dafür meine Anerkennung.“ **DK**

Leader-Projekt „Gelbe Welle“:

LAG Main4Eck holt sich Anregungen

Bei einer von der Lokalen Aktionsgruppe Main4Eck organisierten Exkursion haben die Teilnehmer am vergangenen Donnerstag im Kitzinger Land Eindrücke gesammelt, wie dort das Leader-Projekt „Gelbe Welle“ umgesetzt wurde. Daraus ergeben sich viele Erkenntnisse für das Leader-Projekt, das auch im Landkreis Miltenberg verwirklicht werden soll.

Ziel dieses Projekts ist eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen allen am Main liegenden Kommunen, um den Wassertourismus in der Region zu stärken. Aber nicht nur der Tourismus soll attraktiver gestaltet werden, sondern auch der Naturschutz wird von diesen Maßnahmen profitieren. Besucherströme können gezielt zu unbedenklichen Anlegestellen gelenkt werden, so dass die empfindlichen Naturschutzareale unangetastet bleiben. Das Projekt beinhaltet auch eine einheitliche Beschilderung an den Anlegestellen, um die Orientierung vom Fluss aus zu verbessern.

An der ersten Station in Segnitz stieß Thomas Wirth vom Planungsbüro arc.grün zur Gruppe und stellte die dortige Anlegestelle vor. Das Büro hatte auch für den Landkreis Miltenberg ein „Nutzungs- und Entwicklungskonzept zur nachhaltigen touristischen Nutzung des Mains“ angefertigt. Im Wesentlichen wurde in Segnitz ausschließlich durch Erdarbeiten eine Anlegestelle für den muskelbetriebenen Wassersport geschaffen, die in einem beruhigten Bereich des Mains liegt. An der Anlegestelle in Marktbreit wurde ein gänzlich anderes Konzept umgesetzt: eine aus wetterfestem Spezialkunststoff bestehende Stufen- und Rampenanlage, die dem bestehenden Böschungswinkel angepasst wird. Damit wird ein sicheres Ein- und Aussteigen aus den Booten gewährleistet. Ein Problem stellt bei dieser Konstruktion allerdings der schwankende

Wasserspiegel dar. Dieses Problem soll durch eine breitere Stufe am Ende der Konstruktion behoben werden.

In Sulzfeld stellte Wirth die Anlegestelle vor, die im Zusammenhang mit Revitalisierungsmaßnahmen am Mainufer gestaltet wurde. Ein Spielplatz, saisonale Gastronomie und ein multifunktionaler Sportplatz ergänzen hier das touristische Angebot. Wie in Segnitz wurde auch hier fast ausschließlich mit Erdarbeiten eine Möglichkeit für den Landgang geschaffen. In Kitzingen erwartete Maja Schmidt von Regionalmanagement Kitzinger Land die Reisegruppe und erläuterte das Projekt „Gelbe Welle“ aus Sicht der Leader-Antragstellung.

An der vorletzten Station, in Nordheim am Main, wurde die größte Baumaßnahme im Landkreis Kitzingen umgesetzt. Nahezu der gesamte Uferbereich wurde durch das Planungsbüro arc.grün umgestaltet und aufgewertet. Den Besucher erwarten nun ein Sandstrand mit Anlegestelle, Strandkörbe, ein Grillplatz sowie ein Wohnmobilstellplatz. Dieses vielschichtige Freizeitangebot wirkt in der Region als Besuchermagnet und erhöht die touristische Attraktivität um ein Vielfaches. Vor der Rückfahrt nach Miltenberg besuchte die Gruppe die Anlage in Volkach. Wie in Marktbreit wurde auch hier eine Stufen- und Rampenanlage errichtet, diese reicht jedoch nicht so weit ins Wasser. Dadurch ist eine Nachrüstung wie in Marktbreit nicht nötig. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberbayern:

Tropfen auf den heißen Stein

Wichtige Anliegen der Kommunen wurden bei der oberbayerischen Städtetagsversammlung in Garmisch-Partenkirchen thematisiert. „Ein klares Programm mit festen Strukturen, damit der Umbau auf eine sichere Energieversorgung konsequent vorwärts geht“ forderte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Reiner Knäusl. Der oberbayerische Bezirksvorsitzende Günther Knoblauch, Erster Bürgermeister von Mühldorf am Inn, plädierte dafür, dem Wildwuchs an Spielhallen Einhalt zu gebieten.

In Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, Ingolstadt (Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Oberbayern), Bürgermeister Michael Sedlmair, Ismaning (Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags) und Gastgeber Erster Bürgermeister Thomas Schmid, Garmisch-Partenkirchen betonte Geschäftsführer Knäusl: „Städte, Gemeinden, Landkreise und vor allem die Stadtwerke müssen einbezogen werden, damit der Ausbau der dezentralen Energieversorgung funktioniert. Ohne Kommunen gelingt die Energiewende nicht.“

Programm und Struktur

Einige Kommunen seien schon auf dem Weg zur dezentralen Energieversorgung in Kooperation mit kommunalen Unternehmen und regionalen Energieagenturen, fuhr Knäusl fort. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordere ein klares Programm mit festen Strukturen, damit der Umbau auf eine sichere Energieversorgung konsequent vorwärts geht.

Was die Gründung der Bayerischen Energieagentur durch die Bayerische Staatsregierung angeht, ist es Knäusl zufolge „ein guter Ansatz, wenn sich die Energieagentur bayernweit um die Gestaltung der Energiewende kümmert“. Allerdings fehle ein klares Konzept, vor allem zu Versorgungssicherheit, Netzausbau und Speicherkapazität. Der Freistaat müsse die regionalen Energiekonzepte zu einem Gesamt-

Offiziell dem Verkehr übergeben:

Erneuerte Ortsdurchfahrt in Grafrath

Nach sieben Monaten Bauzeit war es endlich soweit: Landrat Thomas Karmasin und Bürgermeister Dr. Hartwig Hagenguth übergaben im Beisein zahlreicher Gäste die erneuerte Ortsdurchfahrt offiziell dem Verkehr.

Die Kreisstraße FFB 6 ist sowohl für die regionale Verkehrsabwicklung, als auch für die Ableitung des Verkehrs zum überörtlichen Straßennetz von Bedeutung. Sie ist ein wichtiger Zubringer zum übergeordneten Verkehrsnetz und hat eine Verkehrsbelastung von 1079 Kraftfahrzeugen, mit einem Güterverkehrsanteil, der bei 71 Fahrzeugen pro Tag liegt.

Die Firma Xaver Riebel aus Mindelheim hat das aufwändige Bauvorhaben unter Vollsperrung des Durchfahrtsverkehrs im vorgesehenen Zeitrahmen zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten fertig gestellt. In seiner Rede bedankte sich Landrat Karmasin auch bei den Anwohnern und Geschäftsleuten für die aufgebrachte Geduld und das gezeigte Engagement. Die Baufirma und alle beteiligten Behörden waren bemüht, den Anliegern so wenig Einschränkungen wie möglich zuzumuten. Auch die Erreichbarkeit der Geschäfte wurde so weit als möglich aufrechterhalten, um die finanzielle Belastung möglichst gering zu halten. Ein weiterer Dank galt der guten Zusammenarbeit mit der Gemeinde Grafrath, dem Ingenieurbüro Lais und den Grundstückseigentümern für ihre Bereitschaft zum Verkauf der erforderlichen Flächen: Um den größtenteils einsei-

ter, die Vorbildliches leisten, zusammenarbeiten. Dies schaffe Synergieeffekte für die Energiewende vor Ort.

Fördermittel nötig

Nötig seien Fördermittel zur Planung der Energiewende mit kommunalen Energienutzungsplänen und Energieentwicklungsplänen. Es fehlten Mittel zum Ausbau von Anlagen und Leitungen. Zudem hätten manche, insbesondere kleinere Kommunen, Bedarf an Energieberatung, weshalb ein ausreichendes Angebot an regionalen Energieagenturen oder lokalen Energiemanagern erforderlich sei. Die staatliche Energieagentur müsse ein flächendeckendes Netz an regionalen Energieagenturen unterstützen, so Knäusl. Das funktioniere nicht ohne finanzielle Förderung durch das Land. Gerade kleinere Städte und Gemeinden benötigten eine Energieberatung, wie sie bereits Energieagenturen in einzelnen Regionen leisten.

Synergieeffekte

Die Investitionen in Überlandnetze, Gaskraftwerke, Pumpspeicher, Photovoltaik, Geothermie und Windkraft brauchen nach Auffassung des Bayerischen Städtetags von der Basis her Unterstützung. Die neue staatliche Energieagentur müsse mit den vier regionalen, kommunal getragenen Energieagenturen in Bay-

ern, die Vorbildliches leisten, zusammenarbeiten. Dies schaffe Synergieeffekte für die Energiewende vor Ort.

Sinnvoll sei eine Bündelung der Standorte von Windrädern. Für die Errichtung von Energieanlagen müssten die Genehmigungsverfahren vereinfacht und Hemmnisse abgebaut werden. Städte und Gemeinden bräuchten als Träger der Planungshoheit rechtliche Instrumente, um Anlagen städtebaulich geordnet und landschaftsschonend errichten zu können.

Stadtwerke: Zentrale Rolle

Eine zentrale Rolle bei der Energiewende spielten kommunale Unternehmen: Stadtwerke verfügten über technisches Wissen und Erfahrung zur dezentralen Energieversorgung. Knäusl: „Stadtwerke sind die geborenen Partner für die Energiewende. Daher müssen die Rahmenbedingungen für Investitionen von Stadtwerken in Netze und Energieanlagen stimmen. Die Stadtwerke brauchen die rechtlichen Voraussetzungen, damit sie über ihre Grenzen hinweg und in interkommunaler Zusammenarbeit zusammenwirken können. Man darf nicht nur in kommunalen Grenzen denken, sondern muss die regionalen Potentiale im Blick behalten – dies geht über gemeindliche Grenzen oder Bezirksgrenzen hinweg.“

Verdrängung von Handel und Gewerbe

„An vielen Ecken und manchen Enden scheint die Leuchtreklame von Spielhallen, es blinkt, surrt und klappert immer mehr in bayerischen Städten“, verurteilte der Vorsitzende des Bezirks Oberbayern des Bayerischen Städtetags, Günther Knoblauch, den Spielhallen-„Wildwuchs“. Anwohner klagten über die Verdrängung von Handel und Gewerbe (im Fachjargon „Trading-Down-Effekt“): Im Gefolge siedelten sich Internet-Cafés, Mobilfunkläden, Fastfood-Theken, Wettbüros und Billigläden an. Anwohner beschwerten sich über die reduzierte Wohnqualität und die Zunahme von Schmutz und Lärm.

Die Zahl der Spielhallen in Bayern hat dramatisch zugenommen - laut Landesstelle für Glücksspielsucht in Bayern ist zwischen dem Jahr 2000 und 2010 die Anzahl der Spielhallenkonzessionen um 106 Prozent gestiegen; die Anzahl der Geldspielgeräte in Spielhallen hat eine Steigerung von 177 Prozent verzeichnet.

Alarmierender Anstieg

Möglich wurde dieser alarmierende Anstieg der Zahl von Spielhöhlen nicht zuletzt durch die zum 1. Januar 2006 veränderte Spielverordnung des Bundes, die den Spielhallenbetreibern Erleichterungen für das Aufstellen von Spielgeräten in Gaststätten, Hotels, Wettannahmestellen und Spielhallen verschaffte. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags fordert: Die Spielverordnung des Bundes soll novelliert und die Erleichterungen für die Aufstellung von Spielgeräten sollen rückgängig gemacht werden.

Laut Knoblauch fordert der Bayerische Städtetag, dass der Freistaat Bayern ein bayerisches Glücksspielgesetz erlässt und den Glücksspielstaatsvertrag umsetzt. Den Kommunen wäre auch schon damit geholfen, dass zwischen Spielhallen Mindestabstandsflächen festgelegt werden können. Steuerungsmöglichkeiten nach dem Bauplanungsrecht müssten ausgebaut werden. **DK**

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„War das ein turbulentes Jahr. Staatsschuldenkrise, Euro-Skepsis, Vertrauensverlust – jeder Blick in die Zeitung hielt eine neue, unerfreuliche Neuigkeit bereit. Schade, dass man meist nicht hinter die Kulissen schauen kann.“ Mein Chef, der Bürgermeister, brachete mich auf einen Gedanken: Was steht eigentlich für das Jahr 2011?

Ich denke, das markanteste Sinnbild ist die Guy-Fawkes-Maske, die die Protestler der Occupy-Bewegung rund um den Globus von New York über London bis Frankfurt oder Madrid bei ihren oft albernen Aktionen tragen. Eigentlich sind diese Masken Teil eines britischen November-Karnevals, wenn zum Gedenken an einen gewissen Guy Fawkes, der im 17. Jahrhundert das englische Parlament in die Luft jagen wollte, Strohpuppen verbrannt und fröhliche Lieder gesungen werden.

Vom Mysterium der Welt

Mit ihr maskieren sich zur Feier dieser insularen Walpurgisnacht ehrbare Zeitgenossen, um einmal unerkannt Schabernack treiben zu können. Jetzt uniformieren sich die Kinder eines verunsicherten Mittelstandes damit, die wegen der undurchschaubaren Kräfte der internationalen Finanzmärkte um die gesicherte Zukunft fürchten, die ihnen in die Wiege gelegt schien. Die Maske soll sie als wilde Anarchisten oder Underdogs erscheinen lassen und mehr Eindruck machen, als ihre mehr verunsicherten, als wütenden Gesichter.

Allerdings haben sich auch die Anarchie und ihre Prediger in diesen Tagen verkleidet. Sie kommen im Habitus des Großbürgers daher, wie etwa Stéphane Hessel, ein Alt-Kommunist, der ein kleines, ziemlich inhaltsleeres Büchlein geschrieben hat, das ihn aber mit seinem provokanten Titel „Empört euch“ zu einer Heilsgestalt der Intellektuellen macht, die durch die Undurchsichtigkeit der Verhältnisse verunsichert sind.

Masken, Masken, Masken überall. Oder verspiegelte Glasfassaden. Hinter denen sich zum Beispiel die Schreckgespenster der europäischen Finanzpolitiker verschanzen – die Ratingagenturen. Jeder kennt die Namen Moody's, Standard&Poor oder Fitch, die in ihren ökonomischen Hexenküchen an den Zauberschemeln arbeiten, nach denen man Staaten auf Ramsch

stellt, Banken in den Orkus wirft oder die Renditen von Lebensversicherungen auf Mikrobengröße schrumpft. Kein Gesicht, kaum einmal Namen, keine seriösen Informationen über die Kompetenz der Analysten, keine öffentliche Rechtfertigung oder Erklärung, keine kritische Frage nach den Interessen, die die Bewertungen leiten oder die Regeln des Timings. Jeder Politiker muss sich Wahlen stellen, jeder Beamte unterliegt einer Leistungskontrolle, nur die wirkliche Macht verschleierte sich hinter einem Nimbus.

Einen solchen Nimbus haben die Medien 2011 auch auf einer niedrigeren, unserer täglichen Erfahrungswelt näher liegenden Ebene aufgebaut: Den Wubürger. Wer Zeitung las, besonders die aus dem süddeutschen Raum, wer Radio hörte oder Fernsehmagazine sah, dem war klar: Die Menschen in Stuttgart stehen wie ein Mann gegen den neuen Bahnhof. Die voll Freude auf die bevorstehende demokratische Legitimation des Ausstiegs aus dem Projekt durchgeführte Volksabstimmung ergab dann: Der Protest war nur die Fassade, die Schauseite der Diskussion. Dahinter zeigte sich eine vernünftige, abgewogen urteilende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die den Nutzen des Projektes klar erkannten.

Mein Chef, der Bürgermeister, hörte mir interessiert zu. Das Offenkundige, Sichtbare, das den wahren Kern verschleierte, hat ihn immer schon fasziniert. Eigentlich ist das Phänomen uralt und uns bestens vertraut. Dennoch machen Jahre wie 2011 einen nachdenklich und zeigen, wie Recht Oscar Wilde auf dem heutigen Kalenderblatt hat: „Das eigentliche Mysterium der Welt ist das Sichtbare, nicht das Unsichtbare.“

Liebe Leserin, geneigter Leser, hinter das Vordergründige zu schauen, ist besonders jetzt in der Adventszeit wichtig. Denn weihnachtlicher Termindruck, Schlemmerei und die Jagd nach Geschenken dürfen den Blick auf das Wesentliche nicht verdecken: Die Ankunft des Erlösers auf der Welt. Weihnachten wird eben nicht „unterm Baum entschieden“, sondern in Ihren Herzen. So wünsche ich Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein friedliches, erfolgreiches Jahr 2012!

the Sabriul

Region Mainfranken:

Fachkräfte gewinnen

Informationsveranstaltung der IHK Würzburg-Schweinfurt

Welche Herausforderungen der demografische Wandel und die Fachkräftesicherung für die Region Mainfranken darstellen, darüber informierte die IHK Würzburg-Schweinfurt in ihrer Abschlussveranstaltung in Würzburg zum diesjährigen Jahresthema „Gemeinsam für Fachkräfte: bilden, beschäftigen, integrieren“.

In ihren Impulsreferaten stellten Harald Leitherer, Landrat des Landkreises Schweinfurt, und Professor Dr. Jürgen Rauh von der Universität Würzburg, Institut für Geographie und Geologie, dar, welche gravierenden Folgen der demografische Wandel in den mainfränkischen Teilregionen haben wird. Mit Blick auf die Folgen des Fachkräftemangels für die Kommunen erklärte Leitherer: „Sollte Mainfranken die Herausforderungen nicht in den Griff bekommen, so stehen trostlose Zeiten mit abschmelzendem Wohlstand bevor.“

Dieter Möhring, Bürgermeister der Gemeinde Aidhausen im Landkreis Haßberge informierte über das Projekt „Dorfladen und Mehrgenerationennetzwerk“, mit dem nicht nur die Nahrungsmittelversorgung neu aufgestellt, sondern auch ein Kontaktplatz für alte und junge Menschen geschaffen wurde.

Dr. Alexander Schraml, Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg, stellte zum Schluss die Möglichkeiten heraus, die sich durch Familienfreundlichkeit im Unternehmen für die eigenen Mitarbeiter, aber auch für den zukünftigen Erfolg des Betriebes ergeben.

Praxisbeispiele

Wie mögliche Lösungsansätze aussehen können, zeigte die Veranstaltung anhand von vier ausgewählten Praxisbeispielen: Reinhold Werthmann (S. Oliver Bernd Freier GmbH & Co. KG, Rottenfurt) verdeutlichte das Erfolgsrezept des international erfolgreich agierenden Mode-Unternehmens. Dr. Frank Böttcher, Labor L+S AG, Bad Bocklet, vergewenwärtigte, welche besonderen Anstrengungen ein Unternehmen im ländlichen Raum unternehmen muss,

Angehörige gepflegt werden. Bis zum Jahr 2030 rechnet das Statistische Bundesamt mit einem Anstieg der Pflegebedürftigkeit auf bis zu 3,4 Mio. Menschen. Dies entspricht einem Zuwachs um rund 50 Prozent.

Gegenüber der Betreuungssituation von Kindern kommt erschwerend hinzu, dass neben der körperlichen und psychischen Belastung der Angehörigen insbesondere die nicht mögliche Planbarkeit eines familiären Pflegefalls ein besonderes Merkmal ist. Neben entsprechenden gesetzlichen Regelungen müssen Unternehmen das Thema Pflege daher in zunehmend stärkerem Maße in den Fokus stellen.

Stärker im Wettbewerb

Familienfreundliche Maßnahmen verbessern die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens und diese ist entscheidend, um langfristig erfolgreich auf einem Markt bestehen zu können. Effiziente Strukturen, motivierte und qualifizierte Mitarbeiter sowie die hierdurch bewirkte hohe Produktivität verschaffen einem Unternehmen Vorteile gegenüber seinen Konkurrenten. Die Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen wirkt sich entsprechend positiv auf den (wirtschaftlichen) Erfolg des Unternehmens aus. **KI**

Bezirksentscheid „Unser Dorf soll schöner werden“:

Gemeinden im Landkreis Bamberg erhielten Medaillen

Kemmern, Mürsbach, Sassendorf und Zapfendorf gingen erfolgreich aus dem Bezirksentscheid hervor

Die Entscheidung im Bezirksentscheid „Unser Dorf soll schöner werden“ des Gartenbauzentrums Bayern Nord ist gefallen. Im Rahmen der Abschlussfeier in Kulmbach gingen drei Gemeinden sowie ein Gemeindeteil aus dem Landkreis Bamberg als Sieger hervor: Kemmern, Mürsbach, Zapfendorf und der Gemeindeteil Sassendorf wurden mit Medaillen ausgezeichnet. Insgesamt wurden fünf Goldmedaillen, zehn Silbermedaillen sowie vier Bronzemedailles an 19 Siegerdörfer verliehen.

Vorbildliche Sanierung und Revitalisierung

Im Rahmen der Abschlussfeier des Bezirksentscheids „Unser Dorf soll schöner werden“ erhielten drei Gemeinden im Landkreis Bamberg Medaillen. Kemmern und Mürsbach wurden jeweils mit einer Goldmedaille, ausgezeichnet, Zapfendorf und dessen Gemeindeteil Sassendorf wurden mit Silbermedaillen beehrt.

Kemmern zeichnet sich insbesondere durch seine herausragenden Initiativen im sozialen und kulturellen Bereich aus, der Erhalt der kleinteiligen Kulturlandschaft sowie die Arten- und Biotopschutzanlagen überzeugten die Jury. Das ensemblegeschützte Dorf Mürsbach mit seiner Vielzahl an Baudenkmälern wurde vorrangig für seine vorbildliche Sanierung und Revitalisierung ausgezeichnet. Das Bewusstsein für die historischen Gestaltungselemente trägt zur Bewahrung bei und macht aus Mürsbach eine prächtiges Fachwerkdorf.

Sonderpreis

Sassendorf in der Gemeinde Zapfendorf erhielt den erstmalig verliehenen Sonderpreis des Bezirksverbands für Gartenbau und Landespflege. Der weitgehend erhaltene und gepflegte Streuobstwiesengürtel umrahmt das Dorf auf einzigartige Weise. □

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 19. Januar 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung
- Umwelt- und Abfallwirtschaft
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau

Seniorenbeauftragte im Landkreis Miltenberg:

Erste Fortbildung findet großen Anklang

Als sehr bereichernd haben die Seniorenbeauftragten der Gemeinden im Haus der Begegnung in Sulzbach ihre erste Fortbildung empfunden. Die Fachstelle Senioren am Landratsamt Miltenberg hatte die Veranstaltung organisiert.

Das Reich der Senioren, die „Seniorenbegegnung Herbstlaub“, konnte als praktische Anregung für ein gelungenes Konzept der Senioren-Freizeitgestaltung besichtigt werden. Zahlreiche Impulse für die weitere Umsetzung der Ideen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes gab Referent Bernhard Eder vom Institut Kifas.

Auf dem Programm stand zunächst ein Austausch über Erfolgsfaktoren und Schwierigkeiten in der Seniorenarbeit. Für Hannelore Kreuzer (Kleinwallstadt) ist es sehr wichtig, den Rückhalt der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderats zu haben. Franz-Josef Zöllner (Collenberg) wies auf die Probleme hin, die sich aus der Struktur vieler Ortsteile ergeben. Rita Follner (Altenbuch) hält es für wichtig, zunächst alle Akteure aus dem Ort an einem runden Tisch zu versammeln, um die Rolle und die Vorhaben der Seniorenbeauftragten darzustellen.

Grundsätzlich gelte es zu vermitteln, dass die Installation der Seniorenbeauftragten der Gemeinden die bisherige Plattform – häufig die katholische Kirche – erweitern solle, damit die Empfehlungen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes auf breitem Fundament und komplett umgesetzt werden könnten, so die Seniorenbeauftragte des Landkreises, Nadja Schillikowski. Die Hauptaufgaben bestünden darin, die Kräfte lokal zu bündeln, Angebote zu koordinieren und Termine sowie gemeinsame Vorhaben abzustimmen.

Wolfgang Härtel (Amorbach) wies auf die großen Ressourcen in

der Bevölkerung hin, deren Potenzial es zu heben gelte. Volker Zahn (Sulzbach) stimmte zu – andernfalls drohten wichtige Kulturgüter, enormes Wissen und viele Fähigkeiten verloren zu gehen. Bernhard Eder ergänzte, dass ein Seniorenbeauftragter dann Erfolg habe, wenn er anderen Akteuren von Nutzen sei – etwa bei der Öffentlichkeitsarbeit oder guter Beratung mit viel Fingerspitzengefühl.

Aktuelle Themen der Altenpolitik im ländlichen Raum bildeten einen weiteren Schwerpunkt des Bildungstages. Die Kennzeichen einer integrativen Seniorenpolitik wie die Orientierung an differenzierten Altersbildern und die Berücksichtigung der verschiedenen Zielgruppen, das Thema Fürsorge und Selbstbestimmung sowie die Förderung des aktiven Alterns wurden diskutiert. Viele wertvolle Anregungen entlang der Aktionsfelder des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes gaben den Seniorenbeauftragten neue Aufgaben mit auf den Weg. Dazu zählt beispielsweise das Ziel, vor allem Neubürger und ihre Fähigkeiten in den Blick zu bekommen oder sich auf die 68er, die nun bald 68 werden, entsprechend einzustellen.

Grundlegendes und inspirierende Tipps zur überzeugenden Kommunikation von Seniorenbeauftragten wie etwa die sogenannte Fünf-Satz-Technik rundeten den Tag ab. Offen blieb die Frage, wann man denn nun alt sei. Genau dieser Fakt zeigt die enorme Bandbreite der Aufgaben und das große Spektrum auf. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des Informationszentrums Mobilfunk - IZMF bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Die Seniorenbeauftragten - von links: Alfred Sommer, Horst Semler, Rita Reichert, Bernhard Eder, Hannelore Kreuzer, Nadja Schillikowski, Karin Schirmeister, Franz-Josef Zöllner, Simone Ackermann, Hermann Fischer, Julia Hackbarth. □

Heimatzpflieger in der Maxhütte

Aus dem ganzen Landkreis Traunstein waren die Heimatzpflieger zusammengelassen, um das ehemalige Eisenverhüttungswerk Maxhütte, das größte Industriedenkmal des Chiemgaus, zu besichtigen.

Beim letzten dieser Treffen vor einigen Jahren, zu dem Kreisheimatzpflieger Dr. Christian Soika zweimal im Jahr einlädt, befand sich das Museum noch in einer frühen Planungs- und Aufbauphase. Nun zeigte sich der Heimatzpfliegerkreis höchst beeindruckt von dem Ergebnis - der Darstellung der 450 Jahre Industriegeschichte im Museum.

Herausragende Leistungen

Bürgermeister Bernd Gietl hob bei seiner Begrüßung die außerordentlichen Leistungen des Ortsheimatzpflegers Sigmund Gehmacher und des Museumsleiters Hans Reich hervor. Ohne den Einsatz dieser ehrenamtlichen Kräfte wäre ein Museumsprojekt dieser Größenordnung für eine Gemein-

de nicht durchführbar. Die Industriegeschichte Bergens sei aber wichtig für das Identitätsbewusstsein des Ortes, der sich dadurch von allen anderen Orten des Chiemgaus unterscheidet.

Bei der Führung durch das Maxhüttenmuseum stellte Hans Reich nicht nur die Exponate und Bilder der Ausstellung, sondern auch das Gebäude, in dem das Museum untergebracht ist, vor. Er wies darauf hin, dass das denkmalgeschützte Gebäude, wie auch die Schrannehalle in München, von der Maxhütte konstruiert und gefertigt wurde. Beim Rundgang konnten die Teilnehmer viel über die wechselvolle Geschichte der Maxhütte vom Beginn im Jahre 1551 bis zur Schließung im Jahre 1932 erfahren. □

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden - Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schutz
Frauentorgaben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden - Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Bepflanzungssysteme und Stadtmobiliar

Messe- u. Vertriebservice J. Kuprat
www.messe-vertrieb.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ®
SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Tel. 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
geresmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Ausgabe **29**
Dialog

MOBILFUNK UND GESUNDHEIT

Ob privat oder beruflich – immer mehr Menschen nutzen ein Mobiltelefon. Obwohl das Handy inzwischen weit verbreitet ist, bestehen nach wie vor Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Auswirkungen des Mobilfunks auf die Gesundheit. Regelmäßig tauchen in den Medien Berichte auf, daß Handys gesundheitsschädlich seien und verstärken diese Unsicherheit.

Mögliche gesundheitliche Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder auf die menschliche Gesundheit werden bereits seit Jahrzehnten intensiv untersucht. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Überprüfung möglicher Einflüsse von Mobilfunkfeldern auf Krebserkrankungen.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), das Krebsforschungsinstitut der Weltgesundheitsorganisation WHO, hat im Mai dieses Jahres erstmals eine Klassifizierung des krebserregenden Potentials von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern vorgenommen und diese als „möglicherweise für Menschen krebserregend“ (Gruppe 2B) eingestuft.

Diese Einstufung bedeutet, dass die IARC aufgrund einiger epidemiologischer Studien begrenzte wissenschaftliche Hinweise sieht, diese Hinweise jedoch durch experimentelle Befunde nicht gestützt werden. In Übereinstimmung mit zahlreichen nationalen und internationalen Fachkommissionen kommt daher auch die IARC zu dem Schluss, dass die vorliegenden Erkenntnisse es nicht erlauben, einen Kausalzusammenhang von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern und Krebserkrankungen als wahrscheinlich anzusehen.

Für die Klassifizierung hat die IARC keine eigenen Untersuchungen durchgeführt, sondern auf weltweit veröffentlichte Ergebnisse von experimentellen und epidemiologischen Studien zurück-

gegriffen. Bewertet wurde bei der Klassifizierung lediglich die Aussagekraft wissenschaftlicher Hinweise, nicht die Höhe der Exposition, die Stärke des Effekts und somit die Größe des Risikos für die Bevölkerung.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung, kurz IARC (von engl. International Agency for Research on Cancer) ist eine Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Sitz in Lyon/Frankreich. Die Hauptaufgabe der IARC ist die Leitung und Koordinierung der Erforschung der Ursachen von Krebserkrankungen. Bis jetzt hat die IARC 900 Wirkstoffe und Agenzien klassifiziert, wobei nur ein einziger Stoff bislang in die Gruppe 4 „wahrscheinlich nicht krebserregend“ eingestuft wurde. Die IARC bewertet lediglich die wissenschaftliche Evidenz, d. h. wie konsistent die Hinweise für eine krebserregende Wirkung bei Menschen oder aus Tierversuchen sind.

Die größte bislang publizierte Untersuchung zu dieser Fragestellung ist die INTERPHONE-Studie, bei der in 13 Ländern etwa 7.000 Hirntumor-Patienten und eine entsprechend große Kontrollgruppe gesunder Personen nach ihrem Handynutzungsverhalten befragt wurden, um einen eventuellen Zusammenhang zwischen Tumorerkrankungen und der Handynutzung zu ermitteln. Damit besitzt die INTERPHONE-Studie im Bereich epidemiologischer Untersuchungen die bislang größte Daten-Grundlage für eine Einschätzung von Tumorrisiken durch Handys. Bereits während der Laufzeit von INTERPHONE (2000 - 2010) wurden nationale Teilergebnisse veröffentlicht, am 18. Mai 2010 hat die INTERPHONE-Studiengruppe die erste internationale Gesamtauswertung für die Tumorarten Meningeome (Krebs der Hirnhaut) und Gliome (Krebs des Gehirn-Stützgewebes) publiziert. Weitere Publikationen mit den Ergebnissen zu Hörnerv-Tumoren und Speicheldrüsenkrebs werden erwartet.

In den bislang veröffentlichten Ergebnissen der INTERPHONE-Studie wurde kein Zusammenhang



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

das Handy ist für viele Menschen zum Alltagsgegenstand geworden. Trotzdem sind viele Nutzer unsicher, ob die Mobilfunktechnologie möglicherweise Auswirkungen auf die Gesundheit hat.

Zu den Wirkungen elektromagnetischer Felder wird seit Jahrzehnten national und international intensiv geforscht, jährlich kommen weitere Forschungsergebnisse hinzu. Bei Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte konnten bislang keine Gesundheitsgefahren für den Menschen nachgewiesen werden. Die Fortsetzung der Forschungsaktivitäten ist dennoch grundsätzlich sinnvoll und wird auch von den Mobilfunknetzbetreibern unterstützt. Wir stellen in dieser Ausgabe den aktuellen Stand der Forschung und die wichtigsten Institutionen vor.

Wir wünschen gute Lektüre!

Dagmar Wiebusch
Geschäftsführerin IZMF

Fortsetzung von Seite 1

Die Internationale Kommission zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung, ICNIRP (von engl. International Commission on non-ionizing radiation protection) ist ein Expertengremium, das aus 14 unabhängigen Wissenschaftlern aus zehn Ländern besteht. Sie gehören verschiedenen Fachrichtungen wie etwa Physik, Medizin, Epidemiologie, Physiologie oder Biologie an.

Die Kommission steht in enger Zusammenarbeit mit WHO und Europäischer Kommission, ferner kooperiert sie mit der International Radiation Protection Association (IRPA), dem Institute of Electrical and Electronic Engineers (IEEE) sowie mit zahlreichen internationalen Organisationen im Bereich nicht ionisierender Strahlung. Die Bewertung der ICNIRP geschieht vor dem Hintergrund möglicher Konsequenzen für den Gesundheitsschutz. Die Experten empfehlen Grenzwerte und beschreiben, welche Themen die Wissenschaft noch eingehender untersuchen sollte.

Bisher gibt es mehrere Tausend Arbeiten zu den Wirkungen elektromagnetischer Felder, jährlich kommen einige Hundert weitere Studien hinzu. Das **EMF-Portal** der Universität Aachen bietet für wissenschaftliche Literaturrecherchen fast 15.000 wissenschaftliche Studien. Davon sind mehr als 6.000 Studien in der Datenbank des Forschungszentrums für Elektromagnetische Umweltverträglichkeit an der RWTH-Aachen öffentlich zugänglich (www.femu.de). Mehr als 2.000 dieser Arbeiten befassen sich mit den Wirkungen hochfrequenter, auch gepulster Felder, wie sie der Mobilfunk nutzt.

zwischen Handynutzung und einem erhöhten Risiko, an einem Tumor im Kopfbereich zu erkranken, festgestellt. Auch die 2009 veröffentlichten Bewertungen des wissenschaftlichen Beratungsgremiums der EU „SCENIHR“ und der Internationalen Kommission zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (ICNIRP) kommen zu diesem Ergebnis. Wissenschaftliche Hinweise auf ein erhöhtes Risiko ergaben sich im Rahmen der INTERPHONE-Studie lediglich für Handynutzer mit der höchsten kumulierten Gesprächszeit. Diese Hinweise sind aber nach Auffassung der Forscher zurückhaltend zu interpretieren, da sie auf kleinen Fallzahlen und teilweise nicht plausiblen Angaben zur Handynutzung beruhen. So wird zum Beispiel in der Studie angemerkt, dass Menschen mit einem Gehirntumor ihren zurückliegenden Mobiltelefongebrauch erwiesenermaßen überschätzten.

Auch das zwischen 2002 - 2008 durchgeführte Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm kam zu dem Schluss, dass von Mobilfunkfeldern im Rahmen der geltenden Grenzwerte kein messbares Risiko für die menschliche Gesundheit ausgehe. Aufgrund der langen Latenzzeiten von Krebserkrankungen und der vergleichsweise kurzen Zeit der Nutzung der Mobilfunktechnik in der breiten Bevölkerung können für Langzeitwirkungen über einen Zeithorizont von mehr als 10 Jahren hinaus aber noch keine verlässlichen Aussagen getroffen werden.

Bei der aktuellen IARC-Bewertung zu hochfrequenten elektromagnetischen Feldern wurden alle bislang publizierten experimentellen und epidemiologischen Hinweise einschließlich der INTERPHONE-Ergebnisse berücksichtigt. Angekündigte bzw. bereits laufende, weiterführende epidemiologische Studien (COSMOS, Mobi-Kids), die eine längere Laufzeit haben und daher noch nicht abgeschlossen sind, werden nicht berücksichtigt.

Die IARC-Bewertung ist wissenschaftlich nicht unumstritten. So zieht ICNIRP beispielsweise aus seiner Auswertung den Schluss, dass INTERPHONE methodische Defizite aufweist, aber kein größeres Risiko für Gliom oder Meningeom durch längeren oder stärkeren Gebrauch von Mobiltelefonen aufzeigt, wenn auch der längste untersuchte Zeitraum seit dem erstmaligen Gebrauch kürzer als 15 Jahre ist. Innerhalb der ersten 10 - 15 Jahre Nutzungsdau-



Zu den Wirkungen elektromagnetischer Felder wird seit Jahrzehnten national und international intensiv geforscht.

er sei eine wesentliche Hirntumorrisikoerhöhung durch Mobiltelefongebrauch bei Erwachsenen unwahrscheinlich.

Die Einstufung der IARC fließt nun ein in eine umfassende Bewertung aller möglichen gesundheitlichen Auswirkungen elektromagnetischer Felder, die die Weltgesundheitsorganisation WHO im Jahr 2012 veröffentlichen will. Nach aktueller Fachmeinung der WHO sind die geltenden Grenzwerte für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung ausreichend.

Grenzwerte für Sendemasten

Neben den Endgeräten sind auch die Sendeanlagen Gegenstand der Aufmerksamkeit. In der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26. BImSchV) wurden Grenzwerte festgelegt, die auf Empfehlungen der Internationalen Kommission zum Schutz vor nicht ionisierenden Strahlen (ICNIRP), der WHO und auch der deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) beruhen. Diese Grenzwerte werden beim Betrieb der Mobilfunkbasisstationen in Deutschland meist weit unterschritten, auch die LTE-Anlagen bleiben unter diesen Werten.

Weiterführende Informationen:

www.izmf.de
www.bfs.de
www.femu.de

AKTUELLES

Bundesregierung: Bestehende Grenzwerte schützen vor allen Risiken elektromagnetischer Felder

Die Bundesregierung hat bekräftigt, dass die gesetzlichen Grenzwerte für hochfrequente elektromagnetische Felder „vor allen wissenschaftlich nachgewiesenen Risiken schützen“. Sie reagierte damit auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Darin war die Bundesregierung gefragt worden, wie sie die Einstufung hochfrequenter elektromagnetischer Felder als „möglicherweise krebserregend“ durch die International Agency for Research on Cancer (IARC) sowie eine aktuelle Empfehlung des Europarates zur Überprüfung der Grenzwerte bewertet.

In ihrer Begründung verweist die Bundesregierung darauf, dass die IARC-Einstufung auf Ergebnissen aus epidemiologischen Studien, vor allem der INTERPHONE-Studie basiert, diese epidemiologischen Beobachtungen aber nur unzureichend beziehungsweise nicht durch experimentelle Befunde gestützt werden. Sie betont zudem, dass etwa zeitgleich zur IARC-Klassifizierung ein umfassender Review der Internationalen Kommission für den Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (ICNIRP) zu dem Ergebnis kommt, dass kein größeres Risiko für Hirntumore durch den Gebrauch von Mobiltelefonen besteht. Nach Auffassung der Bundesregierung sprechen „diese Ergebnisse ... in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema zunehmend gegen die Hypothese, dass der Gebrauch von Mobiltelefonen Hirntumore bei Erwachsenen hervorrufen kann.“

Eine Resolution des Europarates zu elektromagnetischen Feldern vom Mai dieses Jahres wird von der Bundesregierung kritisiert, da ihr „keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zugrunde liegen“ und sich die Bewertung überwiegend auf den BioInitiative-Report bezieht, „der nicht die Kriterien und Vorgehensweisen von wissenschaftlichen Fachgremien erfüllt.“ Eine Änderung der geltenden Grenzwerte sei daher nicht erforderlich.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/067/1706709.pdf>

Bundesumweltministerium beauftragt Strahlenschutzkommission mit Bewertung der Ergebnisse der neuesten Mobilfunkstudie

Am 18. Mai sind im „International Journal of Epidemiology“ die Ergebnisse der INTERPHONE-Studie erschienen. Ziel der Studie war es, mögliche Risiken für die Entstehung von Hirntumoren durch den Gebrauch von Mobiltelefonen zu ermitteln. Es handelt sich hierbei um die aufwändigste Forschungsarbeit zu diesem Thema, die von der EU, den 13 beteiligten Ländern sowie von der Industrie finanziert wurde. Deutschland beteiligte sich im Rahmen des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms (DMF).

Das Ergebnis der INTERPHONE-Studie ist: Nutzer von Handys haben insgesamt kein erhöhtes Risiko, an einem Hirntumor zu erkranken. Es gibt jedoch Hinweise, dass das Risiko für ein Gliom (bösartiger Hirntumor) bei intensiver Handynutzung (mehr als 1.650 h über 10 Jahre) zunimmt. Nach Aussagen der Autoren erlauben systematische Einflüsse und Fehler jedoch nicht, auf einen kausalen Zusammenhang mit der Handynutzung zu schließen.

Die Ergebnisse der Studie decken sich mit den bereits veröffentlichten Teilergebnissen und stimmen auch mit den Ergebnissen des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms überein. Das Bundesumweltministerium hat die Strahlenschutzkommission um eine Stellungnahme gebeten, um die Aussagekraft der INTERPHONE-Studie zu bewerten.

Aufgrund der Ergebnisse der Studie gibt es – nach einer vorläufigen Analyse – derzeit keinen Grund, von den bisherigen Bewertungen zu möglichen gesundheitlichen Risiken des Mobilfunks abzuweichen. Es wurde vonseiten des Bundesumweltministeriums wiederholt darauf hingewiesen, dass bis heute zwei Komplexe noch nicht geklärt sind: mögliche Langzeitriskiken für Handynutzungszeiten von mehr als 10 Jahren sowie die Frage, ob Kinder stärker durch hochfrequente elektromagnetische Felder belastet sind oder empfindlicher reagieren als Erwachsene. Hierzu besteht weiterhin Forschungsbedarf. Dieses Resümee ziehen auch die Autoren der INTERPHONE-Studie.

Neukonzeption der IZMF-Ärztefortbildungen

Die Frage nach gesundheitlichen Risiken durch elektromagnetische Felder (EMF) des Mobilfunks wird in der Öffentlichkeit nach wie vor diskutiert. Auch Ärzte werden regelmäßig auf dieses Thema angesprochen. Um Patienten kompetent beraten zu können, bietet das Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) bereits seit 2005 Fortbildungen für Mediziner und medizinnahe Berufsgruppen an.

Mit dem Ziel, den Praxisbezug der Fortbildungsreihe weiter zu erhöhen, wurden die Veranstaltungen in diesem Jahr neu konzipiert. Neben der Vermittlung von Basiswissen, physikalischen Grundlagen und aktuellen Studienergebnissen über mögliche gesundheitliche Auswirkungen von EMF rückt die Arzt-Patienten-Kommunikation stärker in den Mittelpunkt. Mit einer praktischen Einführung in das Gebiet der Elektrosensibilität werden auch unspezifische Befindlichkeitsstörungen wie Kopfschmerzen oder Schlafstörungen und deren Behandlungsmöglichkeiten thematisiert. Neu ins Programm aufgenommen wurde außerdem ein Vortrag über den Stand der Personalisierten Telemedizin, um darzustellen, wie Mobiltechnologie die Patientenversorgung verbessern kann und welche Entwicklungen auf diesem Gebiet erwartet werden.

Die Neukonzeption der Veranstaltungsreihe wurde beim ersten Termin 2011 gut angenommen: Insgesamt haben 109 Teilnehmer die Fortbildung in Berlin am 7. September besucht. Weitere Informationen und Termine zur Veranstaltungsreihe „Mobilfunk aus Sicht von Arzt und Patient – Fragen, Fakten, Fortschritte“ finden Sie unter: www.izmf.de/de/node/100258

IN EIGENER SACHE

Neue Website des IZMF jetzt online

Seit September ist die neue Internetpräsenz des Informationszentrums Mobilfunk e. V. (IZMF) unter www.izmf.de online. Den Besuchern bietet die neu gestaltete Homepage umfassende Informationen rund um den Mobilfunk. Neue Rubriken, wie zum Beispiel der Multimediabereich machen die Website attraktiv. Zum Relaunch der Seite wurden außerdem bestehende Informationen überarbeitet und aktualisiert.

Von der neu gestalteten Startseite aus gelangt man direkt zu den fünf Hauptthemenbereichen: Gesundheit & Umwelt, Politik & Recht, Wirtschaft & Gesellschaft, Technik sowie Mediathek. Für jeden dieser Bereiche stehen auf Unterseiten zahlreiche vertiefende Informationen zur Verfügung, welche nun einfach und übersichtlich zu finden sind. Dazu befindet sich auf der Startseite eine sogenannte „Tag Cloud“ (Wortwolke), auf der verschieden große Worte die Besucher informieren, welche Themen und Begriffe am häufigsten abgefragt werden. Zusätzlich ist die gesamte Internetpräsenz des IZMF nun barrierefrei gestaltet.

Neu auf der Homepage finden die Besucher neben dem Film zum Thema „Happy Slapping“ auch Filmbeiträge zur Geschichte des Mobilfunks oder über ausgewählte Gewinner des Sonderpreises Mobilfunk, welcher vom IZMF für den Wettbewerb Jugend forscht gestiftet wird. Nach wie vor stehen auf der neuen Homepage des IZMF Broschüren für verschiedene Zielgruppen und Themen rund um den Mobilfunk zum kostenlosen Download oder zur Bestellung bereit.

IZMF veröffentlicht Tätigkeitsbericht für 2010

Das Informationszentrum Mobilfunk e. V. (IZMF) hat seinen Tätigkeitsbericht für 2010 veröffentlicht. Der Bericht führt detailliert auf, welche Projekte und Aktivitäten das IZMF im vergangenen Jahr durchgeführt hat.

Der vollständige Tätigkeitsbericht kann auf der Homepage des IZMF eingesehen oder kostenlos bestellt werden.

Mit dem Handy die Zukunft entdecken

Vom 4. bis 6. November 2011 bietet das Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) auf der Bildungsmesse FORSCHA in München spannende Aktionen zum Thema Technik und Innovation.

Wie funktioniert die Mobilfunktechnologie, welche Möglichkeiten bieten Handys für den Einsatz im Schulunterricht, und wie erleichtert das Mobiltelefon unseren Alltag? Antworten auf diese und weitere Fragen liefert das Informationszentrum Mobilfunk e. V. auf der FORSCHA 2011 in München. Von einer Lehrerfortbildung über ein interaktives Wissensquiz bis zum „Handyführerschein“ für Kinder stehen abwechslungsreiche Aktionen rund um mobile Kommunikation auf dem Programm. Die interaktive Bildungsmesse möchte Kinder und Jugendliche spielerisch für MINT-Themen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) begeistern sowie Lehrer und Eltern auf diesem Gebiet weiterbilden. Unter dem Motto „Entdecke die Zukunft!“ werden auf der FORSCHA Mitmachaktionen, Vorträge, Fortbildungen, Workshops und Exponate präsentiert.

Weitere Informationen zur Messe finden Sie unter www.forscha.de.



Spannende Aktionen und umfangreiches Informationsmaterial erwarten die Besucher am IZMF-Erlebnisstand.



Impressum

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Informationszentrum Mobilfunk e. V.
Daniela Rechenberger
Druck: Druckerei Reiner Brandt e. K.
Vertrieb: ProPress Verlags GmbH
Am Buschhof 8 | 53227 Bonn
Fotos: IZMF, Fotolia
Erscheinungsweise: 3 x jährlich

Kontakt

Informationszentrum Mobilfunk e. V.
Hegelplatz 1 | D-10117 Berlin
Fon: +49 30 2091698-0
Fax: +49 30 2091698-11
E-Mail: info@izmf.de
Gebührenfreie Hotline:
0800 3303133
Internet: www.izmf.de

Der Newsletter ist kostenlos erhältlich. Bestellung per E-Mail unter info@izmf.de oder telefonisch 0800 3303133